

I. 2011

Statistik Journal

inhalt ...

kompakt	3
arbeitskostenerhebung 2008	13
umsatzsteuerstatistik 2008	35
wirtschaftsgrafiken	43
großregion saar - lor - lux	49
neues	51

fotos ...

Titelfoto: Iris Maurer
Fordwerke Saarlouis

Autorenfotos: W. Backes

Grafikfotos: atb, Iris Maurer, QA Photos Ltd

impressum

Statistik Journal, Ausgabe 1/2011

Herausgeber:

Statistisches Amt Saarland

Virchowstraße 7, 66119 Saarbrücken

Postfach 10 30 44, 66030 Saarbrücken

Telefon: (06 81) 5 01 - 59 25

Telefax: (06 81) 5 01 - 59 15

E-Mail: statistik@lzd.saarland.de

Internet: <http://www.statistik.saarland.de>

Bezugspreis: Einzelheft 4,- EUR

Jahresabonnement 15,- EUR

ISSN: 1430-2764

© Statistisches Amt Saarland, Saarbrücken, 2011

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

zeichenerklärung

p	vorläufige Zahlen
0	mehr als nichts, aber weniger als die Hälfte der kleinsten in der Tabelle nachgewiesenen Einheit
r	berichtigte Zahlen
-	nichts vorhanden (genau null)
.	Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten
X	Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
...	Angabe fällt später an
/	keine Angabe, da Zahlenwert nicht sicher genug
()	Aussagewert eingeschränkt, da der Zahlenwert Fehler aufweisen kann

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen möglich

Erste Ergebnisse der Landwirtschaftszählung 2010

Landwirtschaftszählungen dienen dazu, aktuelle betriebsbezogene Daten über Produktionsgrundlagen sowie über die sozialen und strukturellen Anpassungen der landwirtschaftlichen Betriebe bereitzustellen. Eine zentrale Datenquelle für neuere Entwicklungen ist die im Frühjahr 2010 durchgeführte Landwirtschaftszählung.

Die nachfolgend aufgeführten Ergebnisse geben eine Kurzdarstellung wieder. Tiefergehende Ergebnisse werden nach Vorliegen der endgültigen Ergebnisse Mitte des Jahres veröffentlicht.

Im Rahmen der Landwirtschaftszählung 2010 wurden alle landwirtschaftlichen Betriebe Deutschlands ab einer bestimmten Mindestgröße befragt. Dies waren zunächst alle Betriebe mit mindestens fünf Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche. Aber auch Betriebe mit einer landwirtschaftlich genutzten Fläche von weniger als fünf Hektar wurden nach Erreichen bestimmter Mindestzahlen an Tieren oder Anbaukulturen, in die Erhebung einbezogen¹. Betriebe, die lediglich Forstflächen bzw. Flächen mit Kurzumtriebsplantagen bewirtschafteten, wurden nicht in die eigentliche Landwirtschaftszählung einbezogen. Sie erhielten einen verkürzten Fragebogen, mit dem nur einige Grunddaten erfragt wurden.

Da bei der letzten Landwirtschaftszählung im Jahr 1999 Betriebe ab einer Mindestgröße von bereits zwei Hektar befragt wurden, mussten nunmehr diese Ergebnisse auf die Befragungsverhältnisse 2010 umgerechnet werden, um eine Vergleichbarkeit der Ergebnisse der beiden Zählungen zu gewährleisten.

Struktur der landwirtschaftlichen Betriebe

Nach ersten vorläufigen Ergebnissen gab es im Saarland 1 326 landwirtschaftliche Betriebe mit einer landwirtschaftlich genutzten Fläche von 78 009 Hektar. Gegenüber der letzten Landwirtschaftszählung im Jahr 1999, bei der 1 737 Betriebe mit einer Fläche von 75 902 Hektar festgestellt wurden, bedeutet dies einen Rückgang bei der Betriebszahl um 24 Prozent und einen Zuwachs um 2,7 Prozent bei der landwirtschaftlich genutzten Fläche.

Bewirtschafteten im Jahr 1999 noch 29,6 Prozent der Betriebe eine Fläche von unter 10 Hektar, so lag dieser Anteil im Jahr 2010 bei 23,7 Prozent. Über eine landwirtschaftlich genutzte Fläche von 10 bis unter 100 Hektar verfügten zur letzten Landwirtschaftszählung 57,1 Prozent der Betriebe, im Jahr 2010 war dies noch ein Anteil von 55 Prozent.

Der Anteil der Betriebe, die eine Fläche von mehr als 100 Hektar bewirt-

schafteten, stieg in dieser Zeit von 13,3 auf 21,3 Prozent.

Waren es im Jahr 1999 noch 1 012 Betriebe, die 62 283 Rinder hielten, so sank die Anzahl der Rinderhalter um 32 Prozent auf 689 Betriebe und der Rinderbestand um 19 Prozent auf 50 424 Tiere.

Im Jahr 2010 zählte das Saarland 141 Betriebe mit 11 965 Schweinen. In den letzten elf Jahren reduzierten sich sowohl die Anzahl der Betriebe als auch der Schweinebestand um 46 Prozent.

Mit 118 Betrieben des ökologischen Landbaus verzeichnete das Saarland 34 Prozent mehr Biobetriebe als noch im Jahr 1999, als es noch 88 Betriebe waren.

Während das Pachtentgelt im Jahr 1999 bei 78 Euro/ha lag, wurde im Jahr 2010 ein Wert 86 Euro/ha ermittelt.

Rechtsform der Betriebe

1 234 Betriebe wurden im Jahr 2010 als Einzelunternehmen geführt (1999: 1 715 Betriebe), dies entspricht einem Rückgang um 28 Prozent. Während 35 Prozent dieser Betriebe im Haupterwerb bewirtschaftet werden, lag der Anteil vor 11 Jahren bei knapp 44 Prozent. Dementsprechend stieg der Anteil der Nebenerwerbsbetriebe an den Einzelunternehmen von 56 Prozent im Jahr

¹ Betrieb hat eine landwirtschaftlich genutzte Fläche von weniger als fünf Hektar, erfüllt aber mindestens eines der nachfolgenden Kriterien: 10 Rinder, 50 Schweine, 10 Zuchtsauen, 20 Schafe, 20 Ziegen, 1000 Stk Geflügel, 0,5 ha Hopfen, 0,5 ha Tabak, 1,0 ha Dauerkulturen im Freiland oder je 0,5 ha Obstanbau-, Reb- oder Baumschulfläche, 0,5 ha Gemüse oder Erdbeeren im Freiland, 0,3 ha Blumen oder Zierpflanzen im Freiland, 0,1 ha Kulturen unter Glas oder anderen begehbbaren Schutzabdeckungen, 0,1 ha Speisepilze.

1999 auf 65 Prozent im Jahr 2010 an.

Die Anzahl der Personengesellschaften war mit 75 fast sieben Mal so hoch wie im Jahr 1999. Bei den Kapitalgesellschaften stieg die Anzahl von elf auf 17.

Beschäftigungssituation in den Betrieben

Im Jahr 2010 wurden im Saarland in den 1 326 landwirtschaftlichen Betrieben 3 774 Personen beschäftigt. Davon waren 2 530 Familienarbeitskräfte, 751 ständig Beschäftigte und 494 Saisonarbeitskräfte.

In 581 Betrieben waren 1 045 Personen oder rund 28 Prozent vollbeschäftigt, während 1 163 der Betriebe 2 729 Personen (72 %) in Teilzeit beschäftigten.

Erstmalig wurde die Beschäftigung auch nach Geschlecht erfasst. Der Anteil der weiblichen Vollbeschäftigten betrug 27 Prozent, bei den Teilzeitbeschäftigten kamen die Frauen auf eine Quote von 40 Prozent.

Die Entwicklung der Beschäftigungssituation zeigt, dass zwar die Anzahl der Beschäftigten pro Betrieb im Jahr 2010 mit durchschnittlich 2,85 Personen (1999: 2,96 Personen) gegenüber dem Jahr 1999 fast konstant geblieben ist, es aber zu Verschiebungen in den Beschäftigungsverhältnissen kam. So betrug im Jahr 2010 der Anteil der Familienarbeitskräfte 67 Prozent, also 6 Prozentpunkte weniger als im Jahr 1999. Auch die Zahl der Saisonarbeitskräfte ging im Jahresvergleich um 2 Prozentpunkte auf 13 Prozent im Jahr

2010 zurück. Allerdings erhöhte sich der Anteil der ständig Beschäftigten im Vergleich zum Jahr 1999 um 8 Prozentpunkte auf 20 Prozent.

Endgültige Ergebnisse der Landwirtschaftszählung 2010 werden Mitte des Jahres 2011 veröffentlicht.

(Autorin: Michèle Feist)

Jede fünfte Familie ist im Saarland eine Familie mit alleinerziehendem Elternteil

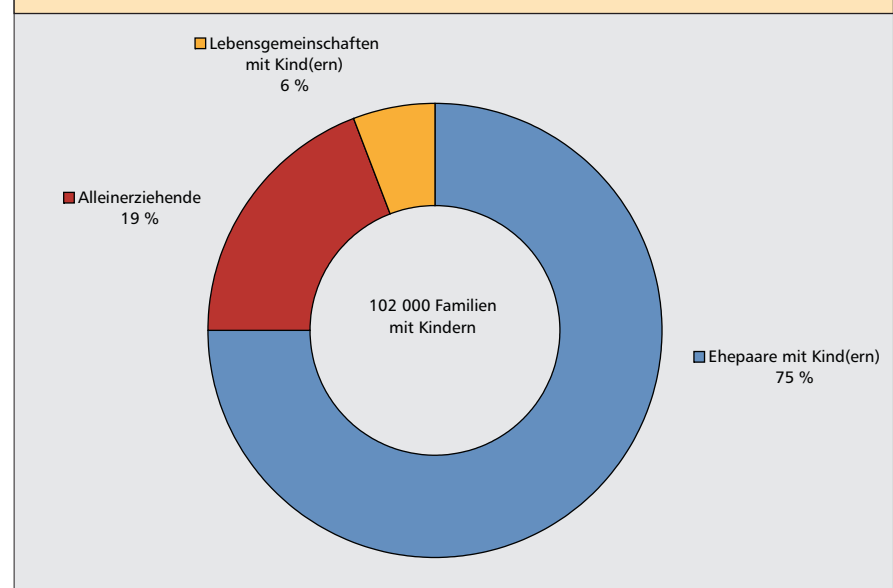
Auch wenn alleinerziehende Familien heute gesellschaftliche Normalität geworden sind, sind sie oft besonderen Problemlagen ausgesetzt. Dieser Beitrag beleuchtet die verschiedenen Aspekte der Lebenssituation alleinerziehender Familien im Saarland. Wie leben Alleinerziehende? Wie vereinbaren sie Beruf und Familie? Wie finanzieren sie Ihren Lebensunterhalt?

Diese Fragen werden mit Daten des Mikrozensus 2009 beantwortet.

Familien mit einem alleinerziehenden Elternteil sind eine wachsende Familienform im Saarland. Im Jahr 2009 war annähernd jede fünfte (19 Prozent) der 102 000 Familien mit minderjährigen Kindern im Saarland eine Familie mit nur einem Elternteil. Traditionelle Familien, das heißt Ehepaare mit Kindern hatten einen Anteil von 75 Prozent. 6 Prozent der Familien waren Lebensgemeinschaften mit minderjährigen Kindern. Im Jahr 1996 war nur jede siebte Familie oder knapp 15 Prozent von nur einem Elternteil betreut. Zu dieser Zeit gab es 17 600 Alleinerziehende im Saarland, im Jahr 2009 wurden 19 700 gezählt. Das entspricht einem Anstieg um 12 Prozent.

Alleinerziehende sind in diesem Beitrag Mütter und Väter, die ohne Ehe- oder Lebenspartner/in mit mindestens einem Kind unter 18 Jahren in einem Haushalt zusammen leben. El-

S 1 Familienformen im Saarland 2009



ternteile mit Lebenspartner/in im Haushalt zählen zu den Lebensgemeinschaften mit Kindern. Dabei ist es unerheblich, wer im juristischen Sinn sorgeberechtigt ist. Im Vordergrund steht bei dieser Betrachtung der aktuelle Haushaltszusammenhang.

Rund 19 700 Familien mit einem Elternteil gab es 2009 im Saarland. Alleinerziehen ist nach wie vor Frauensache. In neun von zehn alleinerziehenden Familien lebten die Kinder bei der Mutter. Von 1996 bis 2009 ist der Anteil der Familien mit alleinerziehender Mutter sogar noch gestiegen und zwar von 85 auf 88 Prozent. Danach sind alleinerziehende Väter im Saarland weiterhin eine Minderheit. Etwa drei Viertel der Alleinerziehenden lebt mit einem Kind, der Rest wohnt mit zwei oder mehr Kindern zusammen.

Durch Trennung oder Scheidung vom Ehepartner werden Mütter oder Väter am häufigsten zu Alleinerziehenden. Rund zwei Drittel der Alleinerziehenden (65 Prozent) im Saarland waren 2009 geschieden oder lebten getrennt von ihrem Ehepartner. Rund 26 Prozent waren Ledige. Die restlichen Mütter oder Väter sind durch den Tod ihres Ehepartners zu Alleinerziehenden geworden.

Die Frage der Erwerbstätigkeit ist für Alleinerziehende von entscheidender Bedeutung. Denn die Art und der Umfang der beruflichen Tätigkeit bestimmt nicht nur die finanzielle Situation der Familie, sondern begrenzt auch den zeitlichen Rahmen für das Familienleben. Die Vereinbarkeit von Familie und Berufsleben ist daher für Alleinerziehende besonders wichtig.

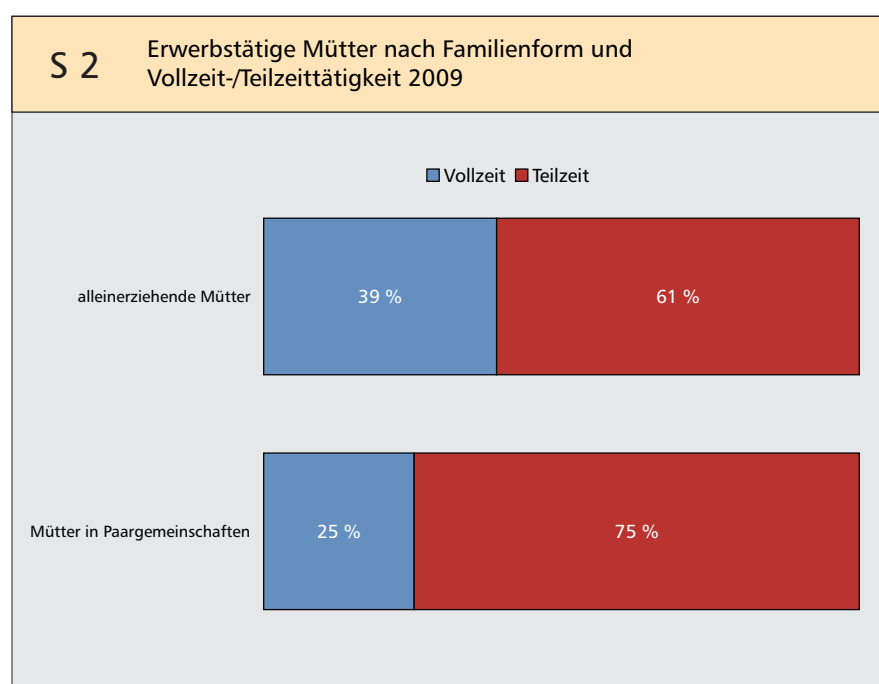
Rund sechs von zehn alleinerziehenden Müttern (60 Prozent) waren im Jahr 2009 erwerbstätig. Mütter in Paargemeinschaften gingen mit knapp 56 Prozent fast genauso häufig einer beruflichen Tätigkeit nach. Damit gibt es bei der Erwerbsbeteiligung kaum Differenzen zwischen alleinerziehenden Müttern und Müttern in Paarfamilien. Allerdings unterscheiden sich diese beiden Gruppen deutlich beim Umfang der ausgeübten Tätigkeit. So arbeiten alleinerziehende Mütter mit einem Anteil von 39 Prozent deutlich häufiger in Vollzeit als Mütter in Paarfamilien mit lediglich 25 Prozent. Die Anteile bei der Ausübung einer Teilzeitbeschäftigung verhalten sich genau umgekehrt; so üben drei Viertel der Mütter in Paarfamilien eine Teilzeitbeschäftigung aus. Von den alleinerziehenden Müttern arbeiten 61 Prozent Teilzeit.

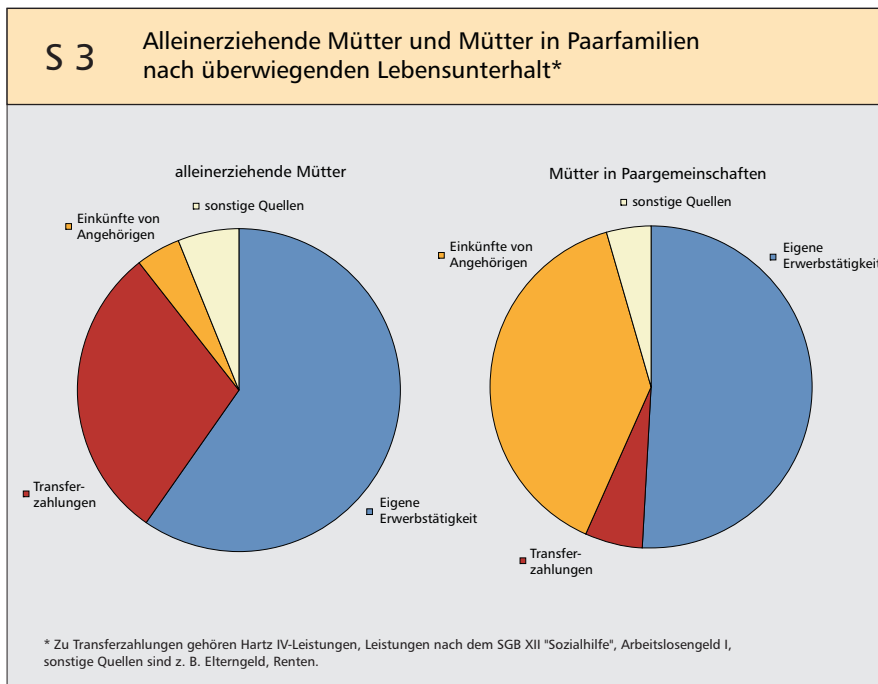
Die Beteiligung am Arbeitsmarkt ist auch ein entscheidendes Faktor für das Bestreiten des Lebensunterhaltes

der Familie. Etwa sechs von zehn alleinerziehenden Müttern (60 Prozent) finanzierten sich 2009 überwiegend aus eigener Erwerbstätigkeit. Transferzahlungen wie Hartz IV oder Sozialhilfe waren für 30 Prozent die Haupteinkommensquelle. Der Unterhalt durch Angehörige oder sonstige Quellen wie Elterngeld spielten nur für einen kleinen Teil der Alleinerziehenden die wichtigste Rolle bei der Finanzierung ihres Lebensunterhaltes.

Rund die Hälfte der Mütter in Paarfamilien (51 Prozent) bestritt ihren überwiegenden Lebensunterhalt mit eigener Erwerbstätigkeit. An zweiter Stelle steht für diese Gruppe allerdings der Unterhalt durch Angehörige. Für 30 Prozent der Mütter in Paarfamilien war dies die wichtigste Quelle zur Sicherung ihres Lebensunterhaltes.

Alleinerziehende verfügen häufig über ein sehr niedriges Familienein-





kommen. 69 Prozent der alleinerziehenden Mütter mussten im Jahr 2009 mit einem monatlichen Einkommen von weniger als 1 500 Euro auskommen. 45 Prozent hatten sogar weniger als 1 100 Euro zur Verfügung.

Die prekäre Einkommenssituation Alleinerziehender ist auch die Hauptursache für die überdurchschnittliche Betroffenheit von Einkommensarmut. Von Armut bedroht ist nahezu jeder siebte Einwohner im Saarland. Legt man das mittlere Einkommen des Saarlandes zugrunde, mussten im Jahr 2009 14,0 Prozent der Bevölkerung von einem Einkommen unterhalb der Armutsrisikogrenze leben. Ein deutlich höheres Armutsrisiko haben Alleinerziehende. Mit einer Armutsrisikoquote von mehr als 42 Prozent ist fast die Hälfte aller Familien mit allein erziehendem Elternteil armutsgefährdet. Bei kinderlosen Paaren ist es dagegen nur jedes dreizehnte Paar (7,7 Prozent) und bei Familien mit zwei Erwachsenen und

zwei Kindern jede zwölfte Familie (8,5 Prozent).

Als armutsgefährdet gelten entsprechend einer EU-Definition Haushalte, die mit weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens (Median) der Bevölkerung auskommen müssen. Dieser Wert lag im Saarland bei 765 Euro für einen Ein-Personenhaushalt und bei 1 607 Euro für eine vierköpfige Familie mit zwei Kindern unter 14 Jahren.

Zusammenfassend stellt sich die Situation Alleinerziehender im Saarland im Jahr 2009 wie folgt dar:

- Familien mit alleinerziehendem Elternteil sind eine wachsende Familienform.
- Alleinerziehen ist meist Frauensache.
- Alleinerziehende Mütter arbeiten häufiger in Vollzeit als Mütter in Paarfamilien.

- Der Großteil der alleinerziehenden Mütter lebt überwiegend von eigener Erwerbstätigkeit; eine große Rolle spielen auch Transferzahlungen, wie z. B. Hartz IV oder Sozialhilfe.

- Alleinerziehende Mütter verfügen häufig über ein niedriges Familieneinkommen.

- Alleinerziehende Familien haben ein deutlich höheres Armutsrisiko.

D. h. die Zahl der Alleinerziehenden Familien wächst kontinuierlich, trotz insgesamt abnehmender Zahl der Familien. Auch kann festgestellt werden, dass Alleinerziehende besonderen Problemlagen ausgesetzt sind. Die größte Schwierigkeit besteht für diese Familien im Spagat zwischen Erwerbstätigkeit und familiären Aufgaben. Ihre materielle Situation ist daher oft prekär.

(Autorin: Dagmar Ertl)

Saarländisches Baugewerbe beschäftigt fast 15 000 Personen

Ergebnisse der Ergänzungserhebung und der Jährlichen Erhebung 2010

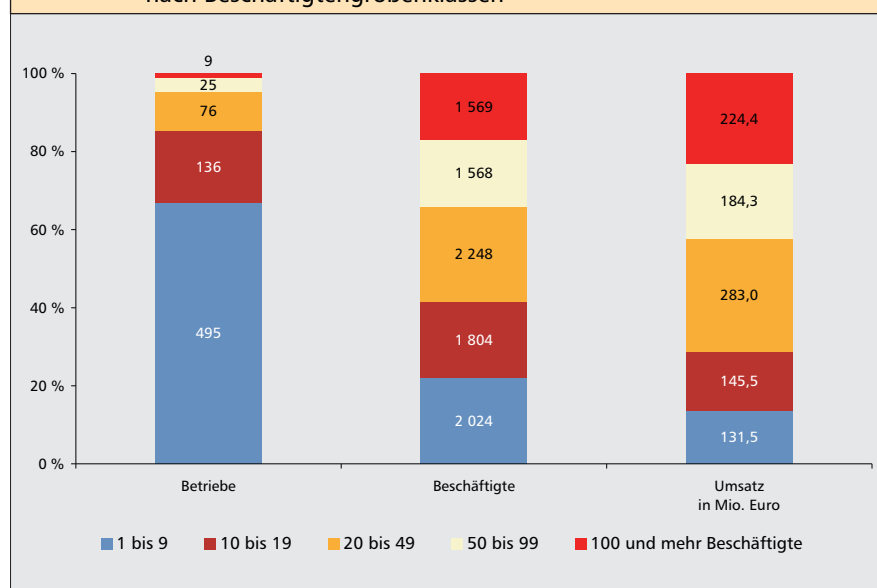
Im Juni jedes Jahres werden die Jahreserhebungen im Baugewerbe durchgeführt. Dies sind zum einen die Ergänzungserhebung im Bauhauptgewerbe und zum anderen die jährliche Erhebung im Ausbaugewerbe. Während die Ergänzungserhe-

**T 1 Ergänzungserhebung im saarländischen Bauhauptgewerbe im Juni 2010
Betriebe, Beschäftigte im Juni sowie baugewerblicher Umsatz im Vorjahr
nach Beschäftigtengrößenklassen**

2010	Maßeinheit	Beschäftigtengrößenklassen (von ... bis ... Beschäftigte)					
		1 bis 9	10 bis 19	20 bis 49	50 bis 99	100 und mehr	insgesamt
Betriebe	Anzahl	495	136	76	25	9	741
Anteile an insgesamt	%	66,8	18,4	10,3	3,4	1,2	100
Beschäftigte	Anzahl	2 024	1 804	2 248	1 568	1 569	9 213
Anteile an insgesamt	%	22,0	19,6	24,4	17,0	17,0	100
Baugewerblicher Umsatz im Vorjahr	Mio. EUR	131,5	145,5	283,0	184,3	224,4	968,8
Anteile an insgesamt	%	13,6	15,0	29,2	19,0	23,2	100

S 1

**Betriebe und Beschäftigte im saarländischen Bauhauptgewerbe
im Juni 2010 sowie baugewerblicher Umsatz im Jahr 2009
nach Beschäftigtengrößenklassen**



bung alle bauhauptgewerblichen Betriebe erfasst, bezieht sich die jährliche Erhebung lediglich auf ausbaugewerbliche Betriebe von Unternehmen mit zehn und mehr Beschäftigten. Im Folgenden werden die Eckwerte aus beiden Erhebungen des Berichtsjahres 2010 dargestellt.

Zur Jahresmitte 2010 waren in den 741 Betrieben des saarländischen Bauhauptgewerbes 9 213 Personen

beschäftigt. Im Vergleich zum Vorjahr bedeutet dies eine Zunahme um 16 Betriebe und 240 im Baugewerbe beschäftigte Personen. Der baugewerbliche Jahresumsatz 2009 betrug 968,8 Mio. Euro. Dies ist im Vergleich zum Jahr 2008 ein Umsatzrückgang um 1,1 Prozent.

In der Gliederung nach Beschäftigtengrößenklassen überwiegen mit deutlichem Abstand die kleineren Be-

triebe des Bauhauptgewerbes. Im Juni 2010 waren in 631 Betrieben (85,2 %) mit jeweils weniger als 20 Arbeitskräften insgesamt 3 828 Personen (41,6 %) beschäftigt. 101 Betriebe (13,7 %) zählten zur Größenklasse von 20 bis unter 100 Beschäftigten. Dort waren 3 816 Personen tätig (41,4 %). In den neun größten saarländischen Baubetrieben (1,2 %) wurden 1 569 Menschen in den Gehaltslisten geführt. Hier hatten somit 17,0 Prozent der im saarländischen Bauhauptgewerbe tätigen Personen einen Arbeitsplatz.

Vom gesamten Umsatz des Jahres 2009 in Höhe von 968,8 Mio. Euro (- 1,1 %) entfiel auf die kleinen Betriebe mit weniger als 20 Beschäftigten ein Betrag von 277,0 Mio. Euro. Das entspricht einem Anteil von 28,6 Prozent. Die Betriebe in der Größenordnung von 20 bis unter 100 Personen setzten 467,3 Mio. Euro um, also knapp die Hälfte (48,2 %) des Gesamtergebnisses. Der Umsatzanteil der größten Betriebe lag bei fast einem Viertel.

**T 2 Jährliche Erhebung im Ausbaugewerbe im Juni 2010
Betriebe, Beschäftigte im Juni sowie baugewerblicher Umsatz im Vorjahr
nach Beschäftigtengrößenklassen**

2010	Maßeinheit	Beschäftigtengrößenklassen (von ... bis ... Beschäftigte)			
		1 bis 19	20 bis 49	50 und mehr	insgesamt
Betriebe^{*)}	Anzahl	215	73	12	300
Anteile an insgesamt	%	71,7	24,3	4,0	100
Beschäftigte	Anzahl	2 673	2 006	1 051	5 730
Anteile an insgesamt	%	46,6	35,0	18,3	100
Baugewerblicher Umsatz im Vorjahr	Mio. EUR	195,2	188,4	108,7	492,3
Anteile an insgesamt	%	39,7	38,3	22,1	100,0

*) Betriebe von Unternehmen mit mindestens 10 Beschäftigten

Im saarländischen Ausbaugewerbe waren im Juni 2010 insgesamt 5 730 Personen in den 300 ausbaugewerblichen Betrieben (von Unternehmen mit mindestens zehn Beschäftigten) tätig. Eine so hohe Zahl an Ausbaubetrieben wurde zuletzt im Jahr 2001 registriert.

Die kleineren Betriebe mit weniger als 20 Beschäftigten dominieren auch

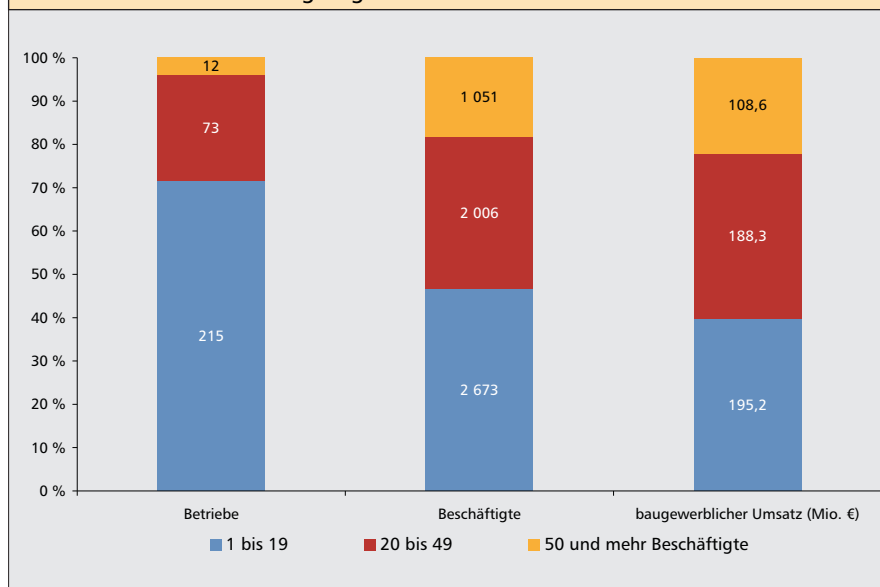
das Ausbaugewerbe. In dieser Beschäftigtengrößenklasse arbeiteten im Juni 2010 in 215 Betrieben (71,7 %) 2 673 Personen; dies entspricht einem Anteil von 46,6 Prozent aller Arbeitskräfte im Ausbaugewerbe. In 85 Betrieben lag die Anzahl der Beschäftigten jeweils über 20 Personen. Davon gehörten 73 Betriebe (24,3 %) zur Größenklasse mit 20 bis 49 Beschäftigten. Diese boten Ar-

beitsplätze für 2 006 Personen (35,0 %). In den 12 größten saarländischen Ausbaubetrieben mit jeweils 50 und mehr tätigen Personen standen insgesamt 1 051 Beschäftigte auf den Gehaltslisten. Dies sind 18,3 Prozent der gesamten Belegschaft im Ausbaugewerbe.

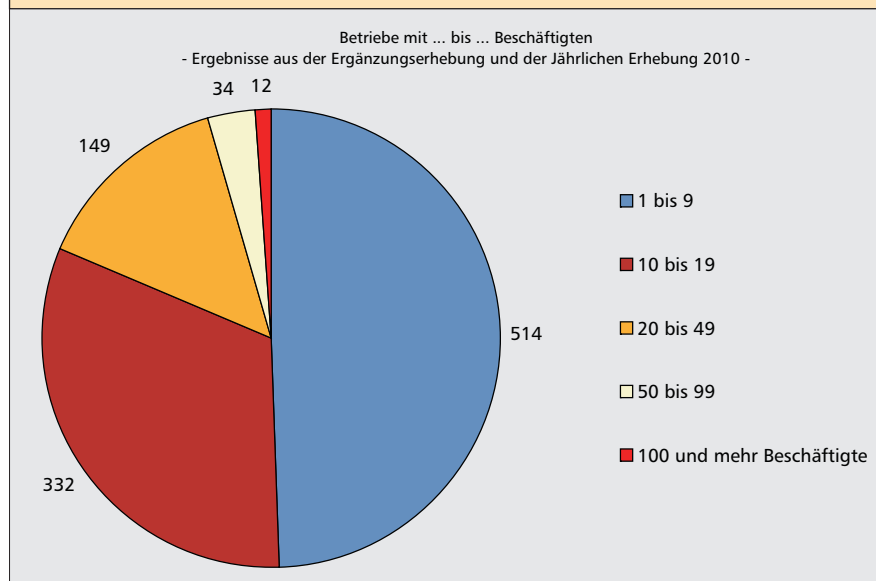
Die 300 befragten Betriebe verbuchten im Jahr 2009 einen baugewerblichen Umsatz von 492,3 Mio. Euro. Davon erwirtschafteten die kleineren Betriebe mit weniger als 20 Beschäftigten 195,2 Mio. Euro (39,7 %). Die großen Betriebe mit 50 und mehr tätigen Personen setzten 108,7 Mio. Euro um, was einem Anteil von 22,1 Prozent entspricht.

Zusammengefasst ergibt sich aus den beiden zur Jahresmitte 2010 durchgeführten Erhebungen im Baugewerbe (bei Vernachlässigung der unterschiedlichen Abschneidegrenzen), dass fast 50 Prozent der Baubetriebe jeweils weniger als zehn Personen beschäftigen. In diesen kleineren Betrieben sind 14,4 Prozent der insgesamt 14 943 Arbeitskräfte des Baugewerbes tätig. Knapp ein Drittel

S 2 Betriebe und Beschäftigte im saarländischen Ausbaugewerbe im Juni 2010 sowie baugewerblicher Umsatz im Jahr 2009 nach Beschäftigtengrößenklassen



S 3

Anzahl der baugewerblichen Betriebe im Saarland
im Juni 2010 nach Beschäftigtengrößenklassen

Ausgewählte Ergebnisse des saarländischen Unternehmensregisters zum Berichtsjahr 2008^{*)}

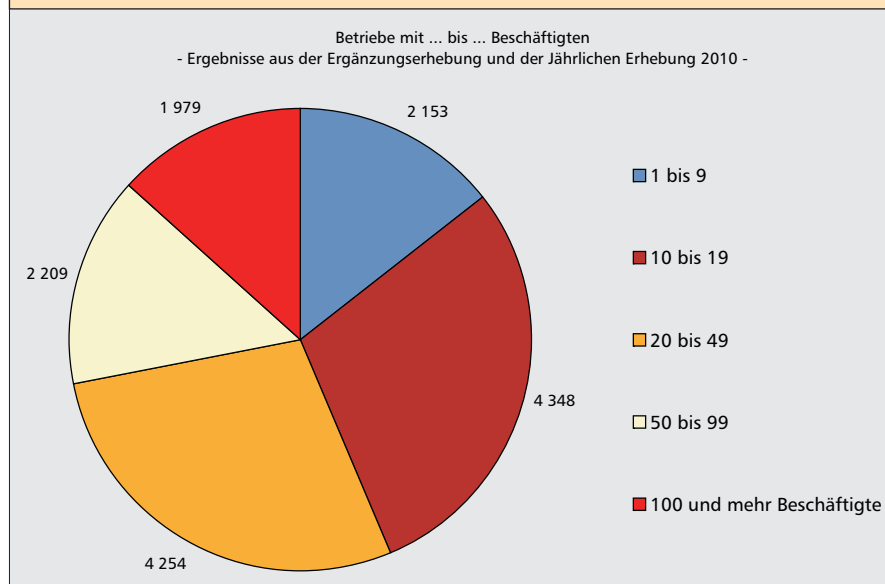
90 Prozent der Betriebe be- schäftigen jeweils weniger als zehn Personen

Das Unternehmensregister der amtlichen Statistik bildet alle wirtschaftlich aktiven Einheiten nach ihrem wirtschaftlichen Tätigkeitsschwerpunkt gemäß der EU-einheitlichen Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008), ab. Gespeist von diversen externen Datenquellen, u. a. von Dateien der Bundesagentur für Arbeit (BA) und der Finanzverwaltung, werden die Merkmale „sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (SV-Beschäftigte)“ und „steuerbarer Umsatz“ jährlich aktualisiert. Weitere Merkmals hinterlegungen im Unternehmensregister ermöglichen Aussagen zur Unternehmens- und Betriebsstruktur sowie zur räumlichen Verteilung der wirtschaftlichen Akteure.

Ein Unternehmen als rechtliche Einheit kann aus einem oder mehreren Betrieben bestehen. Sind im Falle mehrerer Betriebsstätten diese in unterschiedlichen Bundesländern angesiedelt, so wären bei einer Analyse nach dem Unternehmenskonzept keine länderscharfen Ergebnisse möglich. Erst die Auswertung auf der Betriebsebene liefert regional exakt abgegrenzte Daten, unabhängig davon, ob das (Mutter-) Unternehmen seinen Sitz im eigenen Bundesland hat oder nicht. In diesem Beitrag

^{*)} Alle Tabellen zu diesem Artikel finden Sie im Internet unter www.saarland.de/61461.htm.

S 4

Anzahl der Beschäftigten im saarländischen Baugewerbe
im Juni 2010 nach Beschäftigtengrößenklassen

der Betriebe gehört zur Größenklasse mit zehn bis unter 20 Arbeitsplätzen. Der Beschäftigtenanteil beträgt hier 29 Prozent. Die 46 Betriebe mit 50 und mehr tätigen Personen stellen nur einen Anteil von gut vier Prozent

an der Gesamtzahl der Betriebe; hier haben jedoch 28 Prozent der Baubeschäftigten ihren Arbeitsplatz.

(Autor: Reiner Haßler)

werden deshalb die (im Saarland gelegenen) Betriebe als Bezugsgröße herangezogen, da diese – im Gegensatz zum Unternehmenskonzept – für eine regionale Wirtschaftsanalyse von größerer Bedeutung sind. Bei den Betrieben kann es sich dabei um so genannte Einbetriebsunternehmen handeln oder um einen Betrieb eines Mehrbetriebs- oder Mehrländerunternehmens.

Die hier dargestellten Ergebnisse beziehen sich auf den Stand des Unternehmensregisters zum 30.06.2010. Ausgewertet wurden die aktiven Betriebe mit SV-Beschäftigten und/oder steuerbarem Umsatz (für Einbetriebsunternehmen) im Berichtsjahr 2008.

Im Saarland waren 45 457 Betriebe mit insgesamt 330 835 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Berichtsjahr 2008 wirtschaftlich aktiv (Tabelle 1). In der Gliederung nach

Wirtschaftsabschnitten gemäß der WZ 2008 überwiegt der Abschnitt G (Handel (Grafik 1); Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen) mit 10 546 Betrieben bzw. einem Betriebsanteil von 23,2 Prozent. Weiterhin sind der Abschnitt M (Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen) sowie der Abschnitt F (Baugewerbe) mit 10,7 (4 846) bzw. 10,0 Prozent (4 558) in der saarländischen Wirtschaft stark vertreten. Die saarländische Geselligkeit und Gastfreundlichkeit drücken sich in den 4 406 Betrieben des Abschnitts I (Gastgewerbe) aus. Dies sind immerhin 9,7 Prozent der im Unternehmensregister erfassten Betriebe.

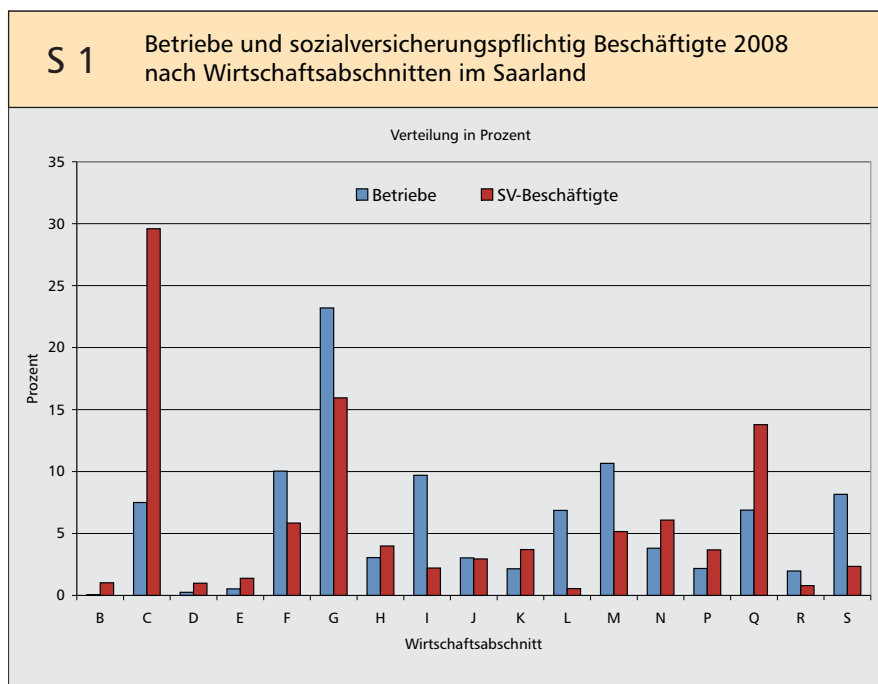
Den weitaus höchsten Beschäftigtenanteil weist jedoch der Abschnitt C aus. Fast 98 000 SV-Beschäftigte oder 29,6 Prozent aller im Saarland tätigen Personen arbeiten in Betrieben, die dem Verarbeitenden Gewer-

be zugeordnet sind. Aber auch im Abschnitt G (Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen) sowie im Abschnitt Q (Gesundheits- und Sozialwesen) besteht mit 52 700 (15,9 %) bzw. 45 600 Personen (13,8 %) eine hohe Arbeitsplatzdichte.

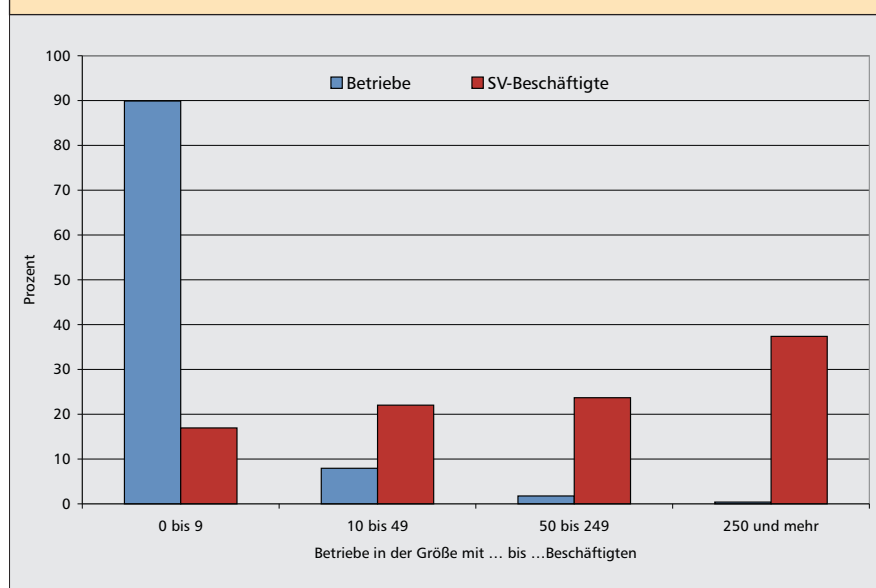
Betrachtet man die Branchen (WZ-Zweisteller) nach ihrer Häufigkeitsverteilung, gemessen an der Anzahl der Betriebe, so repräsentieren die 15 größten Zweisteller mit knapp 34 500 Betrieben über 76 Prozent aller Arbeitsstätten. Dort arbeiteten 150 800 Menschen, also fast 46 Prozent aller SV-Beschäftigten im Berichtsjahr 2008. Auffallend ist die Tatsache, dass zu diesem Bereich – mit Ausnahme eines Teils des Baugewerbes (WZ-Nr. 43) und der Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln (WZ-Nr. 10) – nur Dienstleistungsbranchen gehören. Der Einzelhandel dominiert in dieser Auswahl mit über 6 500 Betrieben (14,4 %). Er stellt gleichzeitig auch den höchsten Beschäftigtenanteil mit 28 400 Personen bzw. 8,6 Prozent (Tabelle 2).

In der Analyse nach den arbeitsplatzintensivsten Branchen zeigt sich, dass die großen saarländischen Industriezweige wie der Maschinenbau, die Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen sowie die Metallbranche neben dem Handel und dem Gesundheitswesen mit zu den bedeutendsten Arbeitgebern zählen. Für die 15 größten Branchen werden 214 000 SV-Beschäftigte in 21 119 Betrieben nachgewiesen (Tabelle 3).

In der Gliederung nach Beschäftigtengrößtenklassen dominieren im



S 2 Anteile der Betriebe und sozialversicherungspflichtig Beschäftigter 2008 nach Größenklassen im Saarland



Saarland mit einem Anteil von 90 Prozent die kleineren Betriebe mit jeweils weniger als zehn Beschäftigten (Grafik 2). Hier gehen 17 Prozent aller im Saarland beschäftigten Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen ihrer beruflichen Tätigkeit nach (Tabelle 4). Acht Prozent oder 3 612 Betriebe gehören zur Größenklasse mit zehn bis 49 SV-Beschäftigten. Lediglich knapp über zwei Prozent der Betriebe (972) gehören zu den größeren Arbeitsstätten mit jeweils 50 und mehr Personen. Insgesamt sind in diesen Betrieben 202 000 Menschen beschäftigt, dies sind 61 Prozent der Gesamtheit (Grafik 2). Je nach Wirtschaftszweig zeigt sich jedoch eine vom Durchschnitt abweichende Struktur. So sind beispielsweise im Abschnitt L (Grundstücks- und Wohnungswesen) fast alle Betriebe in der kleinsten Größenklasse mit unter zehn SV-Beschäftigten angesiedelt.

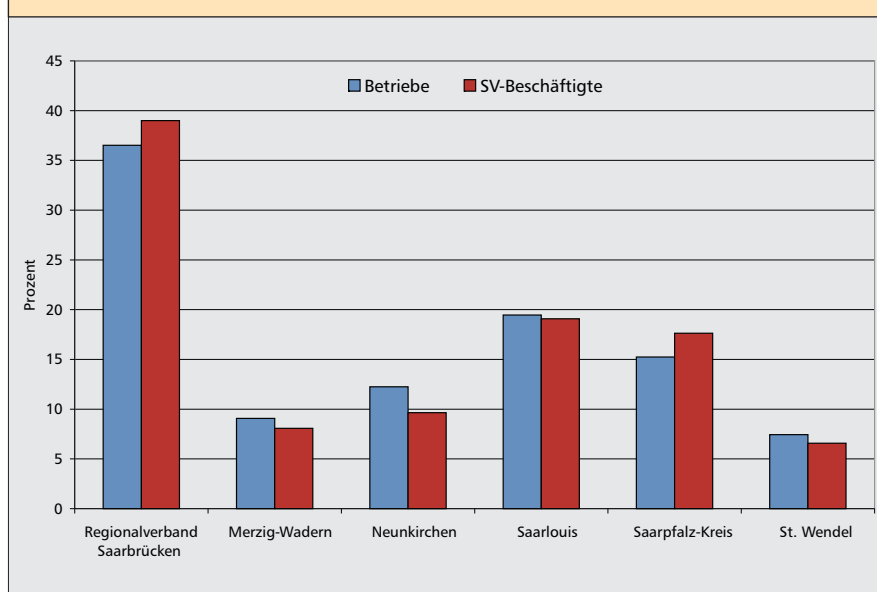
Die Tabelle 4 gibt eine Übersicht zu den Betriebsgrößen auf kommunaler

Ebene, hier im Regionalverband Saarbrücken und den fünf Landkreisen. Neben der Anzahl der Betriebe werden auch die SV-Beschäftigten in der jeweiligen Größenklasse ausgewiesen. Insgesamt dominiert der Regionalverband Saarbrücken sowohl

bei den Betriebs- als auch bei den Beschäftigtenzahlen (Grafik 3). 36 Prozent der saarländischen Betriebe sind im Regionalverband ansässig. Dort arbeiten 39 Prozent der insgesamt fast 331 000 SV-Beschäftigten. Auch im Saarpfalz-Kreis übersteigen die Beschäftigtenanteile die relativen Betriebszahlen. Im Kreis Saarlouis sind die Anteile von Betrieben und Beschäftigten dagegen nahezu gleich.

Die regionale Verteilung nach Wirtschaftsabteilungen wird in den Tabellen 5 und 6 dargestellt. Hier wurde in tiefer regionaler Gliederung (Kreise und Gemeinden) eine Auswertung nach Betrieben und SV-Beschäftigten durchgeführt. Diese kleinräumige Auswertungsmöglichkeit des Unternehmensregisters bietet insbesondere für Zwecke der Lokalpolitik oder der kommunalen Wirtschaftsförderung eine sehr detaillierte Übersicht über die Wirt-

S 3 Prozentuale Verteilung der Betriebe und sozialversicherungspflichtig Beschäftigter 2008 nach Kreisen im Saarland



schaftsstruktur einer Region, auch im Vergleich zu anderen Standorten.

Das Unternehmensregister ermöglicht neben den bekannten Funktionen zur Steuerung der Erhebungsabläufe einzelner Statistiken auch die Auswahlgrundlage zur Festlegung von Auskunftspflichten einzelner Betriebe. Über die wirtschaftszweigsystematische Zuordnung in Verbindung mit Beschäftigtenzahl und Umsatz lassen sich Auswahl- und Stichprobenpläne steuern. Die Belastung für die Wirtschaft insgesamt kann damit möglichst gering gehalten werden. Die monatliche Berichter-

stattung im Verarbeitenden Gewerbe betrifft z. B. nur die Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten, dies sind laut Unternehmensregister nur die „oberen“ 6,7 Prozent der zum Verarbeitenden Gewerbe gehörenden Betriebe. Im Baugewerbe liegen die Abschneidegrenzen für die monatliche bzw. vierteljährliche Konjunkturstatistik bei 20 Beschäftigten aufwärts. Das Gros der Betriebe wird hier also ebenfalls nicht belastet. Mit dem Vorliegen von ausreichend zuverlässigen Angaben zur Beschäftigung und zum Umsatz werden Totalerhebungen teilweise überflüssig. Eine der ersten komplett aus dem Unter-

nehmensregister generierten Vollerhebungen ist die Handwerkszählung, die im Laufe dieses Jahres erste Ergebnisse liefern wird.

Mit Einrichtung der gemeinsamen Internet-Veröffentlichungsplattform „Statistik-Portal der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder“ lassen sich unter http://www.statistikportal.de/Statistik-Portal/de_enterprise.asp alle Länderergebnisse abrufen. Darüber hinaus finden sich dort auch Erläuterungen zur Methodik.

(Autor: Reiner Haßler)

Arbeitskosten im Saarland im Jahr 2008



Von Wolfgang Backes

Das Niveau der Arbeitskosten zählt zu den wichtigsten Indikatoren, wenn es um die Beurteilung von Wirtschaftsstandorten geht. Im Zuge der Globalisierung wurden viele Standortverlagerungen in Länder und Regionen mit einschlägigen Kostenvorteilen vorgenommen. Zugleich gerieten die Löhne und Gehälter in den westlichen Industrieländern – vor allem in Deutschland – unter Druck. Bei ganzheitlicher Betrachtung zeigen die Arbeitskosten allerdings vielschichtige Facetten, so dass die klassische, aus betriebswirtschaftlicher Sicht geführte Diskussion vielfach zu kurz greift. Im Rahmen einer Präsentation der Ergebnisse der jüngsten Arbeitskostenerhebung für das Jahr 2008 sollen deshalb einige wichtige Aspekte der Arbeitskosten im betriebs- wie auch im volkswirtschaftlichen Sinne näher betrachtet werden.

Zum Stellenwert der Arbeitskosten

Wie kaum ein anderes Thema beherrschen die Arbeitskosten seit jeher die wirtschaftspolitischen Diskussionen. Wenn es um die Beurteilung der Attraktivität von Standorten oder um die Erklärung von Arbeitsmarktlagen geht, zählen die Arbeitskosten zu den herausragenden Indikatoren. Nicht nur im internationalen, sondern auch im regionalen Wettbewerb werden sie als Vergleichsmaßstab herangezogen.

Arbeitskosten
beherrschen
die wirtschafts-
politische
Diskussion

In wirtschaftspolitischen ebenso wie in tariflichen Auseinandersetzungen laufen die Argumentationsketten zwangsläufig über die Höhe und Struktur der Arbeitskosten. Unterschiedliche Interessen stehen sich in einer klassischen Konfliktsituation gegenüber. Von der Arbeitgeberseite betrachtet stellt die menschliche Arbeitskraft einen Produktionsfaktor dar, der Kosten verursacht. Von der Seite des Arbeitnehmers betrachtet dient die Bereitstellung der Arbeits-

kraft primär dem Einkommenserwerb und der Sicherung des Lebensunterhalts. Allerdings lässt sich die Problematik in ihrer Komplexität nicht auf ein einfaches Markt-schema mit Angebots- und Nachfragefunktion reduzieren. Zu vielfältig sind die wirtschaftlichen und auch sozialen Zusammenhänge und Wechselwirkungen, als dass ihnen die klassischen Argumentationen auch nur annähernd gerecht werden könnten.

Bevor die Ergebnisse der jüngsten Arbeitskostenerhebung dargestellt werden, soll deshalb zunächst die Bedeutung der Arbeitskosten sowohl in betriebswirtschaftlicher wie auch volkswirtschaftlicher Hinsicht aufgezeigt werden.

Die Kosten des Produktionsfaktors Arbeit

Was versteht man unter Arbeitskosten? Am einfachsten kann man sie als die Summe aller Kosten beschreiben, die in einem Unter-

nehmen im Zusammenhang mit der Beschäftigung von Arbeitskräften, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, auf einen bestimmten Zeitraum bezogen, entstanden sind. Sie schließen nicht nur die Bruttolöhne und -gehälter, sondern auch noch eine Reihe weiterer Kostenbestandteile ein, die unter dem Begriff Lohnnebenkosten zusammengefasst werden. In der klassischen Unterscheidung der Produktionsfaktoren in Arbeit, Boden und Kapital bringen sie nichts anderes als die Kosten, die mit dem Einsatz des Produktionsfaktors Arbeit verbunden sind, zum Ausdruck.

Als Produktionsfaktor steht die menschliche Arbeitskraft in einem Konkurrenzverhältnis zu anderen Produktionsfaktoren, die in ihrer Gesamtheit vereinfacht als Kapital bezeichnet werden. Unternehmen folgen in einer Marktwirtschaft dem erwerbswirtschaftlichen Prinzip der Gewinnmaximierung. Das wirtschaftliche Ergebnis eines Unternehmens wird unter anderem von den Kosten bestimmt, die mit dem Einsatz der unterschiedlichen Produktionsfaktoren entstehen. Da Produktionsfaktoren oft in einem gewissem Rahmen gegenseitig substituierbar sind, implizieren vor allem unterschiedliche Kostenverläufe das ständige Bemühen, durch Veränderungen der Faktorkombinationen die Produktionskosten zu senken und damit die Konkurrenzfähigkeit des Unternehmens sicherzustellen und das Betriebsergebnis zu steigern. Mit einer Veränderung der Arbeitskosten verschieben sich ceteris paribus die Preisrelationen zwischen den Faktoren Arbeit und Kapital. Höhere Arbeitskosten implizieren in aller Regel eine Substitution von Arbeit durch Kapital – man spricht von Rationalisierung.

Zusammenhang zwischen Arbeitskosten und technischem Fortschritt

Es erfolgen Investitionen in modernere Produktionstechniken und -verfahren, und so gesehen sind – zumindest historisch betrachtet – steigende Löhne und Gehälter eine Triebfeder des technischen Fortschritts.

Hieraus resultiert der enge Zusammenhang zwischen dem allgemeinen Verdienstniveau und den Produktionsstandards in hoch entwickelten Volkswirtschaften wie der Bundesrepublik Deutschland. Mit dem technischen Fortschritt gehen – vor allem im Produktionssektor – auch dramatische Änderungen der Ansprüche an die Qualifikation der Arbeitskräfte einher. Kontinuierlich werden einfache Arbeiten zurückgedrängt und der Bedarf an hoch qualifizierten Arbeitskräften steigt. Allein diese Umstrukturierungen wirken tendenziell arbeitskostensteigernd, allerdings ohne negative Auswirkungen auf die Nachfrage nach (entsprechend qualifizierten) Arbeitskräften, solange die Produktivität Schritt halten kann.

Dies relativiert aber auch den Stellenwert der Arbeitskosten, die isoliert betrachtet nur eine eingeschränkte Aussagekraft im Rahmen einer gesamtheitlichen Standortbewertung haben. Die Höhe der Arbeitskosten bringt grundsätzlich nämlich auch die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit von Unternehmen oder Volkswirtschaften zum Ausdruck und damit die Fähigkeit, entsprechend hohe Löhne und Gehälter zahlen zu können.

Ohne Zweifel werden Standortentscheidungen von Unternehmen – abhängig von der Arbeitsintensität der Produktion mehr oder weniger stark – von der Höhe der Arbeitskosten an alternativen Standorten beeinflusst. Aber nicht die absoluten Arbeitskosten sind von Relevanz, sondern vielmehr das Verhältnis, in dem die Arbeitskosten zum erzeugten Output stehen. Eine Größe, die diese Relation beschreibt, sind die Lohnstückkosten. In der betriebswirtschaftlichen Bedeutung definieren die Lohnstückkosten das Verhältnis der gesamten Arbeitskosten, die auf die Produktion eines bestimmten Gutes entfallen, zur Anzahl der hergestellten Güter. Auf der volkswirtschaftlichen Betrachtungsebene bezieht man die Arbeit-

Arbeitskosten
nur einer von
vielen Standort-
faktoren

nehmerentgelte je Arbeitnehmer auf die Produktivitätⁱ. Die Lohnstückkosten können sowohl über die Arbeitskosten wie auch über technische Entwicklungen oder andere Maßnahmen, die Einfluss auf die Produktivität nehmen, verändert werden. Steigen zum Beispiel nur die gezahlten Arbeitnehmerverdienste bei unveränderter Produktivität, führt dies zu höheren Lohnstückkosten und ceteris paribus verschieben sich die Ansprüche an das Betriebsergebnis zu Gunsten der Arbeitnehmer. Dementsprechend werden neue Anreize zur Substitution der Produktionsfaktoren im Konkurrenzverhältnis von Arbeit und Kapital gesetzt. Verteilungsneutrale Spielräume für steigende Ansprüche können hingegen durch Produktivitätssteigerungen eröffnet werden.

Lohnstückkosten berücksichtigen Produktivitätsverhältnisse

Hieraus ergibt sich, dass im internationalen Wettbewerb auch Standorte mit vergleichsweise hohen Arbeitskosten problemlos bestehen können, wenn sie sich durch hohe Produktivität auszeichnen. Die erfolgreichen Produktionsstätten namhafter Unternehmen der KFZ-Branche im Saarland stehen hierfür beispielhaft. Auf der anderen Seite garantieren günstige Löhne keineswegs den Investitionserfolg, wenn die Verhältnisse vor Ort keine entsprechende Produktivität zulassen:

Im Zeitalter der "Globalisierung" werden viele Verlagerungen von Produktionsstandorten aufgrund günstigerer Faktorkosten, insbesondere Arbeitskosten, und nicht nur unter dem Aspekt der Erschließung neuer Märkte oder etwa einer "Following Customer-Strategie" vorgenommen. Stellt sich bei Verlagerungen nicht der gewünschte Erfolg ein, eine Erfahrung, die leider schon viele Unternehmen machen mussten, liegt dies nicht selten daran, dass sich trotz Know-how-Transfer die Erwartungen bezüglich der realisierbaren Produktivität und Qualität an den neuen Standorten als zu optimistisch erwiesen haben. Die Arbeits-

i Lohnstückkosten

Die Lohnstückkosten werden als Quotient aus dem "Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer" und der "Produktivität" (Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen) gebildet. Während der Zähler (Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer) sich nur auf abhängig Beschäftigte bezieht, berücksichtigt der Nenner bei den Erwerbstätigen auch die selbständige Arbeit. Nach der Berechnungsart unterscheidet man nominale und reale Lohnstückkosten. Bei den realen Lohnstückkosten werden im Quotienten die nominalen Arbeitnehmerentgelte und das nominale BIP verwendet, bei den nominalen Lohnstückkosten werden die nominalen Arbeitnehmerentgelte und das reale BIP verwendet.

kosten per se stellen immer nur einen Teilaspekt des Produktionsumfeldes an einem Standort dar. Nicht minder bedeutend sind die sehr unterschiedlichen Rahmenbedingungen in den Ländern oder Regionen, die als Produktionsstandorte miteinander konkurrieren.

Damit ein Produktivitätstransfer reibungslos vonstatten geht und moderne Produktionsanlagen und -techniken den Erwartungen entsprechend funktionieren, ist es unabdingbar, dass die notwendige Infrastruktur am neuen Standort vorhanden ist. Hierzu zählen aber nicht nur Verkehrseinrichtungen. Auf längere Sicht ebenso unverzichtbar sind auch Bildungs- und Forschungseinrichtungen, Kommunikationssysteme, technische Service- und Hilfseinrichtungen, Ver- und Entsorgungseinrichtungen, Gesundheitssysteme, kulturelle und soziale Einrichtungen und – ganz wichtig (man denke beispielsweise an die Problematik des Patentschutzes) – das Rechtssystem sowie die politischen Verhältnisse. All diese Faktoren zusammengenommen bilden den großen Rahmen, der wesentlich zum Erfolg oder auch Misserfolg einer Investitionsentschei-

Geringe Arbeitskosten allein kein Garant für Investitionserfolg

Wechselbeziehung zwischen Arbeitskostenniveau und Standortqualität

dung beiträgt. Eng damit verbunden ist zudem die Produktqualität, die sich an alternativen Standorten erreichen lässt. Auch in dieser Beziehung hat sich manche Standortentscheidung im Nachhinein als falsch erwiesen. Nicht ohne Grund wird dem Markenzeichen "Made in Germany" international nach wie vor höchste Anerkennung gezollt.

Das Entwicklungsstadium von Volkswirtschaften lässt sich prinzipiell über den Stand ihrer technischen wie auch sozialen Infrastrukturen bestimmen. Aufbau und Unterhalt der Infrastruktur sind stets mit einem hohen Investitionsaufwand verbunden. Mit einem generell niedrigen Lohnniveau in einem Land geht in aller Regel auch ein geringes fiskalisches Potential einher, das wiederum die Spielräume für entsprechende öffentliche Infrastrukturinvestitionen einschränkt. Die Höhe der Arbeitseinkommen ist nicht nur für das Produktionskostenniveau in einem Land von Relevanz. Ein weiterer wichtiger Aspekt, der leider nicht immer angemessen gewürdigt wird, ist, dass in vielen hoch entwickelten Ländern, so auch in Deutschland, die abhängig Beschäftigten über die an ihre Arbeitseinkommen ange-dockten Abgabensysteme für Steuern und Sozialversicherungen einen wesentlichen Teil der vorgenannten Infrastruktur finanzieren. Somit werden dem Unternehmenssektor Leistungen zur Verfügung gestellt, die sozialisiert wurden, sprich in der betriebswirtschaftlichen Kostenrechnung keinen Eingang finden. Darüber hinaus gibt es Bereiche – man denke etwa an Studiengebühren – in denen die Finanzierung (im Gegensatz zur betrieblichen Ausbildung) durch die künftigen "Produktionsfaktoren" selbst erfolgt, getragen von der Hoffnung, dass sich die Bildungsinvestitionen in der Zukunft amortisieren.

Ein Blick in die Steuerstatistiken¹ zeigt die Größenverhältnisse: Im Jahr 2009 lag das gesamte Steueraufkommen in der Bundesrepublik Deutschland bei 524 Mrd. Euro. Hiervon entfielen 135 Mrd. Euro allein auf das Lohnsteueraufkommen. Mit 177 Mrd. Euro wurden die Endverbraucher über die Umsatzsteuer belastet. Hinzu kommen eine ganze Reihe weiterer Verbrauchssteuern und Abgaben, die ebenfalls überwiegend von den privaten Haushalten getragen werden, mithin also zu einem Großteil durch Einkommen aus abhängiger Beschäftigung finanziert werden. Dagegen trug die Körperschaftsteuer lediglich knapp 7 Mrd. Euro zum Gesamtaufkommen bei. Das Gewerbesteuer-aufkommen der Gemeinden lag 2009 bei 32 Mrd. Euro. Nicht vergessen werden sollte auch, dass die Arbeitnehmer im Wirtschaftskreislauf als Abnehmer der mit ihrer Hilfe produzierten Güter und Dienste in Erscheinung treten. Eine Erkenntnis, die Henry Ford schon zu Beginn des vergangenen Jahrhunderts bewogen hat, die gezahlten Löhne und damit seine Arbeitskosten aus einem neuen Blickwinkel zu betrachten.

Vor diesen Hintergründen wird die Lohnpolitik in Deutschland in zunehmendem Maße kritisch hinterfragt. Angesichts der dringenden Notwendigkeit zur Sanierung der öffentlichen Haushalte schiebt sich der Aspekt, dass auch der Fiskus von einem allgemein wachsenden Verdienstniveau profitiert, allmählich wieder weiter in den Vordergrund. Halten nämlich auf Dauer die abgaberelevanten Einkommen nicht mit der Entwicklung der Finanzmittel Schritt, die zur Finanzierung der öffentlichen Aufgaben erforderlich sind, so nimmt in der Folge die öffentliche Infrastruktur Schaden. Der stetig wachsende Reparatur- und Instandhaltungstau bei öffentlichen Einrichtungen

¹ Statistisches Bundesamt, Fachserie 14, Reihe 4, Finanzen und Steuern, Steuerhaushalt, 2. Vierteljahr 2010.

und Verkehrswegen in Deutschland zeigt dies beispielhaft. Insofern wirkt sich die Entwicklungsrichtung der Arbeitsverdienste mittel- bis langfristig auch auf Umfang und Qualität der Infrastruktur unserer Volkswirtschaft aus und beeinflusst damit letztendlich die Produktionsbedingungen und das technische Fortschrittspotential im Land.

Ein andere
Sichtweise:
zur Rolle
Deutschlands
in Europa

Vor allem von Seiten der Wirtschaftsverbände wurde in Deutschland in der Vergangenheit konsequent das hohe Niveau der Arbeitskosten für Defizite in der wirtschaftlichen Dynamik und für Ungleichgewichte auf dem Arbeitsmarkt verantwortlich gemacht. Mit Blick auf die teils um ein Vielfaches niedrigeren Arbeitskosten in osteuropäischen, mittlerweile zum Teil der EU beigetretenen Ländern, und mehr noch im asiatischen Raum wurde die Attraktivität der Produktionsbedingungen in Deutschland immer kritischer bewertet. Auch unter Hinweis auf die starke Exportorientierung der deutschen Wirtschaft wurden über viele Jahre hinweg beharrlich mit dem Argument der internationalen Wettbewerbsfähigkeit Lohnzurückhaltung und Entlastung bei den Arbeitskosten eingefordert. Mit breiter politischer, aber auch medialer Unterstützung gelang es der deutschen Wirtschaft wesentlich schneller als den meisten ihrer europäischen Konkurrenten, die allgemeine Lohn- und Gehaltsentwicklung von der Produktivitätsentwicklung zu entkoppeln und somit die Position im Außenwettbewerb – und hier vor allem mit den Euro-Ländern – zu stärken.

Nach den Ergebnissen von Eurostat² sind die Arbeitskosten in der Europäischen Union von 2000 bis 2009 um ein gutes Drittel gestiegen (35,5 %). Deutschland hingegen blieb mit einem Anstieg um 18,3 Prozent deutlich hinter diesem Wert zurück. Erst mit größerem Abstand folgen die

Nachbarländer Österreich (+ 29,4 %) und Frankreich (+ 31,0 %). Im Euroraum (16 Länder) betrug der Anstieg 29,3 Prozent. Demgegenüber zeigen die Arbeitskosten in den osteuropäischen Mitgliedsstaaten, obwohl nach wie vor weit unter dem europäischen Durchschnitt liegend, deutliche Anpassungstendenzen: In Rumänien wurde – auch bedingt durch die hohen Inflationsraten in der ersten Hälfte der betrachteten Dekade – ein Anstieg um 456,7 Prozent gemessen. In Lettland waren es 222,8, in Estland 158,5, in Bulgarien 121,0 und in Ungarn 115,2 Prozent.

Auch am aktuellen Rand zeigt Deutschland eine unterdurchschnittliche Entwicklung: Nach den jüngsten vorliegenden Vergleichsdaten verteuerte sich die Arbeit in der deutschen Privatwirtschaft im 2. Quartal 2010 gegenüber dem Vorjahresquartal um 0,7 Prozent. Europaweit waren es 1,6 Prozent. Besonders stark fiel der Anstieg in Bulgarien (+ 8,6 %) und Rumänien (+ 5,0 %) aus. Aber auch in Frankreich (+ 3,8 %) oder Dänemark (+ 3,1 %) lag der Anstieg über dem deutschen sowie dem europäischen Wert. Deutliche Rückgänge waren allerdings im Baltikum zu verzeichnen, das von der Wirtschafts- und Finanzkrise weitaus stärker als der Rest der Union getroffen worden war. Im Zuge drastischer Sparprogramme verringerten sich die Kosten in Litauen um 7,0, in Lettland um 5,8 und in Estland um 2,6 Prozent.

Vor diesem Hintergrund wird die zurückhaltende Lohnpolitik des vergangenen Jahrzehnts in Deutschland zunehmend aus dem europäischen Ausland kritisiert.

So warf unter anderem Frankreichs Finanzministerin Christine Lagarde Deutschland im Zusammenhang mit der Griechenlandkrise vor, sein Wachstum auf Kosten anderer

Ausländische
Kritik an
deutscher
Lohnpolitik

² Arbeitskostenindex für die gewerbliche Wirtschaft, Nominalwerte.
Daten werden im Internet veröffentlicht unter <http://www.eds-destatis.de> sowie unter <http://epp.eurostat.ec.europa.eu>.

EU-Länder forciert zu haben. Die bereits starke Position Deutschlands als Exporteur sei durch einen permanenten Druck auf die Arbeitskosten noch weiter begünstigt worden. Damit habe Deutschland sich vor allem im Verbund der Länder, die zur Währungsunion gehören, Vorteile verschafft.

Um den Vorwurf dieser Form einer "Beggar-my-Neighbour-Policy"³, den auch der luxemburgische Premier Jean-Claude Juncker wiederholt – jüngst im Zusammenhang mit der Irland-Krise – aufgegriffen hat, zu beleuchten, ist ein Blick auf die Entwicklung der Lohnstückkosten in Deutschland im Vergleich zu anderen Ländern der EU, insbesondere denen der Währungsunion, aufschlussreich. Veränderungen der Lohnstückkosten lassen auf volkswirtschaftlicher Ebene – zumindest tendenziell – gewisse Rückschlüsse auf den Grad der Produktivitätsorientierung in der Lohnpolitik zu⁴.

Im Vergleich mit der Kostenentwicklung in den "Konkurrenzländern" lassen sie erkennen, ob sich die Wettbewerbsposition eines Landes insgesamt eher verbessert oder verschlechtert hat. Gelingt es einem Land, seine Lohnstückkostensituation im Vergleich zu den Konkurrenzländern zu verbessern, wirkt dies innerhalb eines gemeinsamen Währungsraumes in die gleiche Richtung wie die Abwertung einer Landeswährung, das heißt die Chancen auf den gemeinsamen Absatzmärkten verbessern sich, da die Produkte billiger angeboten werden können. Ein Blick auf die nachstehenden Grafiken zeigt, dass die Entwicklung der realen wie auch der nominalen Stückkosten Deutschlands während des letzten Jahrzehnts stets unterhalb der Messzahlen für den gesamten Euroraum (16 Länder) verlief.

Vergleicht man nun die Außenhandels-salden Deutschlands mit den EU-Partnern im Jahr 2009 mit den Salden von 2000, so zeigt sich denn auch, dass Deutschland seine Handelsposition in den meisten Fällen deutlich verbessern konnte. Da die Wechselkurse als Regulativ wegfallen, können die wettbewerbsschwächeren Länder dieser Entwicklung im Prinzip nur durch eine zurückhaltendere Lohnpolitik begegnen. Unabhängig von der politischen Durchsetzbarkeit einer restriktiven Lohnpolitik setzen solche Maßnahmen, noch bevor sie im Außenhandel fruchten können, über den direkten Einkommenseffekt die Binnennachfrage unter Druck, was Einfluss auf das gesamtwirtschaftliche Geschehen und letztlich auch auf die fiskalisch relevanten Größen hat – ein Thema vor allem für die Staaten mit akuten Finanzproblemen. Der alternative Vorschlag, dass wettbewerbsstarke Länder wie Deutschland die Anpassung über eine expansivere Lohnpolitik vollziehen, wird von deutschen Interessenvertretern unter anderem mit Hinweis auf die Wettbewerbsposition auf den außereuropäischen Märkten zurückgewiesen.

Allein dieser Konflikt macht deutlich, dass eine gemeinsame Währung ohne gemeinschaftliche Wirtschafts-, Finanz- und auch Sozialpolitik auf Dauer problematisch ist und zu Ungleichgewichten führt. Dramatisch verschärft wird die Situation durch die vom Bankensektor ausgelöste Krise, die in ihren Auswirkungen auf die Staatsfinanzen, den Außenwert des Euro und die Entwicklung des Geldwertes zurzeit noch gar nicht überschaubar ist. Für den Fortbestand der Europäischen Union – zumindest der Währungsunion in ihrer jetzigen Form – wird es jedenfalls mit entscheidend sein, ob

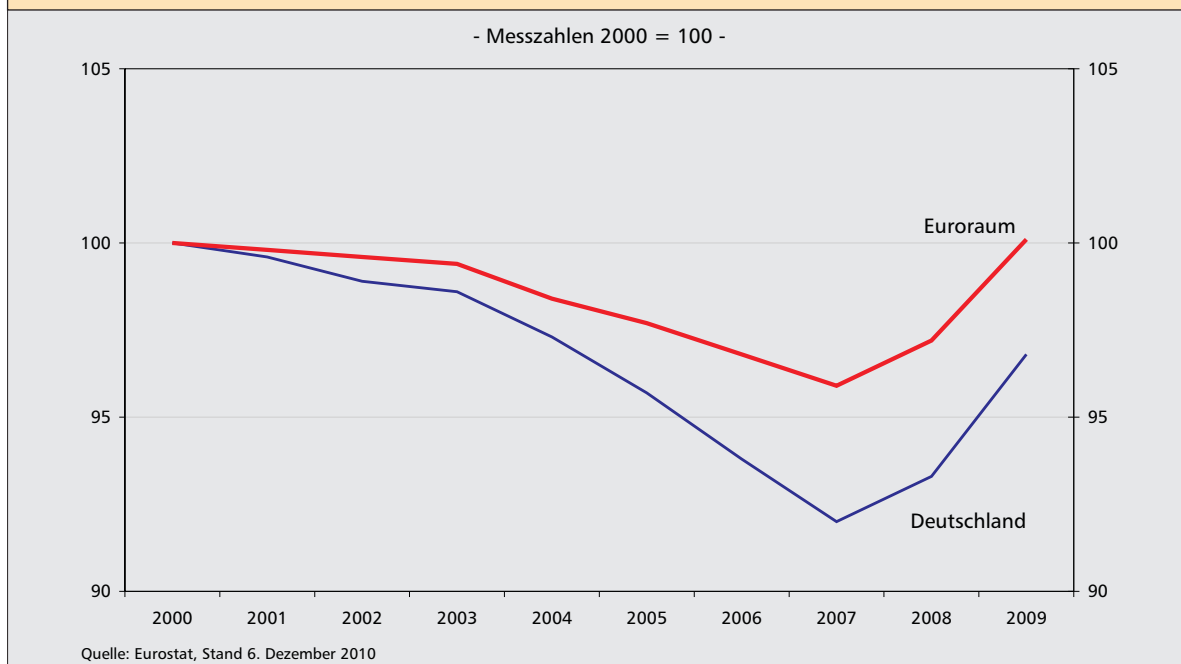
³ Politik, die durch Verbesserung der Exportbedingungen und Verschlechterung der Importbedingungen versucht, die Situation der heimischen Wirtschaft und Beschäftigung auf Kosten der Handelspartner ("Nachbarn") zu verbessern.

⁴ Daneben können andere Faktoren wie beispielsweise Änderungen der Wirtschaftsstruktur die Größemaßgeblich beeinflussen.

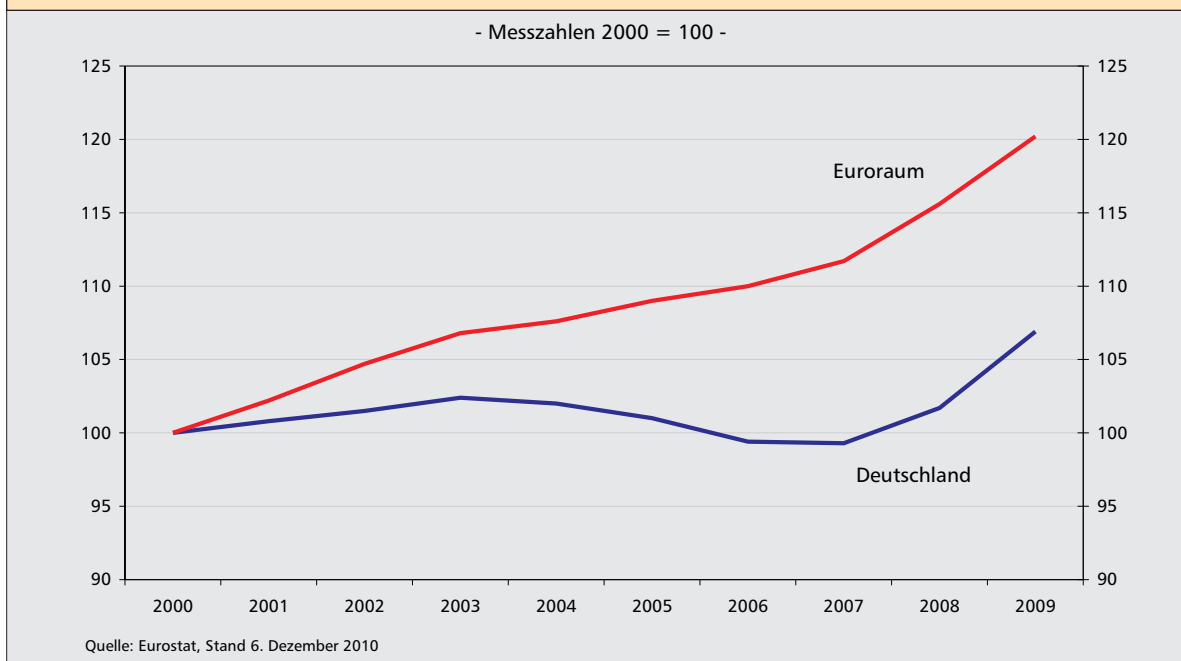
und wie schnell es den Verantwortlichen in den Mitgliedsstaaten gelingt, die relevanten Politikbereiche, darunter auch die Lohnpolitik, zu koordinieren und auf die Ziele

des gemeinsamen Binnenmarktes mit einer einheitlichen und stabilen Währung auszurichten.

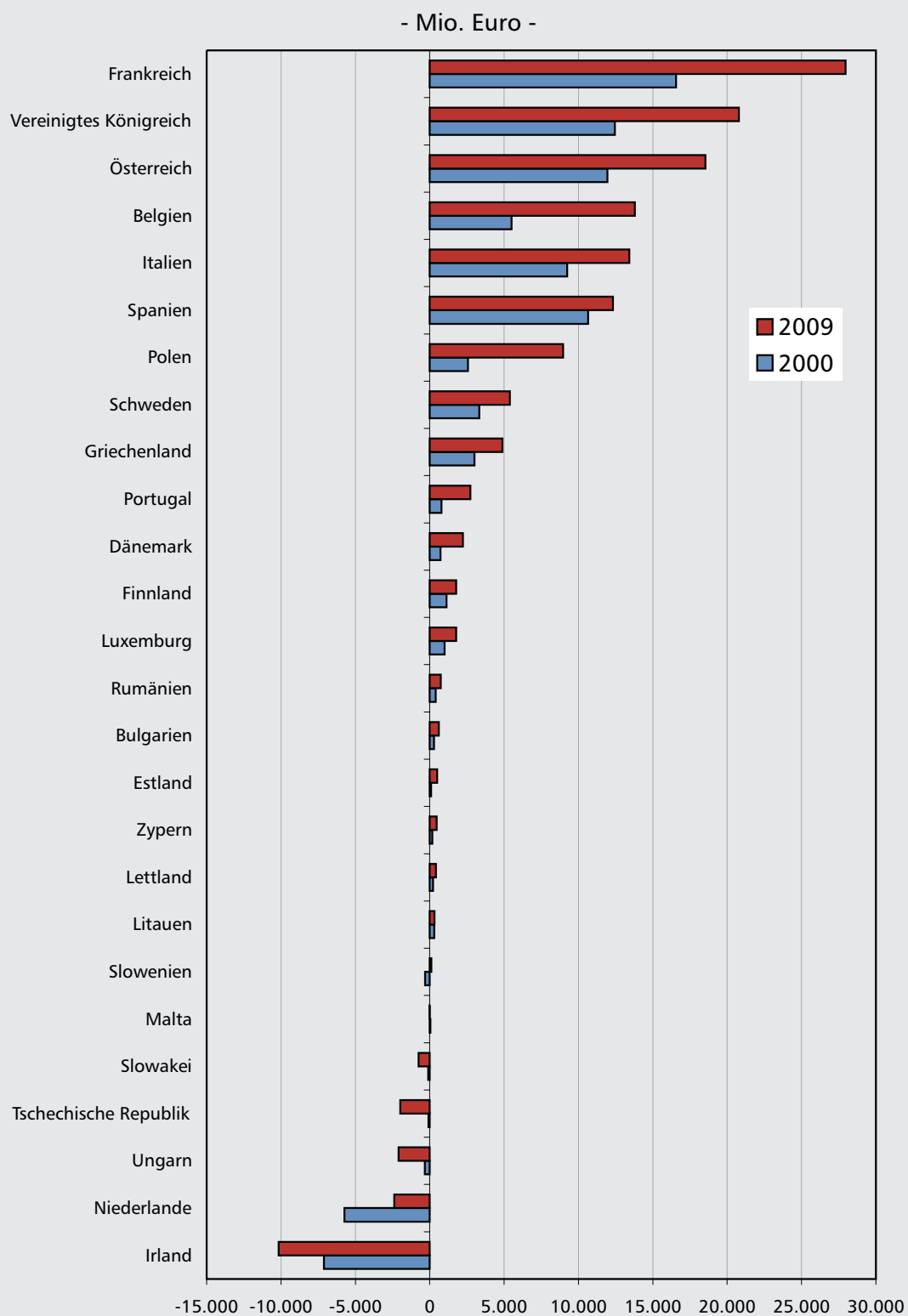
S 1 Entwicklung der realen Lohnstückkosten



S 2 Entwicklung der nominalen Lohnstückkosten



S 3 Außenhandelssalden Deutschlands 2000 und 2009



Die vorstehenden Ausführungen zeigen, dass das Niveau und die Entwicklungsrichtung der Arbeitskosten und damit auch der Verdienste sowohl für die binnenwirtschaftliche Entwicklung wie auch für die Außenhandelsbeziehungen einer Volkswirtschaft in vielfacher Hinsicht von zentraler Bedeutung sind. Vor allem in der Europäischen Union spielen sie eine Schlüsselrolle und die zunehmenden Disparitäten werden mehr und mehr zu einer Belastungsprobe für die gemeinsame Währung. Aus diesem Grund sind zuverlässige und harmonisierte Daten zu den Arbeitskosten und Verdiensten für die Politik auf nationaler wie auf europäischer Ebene ebenso wie für die Interessenvertreter auf Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite unverzichtbar. In den Ländern der Europäischen Union sind die Verdienste und die Arbeitskosten fester Bestandteil in einem harmonisierten Erhebungskonzept. Neben den laufenden vierteljährlichen Verdiensterhebungen, die das konjunkturelle Geschehen an den Arbeitsmärkten zum Ausdruck bringen, werden die Struktur der Verdienste – mit dem Schwerpunkt auf den verdienstrelevanten Individualmerkmalen der Arbeitnehmer – ebenso wie die Struktur der Arbeitskosten in vierjährigem Abstand erhoben. Die beiden Strukturhebungen finden in zweijährigem Wechsel statt. Nach dem Abschluss der Arbeitskostenerhebung 2008 wird zurzeit die Verdienststrukturhebung 2010 durchgeführt.

Das Erhebungskonzept

Die Arbeitskostenerhebung (AKE) ist eine umfassende Strukturhebung über die Kosten der Beschäftigung von Arbeitnehmern nach international einheitlichen Konzepten. Sie wird als Stichprobenerhebung im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich durchgeführt. Der Zweck der Arbeitskostenerhebungen besteht darin, alle Aufwendungen, die einem Unter-

nehmen durch die Beschäftigung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern entstehen, möglichst detailliert nachzuweisen und vergleichend darzustellen.

Im Gegensatz zu den laufenden Verdiensterhebungen, bei denen vierteljährlich die Bruttoverdienste und Arbeitszeiten erfragt werden, geht die Arbeitskostenerhebung weit über die Erhebung reiner Verdienstmerkmale hinaus. Vom adäquationstheoretischen Ansatz her orientiert sich die Erhebung an den betriebswirtschaftlich relevanten Größen, und umfasst sämtliche Kostenkomponenten, die dem Produktionsfaktor Arbeit zuzuordnen sind.

Die Bruttoverdienste und ihre Bestandteile (Sonderzahlungen, vermögenswirksame Leistungen, Entgelt für geleistete Arbeit etc.) sind somit nur ein Teil des Nachweises und ergänzen sich erst mit den so genannten Lohnnebenkosten zu einer Gesamtschau der Arbeitskosten. Die Zusammensetzung der Lohnnebenkosten wird aus dem nachstehenden Schema ersichtlich. Neben den einzelnen Kostenbestandteilen werden auch die entsprechenden Bezugsgrößen erfasst, um die Arbeitskosten auf den geleisteten Arbeitsinput relativieren zu können. Über eine Aufrechnung der entsprechenden Größen von Teilzeitbeschäftigten auf Vollzeitbeschäftigten unter Verwendung der betriebsüblichen Arbeitszeit für Vollzeitkräfte können die Arbeitskosten je Vollzeitarbeiter ebenso wie die Kosten für eine Arbeitsstunde ermittelt werden.

Detaillierte
Erfassung aller
Kostenbestandteile

Der Nachweis der Kosten je Arbeitsstunde folgt mit der Erhebung 2008 erstmals den Standards der Internationalen Arbeitsorganisation ILO. Dies bedeutet, dass im Gegensatz zu früheren Ergebnisdarstellungen die Auszubildenden ebenso wie die Lohnsubventionen im Stundensatz berücksichtigt sind. Ein Vergleich mit früher veröffentlichten Zahlen (AKE 2004) wird dadurch beein-

trächtig. Nach Einschätzung des Statistischen Bundesamtes verringert diese Maßnahme, die der Verbesserung der internationalen Vergleichbarkeit dient, den Stundensatz über alle Branchen gerechnet um ca. 5 Prozent.

Eine weitere Änderung der Ergebnisdarstellung gegenüber den vorangegangenen Erhebungen besteht darin, dass – ebenfalls aus Gründen der internationalen Harmonisierung – das Konzept der Lohnnebenkosten

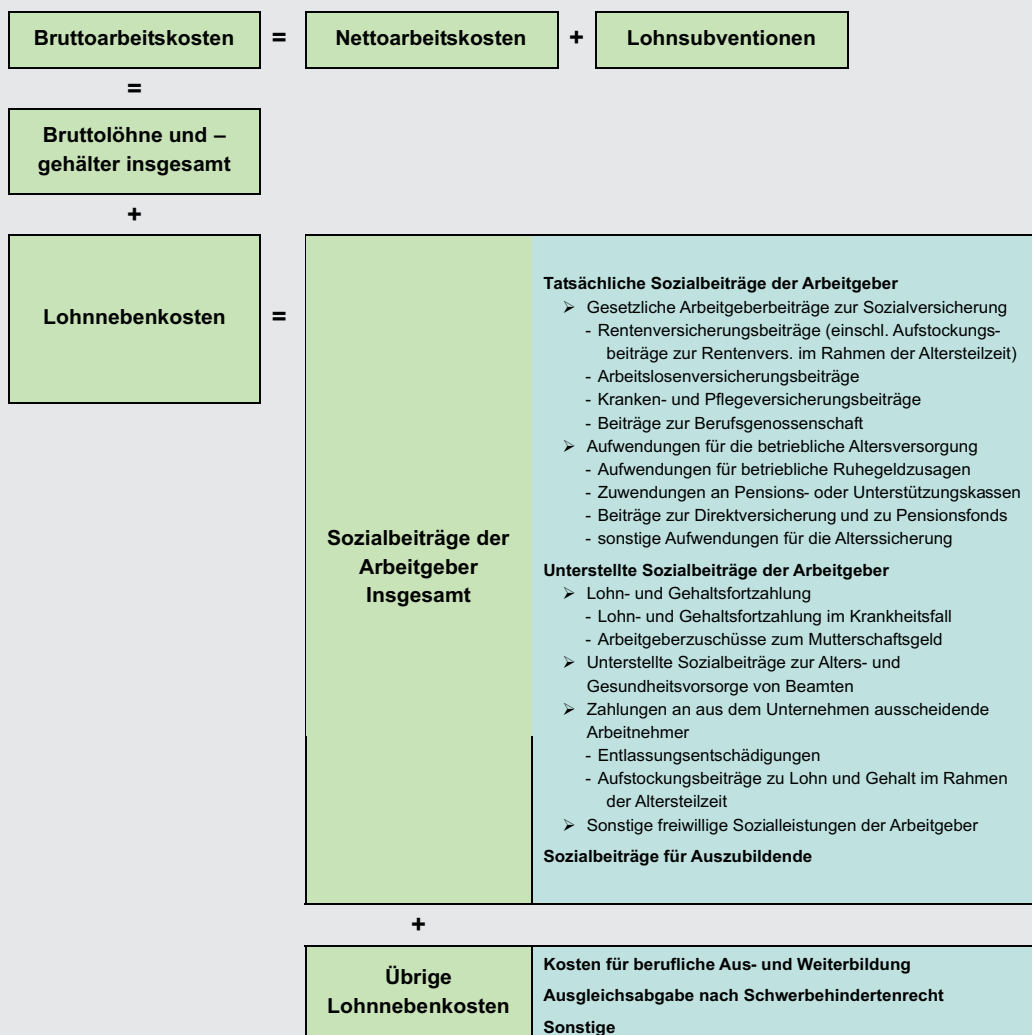
Verwendung findet. In der Vergangenheit standen die Personalnebenkosten im Vordergrund, die sich zusammen mit dem Entgelt für die geleistete Arbeitszeit zu den gesamten Arbeitskosten ergänzen.

Arbeitskosten

= Entgelt für geleistete Arbeit + Personalnebenkosten

= Bruttolöhne und -gehälter + Lohnnebenkosten

Struktur der Arbeitskosten nach dem Konzept der AKE 2008



Die Abgrenzung des Entgelts für geleistete Arbeit ist durch den direkten Bezug zur vom Beschäftigten für sein Unternehmen erbrachten körperlichen oder geistigen Arbeitsleistung gekennzeichnet. Es stellt lediglich eine Teilmenge des Bruttoverdienstes dar, wobei die größten Differenzen durch die Herausrechnung der Sonderzahlungen und der Vergütung für nicht gearbeitete Tage (z. B. Urlaubs- oder Feiertage) entstehen.

Obwohl sich die Definitionen in der amtlichen Statistik deutlich unterscheiden, werden die Begriffe der Personalnebenkosten und der Lohnnebenkosten in der Praxis häufig synonym verwandt. Angesichts der Tatsache, dass die Personalnebenkosten etwa 80 Prozent höher ausfallen als die Lohnnebenkosten, führt dies nicht selten zu Missverständnissen.

Wer wurde befragt?

Für die Arbeitskostenerhebung 2008 wurden in Deutschland 32 000 und im Saarland knapp 1 000 Unternehmen mit mindestens zehn Beschäftigten aus dem Produzierenden Gewerbe und dem Dienstleistungsbereich befragt. Der Ausschluss von Kleinstunternehmen führt zwar zu gewissen Einschränkungen in der Aussagekraft der Ergebnisse, wegen der europaweit harmonisierten Methodik ist die Vergleichbarkeit allerdings weitgehend sichergestellt⁵. Die Auswahl der Berichtspflichtigen erfolgte im Rahmen einer koordinierten Stichprobenziehung in den Statistischen Landesämtern, wobei die Unternehmen nach dem Wirtschaftszweig (82 Abteilungen) und der Beschäftigtengrößenklasse (5 Klassen) geschichtet wurden.

⁵ Aufgrund der tendenziell niedrigeren Verdienste in Kleinunternehmen fallen die auf Basis der AKE ermittelten Werte höher aus als dies unter Einbeziehung aller Unternehmen der Fall wäre.

In Abhängigkeit von den Besetzungszahlen in den einzelnen Schichten wurden nach einem mathematischen Verfahren die schichtenspezifischen Auswahlätze ermittelt. In der Praxis führt diese Vorgehensweise dazu, dass in stark besetzten Schichten geringere Auswahlätze angewandt werden können als in schwach besetzten Schichten, ohne dass die Repräsentativität leidet. Die Höhe des Auswahlatzes bestimmt die Wahrscheinlichkeit eines Unternehmens, für die Erhebung ausgewählt zu werden. Mit der Auswahl für das Jahr 2008 konnten in Deutschland Daten für rund 10,5 Millionen Beschäftigte erhoben werden, die über die amtliche Personalstandsstatistik um 4 Millionen Beschäftigte für den öffentlichen Dienst ergänzt wurden.

Repräsentative
Erhebung

Als Unternehmen wurden alle rechtlich selbstständigen Einheiten wie Personen- und Kapitalgesellschaften, aber auch Freiberufler sowie Körperschaften und Stiftungen des privaten und öffentlichen Rechts betrachtet. Um die Arbeitskosten in den Grenzen der Bundesländer darstellen zu können, wurden neben dem Standardfrageprogramm zum Unternehmen bei Mehrbetriebunternehmen mittels Zusatzfragebogen auch Eckdaten zu den Unternehmensanteilen erfasst. Damit war es nach einem Datenaustausch zwischen den Landesämtern möglich, die Arbeitskosten auf Länderebene nach dem Betriebskonzept auszuweisen. Die Ergebnisdarstellung für das Saarland enthält damit nur noch die Arbeitskosten der Beschäftigten in saarländischen Betrieben. Unterhält ein saarländisches Stichprobenunternehmen Betriebe in anderen Bundesländern, so sind diese in der Darstellung nicht enthalten, auf der anderen Seite sind saarländische Betriebe von Unternehmen mit Sitz außerhalb des Saarlandes in den Ergebnissen berücksichtigt.

Ergebnisse der Arbeitskostenerhebung 2008

Da die Arbeitskosten nur alle vier Jahre erhoben werden, stellt es mitunter ein Problem dar, dass die Ergebnisse von Sondereinflüssen geprägt sind. Dies war gegen Ende des Jahres 2008 der Fall, als die durch die Finanzmärkte ausgelöste Krise auch die deutsche Wirtschaft mit voller Wucht traf. Da die Arbeitsmärkte allerdings mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung auf externe Schocks reagieren, dürften sich die Auswirkungen auf die Ergebnisse der Erhebung von 2008 in sehr begrenztem Rahmen gehalten haben. Mit der Einführung der Kurzarbeit in weiten Teilen des Verarbeitenden Gewerbes im vierten Quartal 2008 gingen die geleisteten Stunden der Arbeitnehmer deutlich zurück und damit kam es auch zu einem sichtbaren Anstieg der Arbeitskosten je geleistete Stunde. Nach Einschätzung des Statistischen Bundesamtes stellen die Ergebnisse für 2008 dennoch keinen Sonderfall dar, der Zeitvergleiche mit vorangegangenen Erhebungen signifikant beeinträchtigt⁶.

Arbeitskosten
auch 2008 im
Westen deutlich
höher als in
Ostdeutschland

Im Jahr 2008 lagen die Nettoarbeitskosten (einschließlich Auszubildende) in Deutschland bezogen auf die geleistete Stunde bei 28,09 Euro und damit 1,19 Euro oder 4,4 Prozent über dem Wert von 2004.

Dieser Wert zeigt große Differenzen zwischen den Bundesländern auf, vor allem in der Unterscheidung zwischen alten und neuen Ländern: Während für Westdeutschland ein Wert von 29,25 Euro berechnet wurde, fiel der Vergleichswert im Osten der Republik mit 21,09 Euro um 27,9 Prozent niedriger aus. Verglichen mit der vorangegangenen Erhebung von 2004, damals lag der Rückstand bei 28,1 Prozent, hat somit keine nennenswerte Annäherung stattgefunden.

Obwohl die Arbeitskosten in den einzelnen Wirtschaftsbereichen stark voneinander abweichen, ist der Unterschied zwischen Ost- und Westdeutschland in nur ganz geringem Ausmaß durch die unterschiedlichen Wirtschaftsstrukturen erklärbar. In nahezu allen Wirtschaftsbereichen liegen die Arbeitskosten der neuen Bundesländer deutlich unter denen der alten Republik. Die Abweichungen liegen meist im zweistelligen Prozentbereich. Besonders stark fallen sie im Verarbeitenden Gewerbe mit rund 40 Prozent aus, wohingegen im öffentlichen Dienst die Angleichung wesentlich weiter vorangeschritten ist: Im Wirtschaftsbereich „Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung“ lag die Differenz zum Westen mit 27,85 Euro im Jahr 2008 bei nur noch 7,7 Prozent.

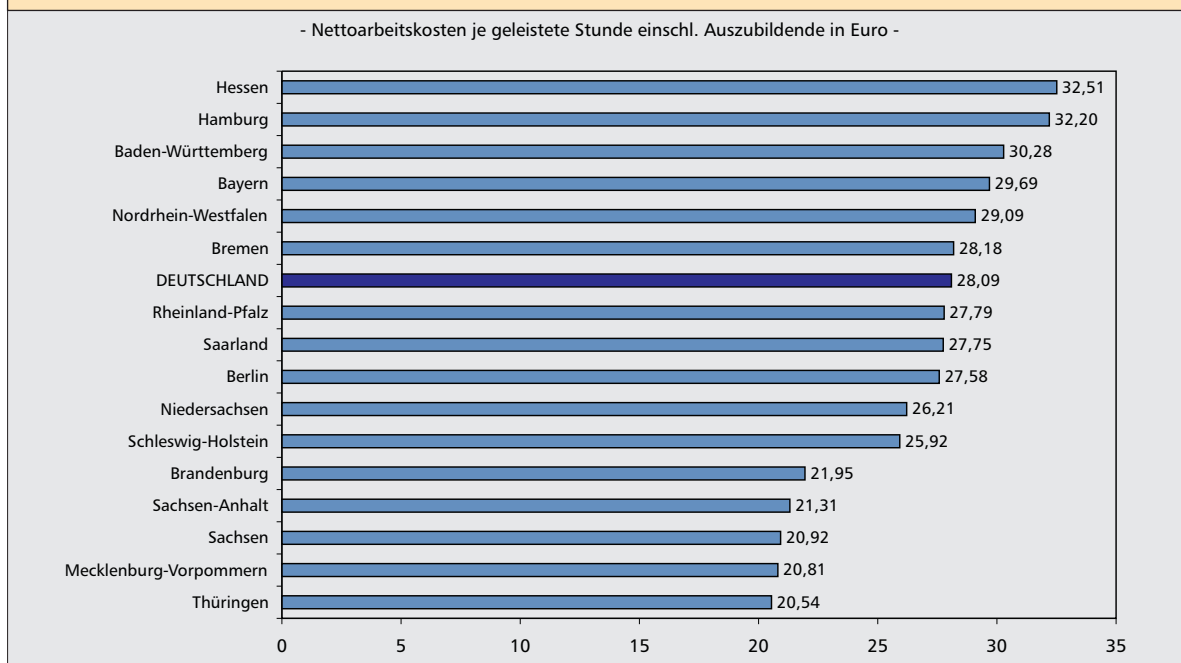
Lediglich in Ausnahmefällen gab es Abweichungen nach oben: so lagen in der Schifffahrt und im Veterinärwesen die Kosten über den Werten der westlichen Bundesländer.

Für die saarländischen Betriebe errechnen sich für 2008 Arbeitskosten in Höhe von durchschnittlich 27,75 Euro je Stunde. Der Wert lag um 1,50 Euro oder 5,1 Prozent unterhalb des Durchschnittes der westlichen Bundesländer und auch knapp (34 Cent oder 1,2 %) unterhalb des gesamtdeutschen Wertes. Betrachtet man nur das verarbeitende Gewerbe, so lagen die Kosten im Saarland mit 32,46 Euro um 4,4 Prozent unterhalb des westdeutschen Wertes von 33,95 Euro und knapp oberhalb (0,4 %) des gesamtdeutschen Wertes von 32,33 Euro je Stunde. Im Vergleich zur vorangegangenen Erhebung für das Jahr 2004 ist der Stundensatz im Saarland mit einem Plus von 3,8 Prozent etwas moderater gestiegen als auf Bundesebene.

Arbeitskosten
im Saarland
knapp unter
dem Bundes-
durchschnitt

⁶Roland Günther: Arbeitskostenerhebung 2008, in "Wirtschaft und Statistik", Heft 9/2010, S. 864 ff.

S 4 Arbeitskosten in Deutschland 2008



Über das gesamte Jahr 2008 gerechnet bezifferten sich die Arbeitskosten der saarländischen Betriebe des Produzierenden Gewerbes und des Dienstleistungsbereiches auf durchschnittlich 46 755 Euro je Vollzeitkraft.

zum Ausdruck bringen sollen, ist es konsequent, die Gesamtkosten um die Zuschüsse zugunsten des Arbeitgebers zu bereinigen. Nach Abzug der Lohnsubventionen in Höhe von durchschnittlich 75 Euro je Arbeitnehmer beziffern sich die "Nettoarbeitskosten" auf 46 680 Euro.

Bruttoverdienste machen drei Viertel der Arbeitskosten aus

Gut drei Viertel (76,3 %) des Gesamtbetrages, 35 651 Euro, entfielen auf die Bruttolöhne und -gehälter, den Rest, 11 104 Euro, stellen die Lohnnebenkosten dar. Zu den Lohnnebenkosten zählen in der Hauptsache die Sozialbeiträge, die zusätzlich zu den Arbeitnehmerbeiträgen von den Arbeitgebern zu entrichten sind. Diese beziffern sich auf 10 799 Euro.

An weiteren Lohnnebenkosten fielen 2008 durchschnittlich 199 Euro für die berufliche Aus- und Weiterbildung an. Der Rest, 107 Euro, waren Kosten im Zusammenhang mit der Suche und Einstellung von Arbeitskräften, Ausgleichsabgaben nach dem Schwerbehindertengesetz, Kosten für Berufskleidung und sonstiges. Da die Arbeitskosten die finanzielle Belastung des Unternehmens

Da die Sozialbeiträge der Arbeitsgeber neben den Bruttoverdiensten einen wesentlichen Bestandteil der Arbeitskosten ausmachen, stehen sie traditionell im Fokus wirtschaftspolitischer Diskussionen. So sind auch die aktuellen Bemühungen der christlich-liberalen Koalition darauf gerichtet, die Arbeitgeberbeiträge zu den gesetzlichen Sozialversicherungen langfristig zu begrenzen. Während im Bereich der Krankenversicherung ein Einfrieren der Beitragssätze der Arbeitgeber beschlossen wurde, soll im Bereich der gesetzlichen Pflegeversicherung die Entkopplung nach Überlegungen des derzeitigen Bundesgesundheitsministers über eine staatlich geförderte Privatisierung der Risikoversorge erfolgen. Und im Bereich

Sozialbeiträge überwiegend gesetzlich bestimmt

T 1 Arbeitskosten je Vollzeitkraft im Saarland 2008 und 2004

- Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungsbereich -

Kostenart	2008	2004	Veränder. 2008 zu 2004 in %
	Euro		
Bruttoarbeitskosten	46 755	46 520	+ 0,5
= Bruttolöhne und -gehälter insgesamt	35 651	34 622	+ 3,0
+ Sozialbeiträge der Arbeitgeber insgesamt	10 799	11 572	- 6,7
+ Kosten für die berufliche Aus- und Weiterbildung	199	259	- 23,2
+ Sonstige Aufwendungen	82		
+ Steuern auf Lohnsumme oder Beschäftigtenzahl	25	67	+ 59,7
Nettoarbeitskosten	46 680	46 375	+ 0,7
= Bruttoarbeitskosten	46 755	46 520	+ 0,5
- Lohnsubventionen	75	145	- 48,3
Arbeitnehmerentgelt	46 450	46 194	+ 0,6
= Bruttolöhne und -gehälter insgesamt	35 651	34 622	+ 3,0
+ Sozialbeiträge der Arbeitgeber insgesamt	10 799	11 572	- 6,7
Entgelt für geleistete Arbeitszeit	26 452	26 184	+ 1,0
= Bruttolöhne und -gehälter insgesamt	35 651	34 622	+ 3,0
- Vergütung für nicht gearbeitete Tage	5 113	4 502	+ 13,6
- Sonderzahlungen	3 130	2 964	+ 5,6
- Bruttolöhne und -gehälter der Auszubildenden	524	484	+ 8,3
- Leistungen zur Vermögensbildung der Arbeitnehmer	141	170	- 17,1
- Sachleistungen	291	318	- 8,5
Lohnnebenkosten	11 104	11 898	- 6,7
= Sozialbeiträge der Arbeitgeber insgesamt	10 799	11 572	- 6,7
+ Kosten für die berufliche Aus- und Weiterbildung	199	259	- 23,2
+ Sonstige Aufwendungen	82		
+ Steuern auf Lohnsumme/Beschäftigtenzahl (Ausgleichsabgabe nach Schwerbehindertenrecht)	25	67	+ 22,4
oder:			
= Bruttoarbeitskosten	46 755	46 520	+ 0,5
- Bruttolöhne und -gehälter insgesamt	35 651	34 622	+ 3,0
Personalnebenkosten	20 303	20 336	- 0,2
= Bruttoarbeitskosten	46 755	46 520	+ 0,5
- Entgelt für geleistete Arbeitszeit	26 452	26 184	+ 1,0

der Rentenversicherung wird vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung eine Beitragsstabilität auf dem Wege der Erhöhung des Renteneintrittsalters angestrebt.

Die Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung schlagen bei den Sozialversiche-

rungskosten traditionell am stärksten zu Buche. Im Jahr 2008 beliefen sie sich im Saarland auf durchschnittlich 3 102 Euro pro Vollzeitkraft. Es folgen die Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge mit 2 211 Euro und danach mit deutlichem Abstand die Beiträge zur Berufsgenossenschaft (564 Euro). Die Arbeitslosenversiche-

T 2 Sozialbeiträge je Vollzeitkraft im Saarland im 2008 und 2004

- Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungsbereich -

Kostenart	2008	2004	Veränderung 2008 zu 2004 in %
	Euro		
Sozialbeiträge insgesamt	10 799	11 572	- 6,7
Tatsächliche Sozialbeiträge der Arbeitgeber (ohne Auszubildende)	7 763	8 370	- 7,3
Gesetzliche Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung	6 402	6 391	+ 0,2
Rentenversicherungsbeiträge	3 102	2 816	+ 10,2
dar.: Aufstockungsbeiträge zur Rentenversicherung bei Altersteilzeit	66	50	+ 32,0
Arbeitslosenversicherungsbeiträge	490	927	- 47,1
Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge	2 211	2 087	+ 5,9
Beiträge zur Berufsgenossenschaft	564	472	+ 19,5
Umlage für das Insolvenzgeld	28	66	- 57,6
Aufwendungen für die betriebl. Altersversorgung ohne Entgeltumwandlung	1 361	1 979	- 31,2
Aufwendungen für betriebliche Ruhegeldzusagen	597	904	- 34,0
Zuwendungen an Pensionskassen	459	531	- 13,6
Zuwendungen an Unterstützungskassen	179	327	- 45,3
Beiträge zur Direktversicherung	/	100	/
Beiträge an Pensionsfonds	32	13	+ 146,2
Beiträge an den Pensions-Sicherungs-Verein VVaG	29	/	/
Unterstellte Sozialbeiträge der Arbeitgeber (ohne Auszubildende)	2 889	3 067	- 5,8
Lohn- und Gehaltsfortzahlung	1 389	1 209	+ 14,9
Lohn- und Gehaltsfortzahlung im Krankheitsfall	1 355	1 183	+ 14,5
Arbeitgeberzuschüsse zum Mutterschaftsgeld	34	26	+ 30,8
Unterstellte Sozialbeiträge zur Alters- u. Gesundheitsvorsorge von Beamten	1 054	1 220	- 13,6
Zahlungen an aus dem Unternehmen ausscheidende Arbeitnehmer	279	374	- 25,4
Entlassungsentschädigungen	133	258	- 48,4
Aufstockungsbeträge zu Lohn und Gehalt im Rahmen der Altersteilzeit	145	116	+ 25,0
Sonstige freiwillige Sozialleistungen der Arbeitgeber	167	264	- 36,7
Sozialbeiträge der Arbeitgeber für Auszubildende	147	135	+ 8,9

rung folgt erst an vierter Stelle mit durchschnittlich 490 Euro Jahresbeitrag.

Die gesetzlichen Beiträge werden durch freiwillige Aufwendungen der Arbeitgeber für die betriebliche Altersversorgung um durchschnittlich 1 361 Euro ergänzt.

Mit 597 Euro je Arbeitnehmer fielen die Aufwendungen für betriebliche Ruhegeldzusagen am höchsten aus, gefolgt von den

Zuwendungen an Pensionskassen, die im Schnitt mit 459 Euro zu Buche schlugen. Neben den tatsächlichen Aufwendungen für die gesetzlichen Versicherungen und die betriebliche Altersvorsorge werden auch die so genannten unterstellten Sozialbeiträge der Arbeitgeber zu den Arbeitskosten errechnet. Der Betrag von 2 889 Euro enthält die Lohn- und Gehaltsfortzahlung im Krankheitsfall einschließlich der Arbeitgeberzuschüsse zum Mutterschaftsgeld (1 389

Euro) und die unterstellten Sozialbeiträge zur Alters- und Gesundheitsvorsorge von Beamten mit 1 054 Euro. Hinzu kommen Zahlungen an aus dem Unternehmen ausscheidende Arbeitnehmer (279 Euro) sowie sonstige freiwillige Leistungen der Arbeitgeber (167 Euro). Die Sozialbeiträge der Arbeitgeber für Auszubildende belaufen sich im Durchschnitt über alle Beschäftigten gerechnet auf 147 Euro. Vom Gesamtbetrag der Lohnnebenkosten in Höhe von 11 104 Euro geht ein Betrag von 9 016 Euro auf gesetzliche Bestimmungen zurück. Zu den tarifvertraglich oder frei vereinbarten Sozialleistungen zählen im Wesentlichen die betriebliche Altersvorsorge und die Leistungen an ausscheidende Arbeitnehmer.

Arbeitskosten-
niveau im
Saarland seit
2004 nahezu
konstant
geblieben

In Vergleich mit den Ergebnissen von 2004 hat sich das Gesamtniveau der Arbeitskosten im Saarland kaum verändert. Bei den Bruttoarbeitskosten lag der Wert 2008 nur um 235 Euro oder 0,5 Prozent höher als vier Jahre zuvor. Bei den Nettoarbeitskosten fiel der Anstieg aufgrund eines Rückgangs der Lohnsubventionen um etwa die Hälfte mit 0,7 Prozent oder 305 Euro etwas höher aus. Betrachtet man nun die einzelnen Bestandteile der Arbeitskosten, so zeigen sich im Detail durchaus signifikante Unterschiede im direkten Vergleich der beiden Erhebungsjahre.

Während der Hauptbestandteil der Arbeitskosten, die Bruttoverdienste im Laufe der vier Jahre zwischen den Erhebungen um 3,0 Prozent gestiegen sind, konnte die hierdurch entstehende Mehrbelastung der Arbeitgeber durch einen gleichzeitigen Rückgang der Lohnnebenkosten um durchschnittlich 6,7 Prozent kompensiert werden. Im gleichen Verhältnis haben sich auch die Sozialversicherungsbeiträge der Arbeitgeber verringert. Zugleich sind die Kosten der beruflichen Aus- und Weiterbildung um fast ein Viertel auf 199 Euro zurückgegangen. Die übrigen Lohnnebenkosten erhöh-

ten sich von 67 auf 107 Euro. Was die Entwicklung bei den Sozialbeiträgen angeht, ist vor allem ein Blick auf die gesetzlichen Sozialversicherungen interessant. Während diese insgesamt betrachtet nur geringfügig um 0,2 Prozent angestiegen sind, gab es bei den einzelnen Sparten stark abweichende Entwicklungen.

So lagen die Beiträge zur Rentenversicherung unter anderem in Folge eines Anstieges der Beitragssätze von 19,5 auf 19,9 Prozent um 286 Euro oder 10,2 Prozent über dem Wert von 2004. Auch die Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung sind um durchschnittlich 124 Euro oder 5,9 Prozent gestiegen. Mit einem Anstieg um 19,5 Prozent von 472 auf 564 Euro haben sich die Beiträge zu den Berufsgenossenschaften in ihrer finanziellen Bedeutung noch vor die Arbeitslosenversicherung geschoben. Infolge einer Senkung der Beitragssätze von 6,5 Prozent im Jahre 2004 auf 3,3 Prozent im Jahr 2008 gingen hier die durchschnittlichen Aufwendungen für eine Vollzeitkraft um fast die Hälfte (- 47,1 %) von 927 Euro auf 490 Euro zurück. Zusammen mit einer Reduzierung der Insolvenzgeldumlage von 66 auf 28 Euro konnten damit die Steigerungen bei den anderen Beiträgen nahezu vollständig kompensiert werden.

Im Bereich der freiwilligen Sozialbeiträge zeigen sich im Vergleich zu 2004 deutliche Differenzen bei den Aufwendungen für die betriebliche Altersversorgung. Diese sind binnen vier Jahren um fast ein Drittel zurückgegangen.

Neben den tatsächlichen Sozialbeiträgen verringerten sich trotz eines Anstiegs der hierin enthaltenen Aufwendungen für die Lohn- und Gehaltsfortzahlungen (+ 14,9 %) auch die unterstellten Sozialbeiträge um durchschnittlich 5,8 Prozent. Diese Entwicklung ist hauptsächlich durch einen

Rückgang bei den unterstellten Sozialbeiträgen für Beamte (- 13,6 %) begründet. Aber auch die Zahlungen an ausscheidende Arbeitnehmer (- 25,4 %) und sonstige freiwillige Sozialleistungen (- 36,7 %) fielen deutlich geringer aus als bei der vorangegangenen Erhebung.

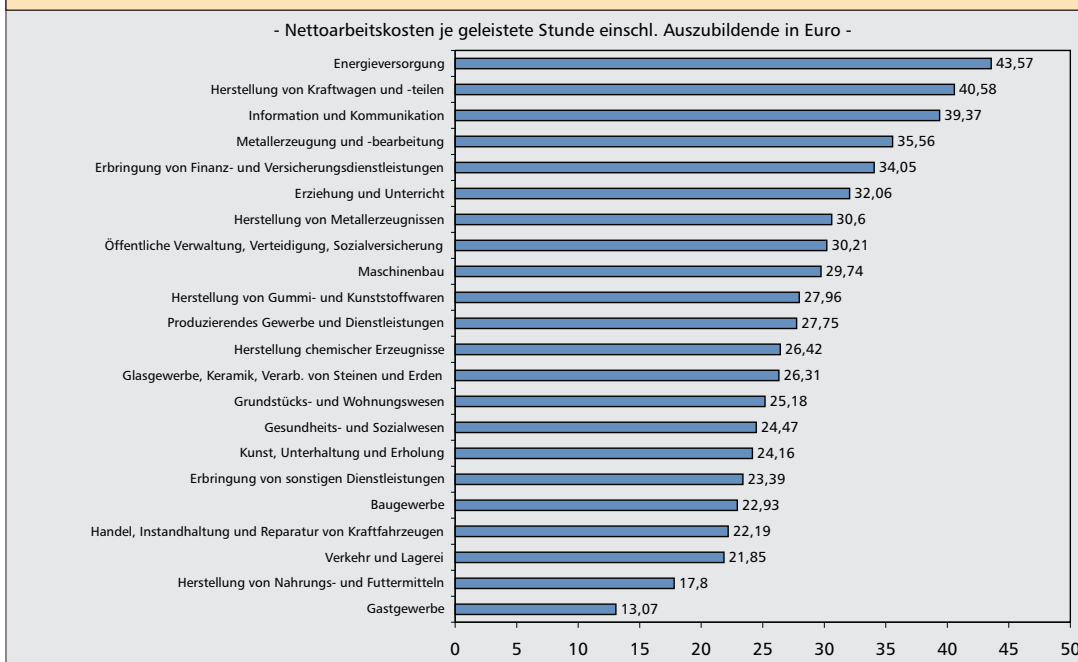
Große Unterschiede zwischen den einzelnen Wirtschaftszweigen

Die Entwicklung der Verdienste und der Arbeitskosten ist – unterstellt man eine Lohnfindung, die sich an der Grenzproduktivität der Arbeit orientiert – auf längere Sicht mit der Produktivitätsentwicklung in den einzelnen Wirtschaftszweigen verbunden. Ein unterdurchschnittliches Lohn- und in der Folge auch Arbeitskostenniveau ist in aller Regel auch Folge einer unterdurchschnittlichen Produktivitätsentwicklung. Technischer Fortschritt hat in der Vergangenheit nicht nur, aber weit mehr im Produzierenden Gewerbe stattgefunden als im Tertiärsektor. Im Produzierenden Gewerbe waren vor allem die letzten zwei Jahrzehnte durch eine sehr weitgehende Verdrängung einfacher Arbeiten und eine Zunahme an

qualifizierten Tätigkeiten geprägt, die hohes fachliches Wissen erfordern.

Allein in der Zeit von 1991 bis 2008 stieg nach den Ergebnissen der VGR der Länder die Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen im Produzierenden Gewerbe Deutschlands preisbereinigt um 51,2 Prozent an. Im Dienstleistungsbereich betrug der Anstieg lediglich 14,6 Prozent. Im Saarland machte die Schere noch weiter auf: im Produzierenden Gewerbe betrug der Anstieg 47,4 Prozent und im Dienstleistungsbereich nur 7,8 Prozent. Bei den Arbeitskosten findet dies in Jahresbeträgen von 52 042 Euro für einen Vollzeitbeschäftigten im saarländischen Produzierenden Gewerbe und von 43 656 Euro für einen Dienstleistungsbeschäftigten seinen Ausdruck. Die Stundensätze liegen entsprechend bei 31,95 Euro und 25,41 Euro. Die gesamte Spannweite zeigt ein Vergleich des Gastgewerbes mit der Energieversorgung, die Werte von 13,07 Euro (24 033 Euro pro Jahr) bzw. 43,57 Euro je geleistete Arbeitsstunde (75 389 pro Jahr) ausweisen.

S 5 Arbeitskosten im Saarland 2008 in ausgewählten Wirtschaftsbereichen



In diesen Zahlen kommen auch die unterschiedlichen Anforderungsprofile zum Ausdruck, die für die Beschäftigten in den verschiedenen Branchen gelten.

Aber auch innerhalb des Produzierenden Gewerbes zeigen sich große Differenzen. Neben den Energieversorgern liegt auch die für die Saarländische Wirtschaft bedeutende Kfz-Branche mit Arbeitskosten von 40,48 Euro (60 274 Euro) im Spitzenfeld. Mit deutlichem Abstand folgt der Bereich Metallherstellung und -bearbeitung wo 35,56 Euro je Stunde und 55 804 Euro im gesamten Jahr 2008 pro Vollzeitkraft angefallen sind. Die geringsten Arbeitskosten innerhalb des Produzierenden Gewerbes verbuchten die Hersteller von Textilien (21,94 bzw. 35 269 Euro) und von Nahrungs- und Futtermitteln (17,80 bzw. 33 101 Euro). Innerhalb des Dienstleistungsgewerbes lagen in dem Jahr, in dem die Bankenkrise die Welt erschütterte, die Finanzdienstleister mit 62 252 Euro Jahresarbeitskosten und 36,44 Euro je geleistete Arbeitsstunde auf dem zweiten Platz. Die höchsten Kosten wurden mit 69 378 Euro bzw. 39,56 Euro in Firmen, die IT-Dienstleistungen erbringen, nachgewiesen.

Arbeitskosten
steigen mit der
Größe des
Unternehmens

Die Zahl der Beschäftigten steht in aller Regel in direktem Zusammenhang zu der wirtschaftlichen Entwicklung und dem Erfolg, auf den ein Unternehmen zurückblicken kann. Mit dem Wachstum eines Unternehmens verbessern sich zumeist auch die Möglichkeiten, die Mitarbeiter über höhere Verdienste am Erfolg teilhaben zu lassen. Attraktive Verdienstmöglichkeiten helfen zudem bei der Akquisition neuer und hoch qualifizierter Mitarbeiter, die für den Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit und für weiteren Produktivitätsfortschritt und Wachstum benötigt werden. Aus diesen Gründen geht zunehmende Unternehmensgröße auch mit steigenden Arbeitskosten einher. Betrachtet man den gesamten Erhebungsbereich, so

bewegen sich die Arbeitskosten im Saarland 2008 zwischen 38 430 Euro pro Vollzeitkraft bei Kleinunternehmen mit 10 bis 49 Beschäftigten und 51 852 Euro bei Unternehmen mit 1 000 und mehr Beschäftigten.

Im Produzierenden Gewerbe reicht die Spannweite von 40 986 Euro bis zu 58 459 Euro und im Dienstleistungssektor von 36 907 bis zu 47 822 Euro. Betrachtet man nur die Bruttoverdienste, so wird die Spannweite allerdings kleiner. Während die Arbeitskosten der großen Unternehmen die der kleinen insgesamt um 34,9 Prozent übersteigen, beträgt die Abweichung bei den Bruttolöhnen und -gehältern lediglich 25,9 Prozent.

Bei den gesetzlichen Lohnnebenkosten sind zwischen den Größenklassen keine direkt ins Auge fallenden Unterschiede erkennbar. Die positive Korrelation von Unternehmensgröße und Arbeitskosten geht also nicht nur auf die Bruttolöhne und -gehälter zurück, sondern auf die mit der Unternehmensgröße tendenziell wachsende Bereitschaft, sich über das gesetzliche Maß hinaus im Bereich der freiwilligen Sozialleistungen zu engagieren. Während die nicht gesetzlich bestimmten Kostenbestandteile bei den kleinen Unternehmen mit bis zu 49 Beschäftigten lediglich 1,5 Prozent der gesamten Arbeitskosten ausmachen, steigt der Anteil über alle Größenklassen kontinuierlich an und ist in der Größenklasse von 1 000 und mehr Beschäftigten mit 6,0 Prozent viermal so hoch. Im Schnitt wurden so in den Kleinunternehmen bis 49 Beschäftigte weniger als 600 Euro im Jahr auf freiwilliger Basis geleistet, während Großunternehmen mit 3 108 Euro ihre Attraktivität auch in diesem Punkt unter Beweis stellen konnten. Die größte Position unter den freiwilligen Lohnnebenkosten stellt mit durchschnittlich 1 361 Euro die betriebliche Altersvorsorge dar. Weiter zählen dazu: die

T 3 Durchschnittliche Arbeitskosten im Saarland 2008 nach Unternehmensgrößenklassen

- Betriebsaufbereitung -

Kostenart	Betriebe von Unternehmen mit... Beschäftigten									
	10 - 49		50 - 249		250 - 499		500 - 999		1000 und mehr	
	Euro	%	Euro	%	Euro	%	Euro	%	Euro	%
Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungsbereich										
Arbeitskosten insgesamt	38 430	100,0	40 564	100,0	43 319	100,0	47 101	100,0	51 852	100,0
Bruttolöhne und -gehälter	30 136	78,4	31 671	78,1	33 492	77,3	35 620	75,6	37 939	73,2
Lohnnebenkosten insgesamt	7 702	20,0	8 482	20,9	9 476	21,9	10 486	22,3	13 435	25,9
dar. gesetzliche Lohnnebenkosten	7 113	18,5	7 447	18,4	8 084	18,7	8 826	18,7	10 327	19,9
Arbeitskosten je geleistete Stunde	23,19	X	24,59	X	27,81	X	28,72	X	32,83	X
Produzierendes Gewerbe										
Arbeitskosten insgesamt	40 986	100,0	47 575	100,0	47 558	100,0	46 435	100,0	58 459	100,0
Bruttolöhne und -gehälter	31 721	77,4	37 321	78,4	36 947	77,7	35 227	75,9	43 127	73,8
Lohnnebenkosten insgesamt	8 589	21,0	9 862	20,7	10 348	21,8	10 901	23,5	14 950	25,6
dar. gesetzliche Lohnnebenkosten	8 186	20,0	8 696	18,3	9 096	19,1	9 509	20,5	10 748	18,4
Arbeitskosten je geleistete Stunde	24,56	X	29,86	X	30,16	X	29,54	X	38,40	X
Dienstleistungen										
Arbeitskosten insgesamt	36 907	100,0	36 553	100,0	40 701	100,0	47 418	100,0	47 822	100,0
Bruttolöhne und -gehälter	29 191	79,1	28 438	77,8	31 358	77,0	35 807	75,5	34 774	72,7
Lohnnebenkosten insgesamt	7 174	19,4	7 693	21,0	8 937	22,0	10 289	21,7	12 512	26,2
dar. gesetzliche Lohnnebenkosten	6 474	17,5	6 732	18,4	7 459	18,3	8 502	17,9	10 071	21,1
Arbeitskosten je geleistete Stunde	21,02	X	20,76	X	25,27	X	26,33	X	28,26	X

Zahlungen an ausscheidende Arbeitnehmer mit 279 Euro, die Kosten für die berufliche Aus- und Weiterbildung mit 199 Euro, und sonstige freiwillige Sozialleistungen und Aufwendungen für Arbeitnehmer in Höhe von durchschnittlich 249 Euro.

Wie viel bleibt bei den Arbeitnehmern hängen?

Nach einer dpa-Meldung vom 23.11.2010 verlangte der Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt beim Deutschen Arbeitgebertag in Berlin wieder eine Senkung der Arbeitskosten in Deutschland. Zitat: «Von einem Euro, den ein Arbeitgeber bei einer Lohnerhö-

hung aufwenden muss, kommen bei einem Durchschnittsverdiener heute gerade einmal 37 Cent tatsächlich an. Die übrigen 63 Cent sind Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträge an die Sozialversicherung, Lohnsteuer und Solidaritätszuschlag. [...] Mehr Netto funktioniert vor allem durch weniger Sozialbeiträge»⁷. Angesichts dieser Feststellung, deren Richtigkeit hier nicht angezweifelt werden soll, drängt sich die Frage auf, wie viel von den Arbeitgeberaufwendungen denn im Durchschnitt – bei der obigen Aussage handelt es sich ja um eine Grenzwertbetrachtung – beim Arbeitnehmer tatsächlich ankommen. Mit den Verdienststrukturerhebungen werden alle vier Jahre Individu-

⁷ Saarbrücker Zeitung vom 24.11.2010, S. A7.

T 4 Durchschnittliche Arbeitskosten im Saarland 2008 nach Kostenarten

- Betriebsaufbereitung -

Kostenart	Arbeitskosten je Vollzeitbeschäftigten					
	zusammen		Prod. Gewerbe		Dienstleistungen	
	EUR	%	EUR	%	EUR	%
Arbeitskosten insgesamt	46 755	100,0	52 042	100,0	43 656	100,0
Arbeitskosten abzüglich erstattete Lohn- und Gehaltszahlungen	46 680	99,8	52 002	99,9	43 560	99,8
Arbeitnehmerentgelt	46 450	99,3	51 659	99,3	43 395	99,4
Bruttolöhne und -gehälter	35 651	76,3	39 661	76,2	33 300	76,3
Bruttolöhne und -gehälter (ohne Auszubildende)	35 127	75,1	39 259	75,4	32 704	74,9
dav.: Entgelt für die geleistete Arbeitszeit	26 452	56,6	28 492	54,7	25 256	57,9
Sonderzahlungen	3 130	6,7	4 352	8,4	2 413	5,5
dar: fest vereinbarte Sonderzahlungen	736	1,6	1 146	2,2	496	1,1
Leistungen zur Vermögensbildung der Arbeitnehmer	141	0,3	208	0,4	101	0,2
Vergütung für nicht gearbeitete Tage	5 113	10,9	5 842	11,2	4 685	10,7
dav.: Urlaubsvergütung	3 657	7,8	4 099	7,9	3 397	7,8
Vergütung gesetzlicher Feiertage	1 222	2,6	1 319	2,5	1 165	2,7
Vergütung sonst. betrieblicher od. tariflicher arbeitsfreier Tage	235	0,5	424	0,8	124	0,3
Sachleistungen	291	0,6	364	0,7	248	0,6
dar. Unbare individuelle Leistungen	199	0,4	204	0,4	195	0,4
Bruttolöhne und -gehälter der Auszubildenden	524	1,1	403	0,8	596	1,4
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	10 799	23,1	11 998	23,1	10 096	23,1
tatsächliche Sozialbeiträge der Arbeitgeber (ohne Auszubildende)	7 763	16,6	10 052	19,3	6 421	14,7
dav.: gesetzliche Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung	6 402	13,7	8 205	15,8	5 345	12,2
dav.: Rentenversicherungsbeiträge	3 102	6,6	3 813	7,3	2 685	6,2
dar: Aufstockungsbeiträge im Rahmen d. Altersteilzeit	66	0,1	92	0,2	50	0,1
Arbeitslosenversicherungsbeiträge	490	1,0	598	1,1	427	1,0
Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge	2 211	4,7	2 614	5,0	1 975	4,5
Beiträge zur Berufsgenossenschaft	564	1,2	1 127	2,2	235	0,5
Umlage für das Insolvenzgeld	28	0,1	38	0,1	23	0,1
sonstige gesetzliche Aufwendungen	/	/	/	/	/	/
Aufwendungen für die betriebliche Altersversorgung	1 361	2,9	1 847	3,5	1 076	2,5
dav.: Aufwendungen für betriebliche Ruhegeldzusagen	597	1,3	1 335	2,6	164	0,4
Zuwendungen an Pensionskassen	459	1,0	81	0,2	681	1,6
Zuwendungen an Unterstützungskassen	179	0,4	250	0,5	138	0,3
Beiträge zur Direktversicherung	/	/	36	0,1	/	/
Beiträge an Pensionsfonds	32	0,1	83	0,2	1	0,0
sonstige Aufwendungen für die Alterssicherung	29	0,1	61	0,1	/	/
unterstellte Sozialbeiträge der Arbeitgeber (ohne Auszubildende)	2 889	6,2	1 849	3,6	3 498	8,0
dav.: Lohn- und Gehaltsfortzahlung	1 389	3,0	1 452	2,8	1 352	3,1
dav.: Lohn- und Gehaltsfortzahlung im Krankheitsfall	1 355	2,9	1 413	2,7	1 320	3,0
Arbeitgeberzuschüsse zum Mutterschaftsgeld	34	0,1	38	0,1	31	0,1
unterstellte Sozialbeiträge zur Alters- und Gesundheitsvorsorge	1 054	2,3	-	-	1 671	3,8
Zahlungen an aus dem Unternehmen ausscheidende Arbeitnehmer	279	0,6	386	0,7	216	0,5
dav.: Entlassungsentschädigungen	133	0,3	/	/	99	0,2
Aufstockungsbeiträge zu Lohn und Gehalt bei Altersteilzeit	145	0,3	193	0,4	118	0,3
sonstige freiwillige Sozialleistungen der Arbeitgeber	167	0,4	11	0,0	259	0,6
Sozialbeiträge der Arbeitgeber für Auszubildende	147	0,3	97	0,2	/	/
Kosten für die berufliche Aus- und Weiterbildung	199	0,4	259	0,5	164	0,4
Sonstige Aufwendungen	82	0,2	108	0,2	67	0,2
Steuern auf die Lohnsumme oder Beschäftigtenzahl	25	0,1	16	0,0	30	0,1
<i>Nachrichtlich</i>						
Lohnnebenkosten insgesamt	11 104	23,7	12 381	23,8	10 356	23,7
dar: gesetzliche Lohnnebenkosten	9 016	19,3	9 770	18,8	8 574	19,6
Arbeitskosten je geleistete Stunde insgesamt (Voll- u. Teilzeitbeschäftigte)	27,75		31,95		25,41	

T 5 Durchschnittliche Arbeitskosten im Saarland 2008 nach Wirtschaftsbereichen

- Betriebsaufbereitung -

Wirtschaftszweig	Arbeits- kosten je Vollzeit- kraft insgesamt	Davon			Arbeits- kosten je geleistete Stunde	
		Brutto- löhne und -gehälter	Lohnnebenkosten			
			insgesamt	dar. gesetzl.		
	Euro		%	Euro		
Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen	46 755	35 651	11 104	23,7	9 016	27,75
Produzierendes Gewerbe	52 042	39 661	12 381	23,8	9 770	31,95
C Verarbeitendes Gewerbe	52 167	40 092	12 076	23,1	9 518	32,46
10 Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln	33 101	25 946	7 155	21,6	6 566	17,80
13 Herstellung von Textilien	35 269	27 431	7 838	22,2	6 918	21,94
16 Herstellung von Holz-, Flecht-, Korbwaren (ohne Möbel)	44 406	34 268	10 138	22,8	9 208	26,80
17 Herstellung von Papier, Pappe und Waren daraus	43 773	31 921	11 852	27,1	9 918	25,03
18 Herstellung von Druckerzeugnissen, Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- und Datenträgern	40 403	31 981	8 423	20,8	7 432	22,50
20 Herstellung chemischer Erzeugnisse	42 492	33 656	8 836	20,8	8 038	26,42
22 Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren	46 955	35 340	11 615	24,7	8 660	27,96
23 Glasgewerbe, Keramik, Verarb. von Steinen und Erden	44 756	34 301	10 455	23,4	9 160	26,31
24 Metallerzeugung und –bearbeitung	55 804	42 842	12 962	23,2	10 745	35,56
25 Herstellung von Metallerzeugnissen	50 256	39 173	11 083	22,1	9 948	30,60
28 Maschinenbau	51 026	40 352	10 674	20,9	8 940	29,74
29 Herstellung von Kraftwagen und -teilen	60 274	45 521	14 753	24,5	10 109	40,58
D 35 Energieversorgung	75 389	57 859	17 530	23,3	12 570	43,57
E 36 Wasserversorgung	55 138	41 136	14 001	25,4	10 575	32,53
F Baugewerbe	41 863	32 673	9 190	22,0	8 662	22,93
41 Hochbau	43 298	32 430	10 867	25,1	10 212	28,45
42 Tiefbau	43 499	33 609	9 890	22,7	9 299	28,84
G-S Dienstleistungsbereich	43 656	33 300	10 356	23,7	8 574	25,41
G-I Handel, Verkehr und Lagerei	38 514	30 268	8 246	21,4	7 161	22,11
G Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	38 479	30 727	7 752	20,1	6 977	22,19
46 Großhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen)	42 919	34 460	8 459	19,7	7 568	25,03
47 Einzelhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen)	33 577	26 765	6 813	20,3	6 309	19,32
H Verkehr und Lagerei	38 626	28 797	9 829	25,4	7 749	21,85
I Gastgewerbe	24 033	18 903	5 130	21,3	4 775	13,07
J Information und Kommunikation	68 324	54 955	13 369	19,6	9 495	39,37
62 Erbringung von Dienstleist. der Informationstechnologie	69 378	57 759	11 619	16,7	9 473	39,56
K Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	59 567	46 787	12 779	21,5	9 826	34,05
64 Erbringung von Finanzdienstleistungen	62 252	48 888	13 364	21,5	10 098	36,44
65 Versicherungen, Rückversicherungen und Pensionskassen (ohne Sozialversicherung)	56 893	44 588	12 306	21,6	9 691	30,69
L Grundstücks- und Wohnungswesen	42 207	32 954	/	/	7 382	25,18
N Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	22 840	18 101	4 739	20,7	4 538	14,28
78 Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften	20 052	15 879	4 173	20,8	4 088	13,19
O Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	50 505	35 316	15 189	30,1	11 961	30,21
P Erziehung und Unterricht	56 188	40 322	15 866	28,2	13 669	32,06
Q Gesundheits- und Sozialwesen	42 615	32 881	9 735	22,8	8 020	24,47
R Kunst, Unterhaltung und Erholung	39 768	31 478	8 290	20,8	7 223	24,16
S Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	40 251	31 636	8 615	21,4	7 211	23,39
94 Interessenvertretungen sowie kirchliche und sonstige religiöse Vereinigungen (ohne Sozialwesen und Sport)	53 755	41 883	11 872	22,1	9 348	32,56

aldaten von Beschäftigten erhoben. Unter anderem werden hierbei auch individuelle Sozialabgaben und Steuern erfragt. Damit ist es möglich, die durchschnittlichen Nettoverdienste statistisch nachzuweisen.

Die Hälfte für
den Arbeitnehmer

Nach den Ergebnissen der letzten Verdienstruktururerhebung für das Jahr 2006 verblieben einem saarländischen Vollzeitbeschäftigten im Oktober 2006 nach Abzug von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen rund zwei Drittel seines Bruttoverdienstes. Legt man dieses Verhältnis auf die Ergebnisse der aktuellen Arbeitskostenerhebung um, dann landet – überschlägig gerechnet –

von den gesamten Arbeitskosten, die einem Arbeitgeber entstehen, im Durchschnitt die Hälfte auf dem Gehaltskonto seines Arbeitnehmers.

Weitere Ergebnisse im Internet

Weitere detaillierte Ergebnisse der Arbeitskostenerhebungen hat das Statistische Amt im Internet veröffentlicht. Die Daten für die Erhebungsjahre 2004 und 2008 stehen kostenlos als PDF-Dateien unter [http:// www.saarland.de/statistik.htm](http://www.saarland.de/statistik.htm) zum Download bereit.

über uns ...

Die Arbeitskostenerhebungen werden im Fachbereich "Preise, Verdienste, Wirtschaftsrechnungen" (Leiter Wolfgang Backes) durchgeführt.

Für die Arbeitskostenerhebung sind Herr Sumpf und Frau Schwed zuständig.



(von links: S. Sumpf, S. Schwed)

Umsatzsteuerstatistik 2008

Von Alwin Baus

Über ihren eigentlichen Bestimmungszweck hinaus fällt der jährlichen Umsatzsteuerstatistik die Funktion zu, die unter den Wirtschaftsstatistiken bestehende Lücke einer regelmäßigen, branchenübergreifenden, gesamtwirtschaftlichen Bestandsstatistik zu schließen. Die branchenmäßige Zuordnung der steuerpflichtigen Unternehmen erfolgt nach einer von der allgemeinen Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ) abgeleiteten Gewerbekennziffersystematik (GKZ). Grundlage der Umsatzsteuerstatistik 2008 war die WZ 2003, die wiederum auf der Systematik der Wirtschaftszweige in der Europäischen Gemeinschaft (NACE Rev. 1.1) basiert.

Vorbemerkungen

Angesichts des vielfältigen und teilweise sehr detaillierten Datenangebots der amtlichen Statistik mag es zunächst verwundern, dass es schwierig ist, Angaben für eine so grundlegende wirtschaftliche Größe wie den Unternehmensbestand, d.h. die aktuelle Anzahl der Unternehmen, zu finden. Tatsächlich deckt aber keine der Wirtschaftsstatistiken die Gesamtwirtschaft ab. Auch die Berichtskreise zusammengenommen ergeben nicht den gesamten Unternehmensbestand, da sie sich nicht überschneidungsfrei ergänzen.

Die gewünschte Information liefert die Umsatzsteuerstatistik, die deshalb weit über ihre Bedeutung als Steuerstatistik hinaus Verwendung findet.

Die seit 1997 jährlich, davor zweijährlich, durchgeführte Umsatzsteuerstatistik basiert auf den Umsatzsteuervoranmeldungen der Unternehmen, die diese je nach Umsatzvolumen monatlich oder vierteljährlich abzugeben haben. Zu Jahreswerten kumuliert und um die Angabe zur wirtschaftli-

chen Schwerpunkttätigkeit des Steuerpflichtigen ergänzt, übermittelt die Finanzverwaltung die steuerlichen Anmeldedaten zur Statistikerstellung an die Statistischen Ämter der Länder. Die Umsatzsteuerstatistik gehört damit zum Typus der Sekundärstatistiken, die auf im Verwaltungsvollzug ohnehin anfallende Daten zurückgreifen. Einziger Nachteil dieser effizienten und verlässlichen Daten liefernden Erhebungsmethode ist, dass die Statistik die vorgefundenen Merkmalsdefinitionen und sonstigen Abgrenzungen unverändert übernehmen muss, statt sie im Hinblick auf das allgemeine Erkenntnisinteresse selbst bestimmen zu können.

So ergeben sich Einschränkungen der Analyse- und Interpretationsmöglichkeiten der Ergebnisse der Umsatzsteuerstatistik aufgrund

- der speziellen steuerrechtlichen Umsatzdefinition, für die sich im allgemeinen wirtschaftlichen Sprachgebrauch kein direktes Pendant findet – dem Umsatzbe-

griff im wirtschaftlichen Sinne kommt die umsatzsteuerliche Kategorie der Lieferungen und Leistungen am nächsten¹;

- der Unternehmensdefinition: steuerpflichtig ist der Unternehmer im Sinne des § 2 Absatz 1 UStG. Der Umsatz aller Betriebe des Unternehmers bzw. aller Filialen oder „Töchter“ eines Unternehmens wird, unabhängig vom Standort der einzelnen Niederlassung, insgesamt am Sitz der Geschäftsleitung nachgewiesen. Für Untersuchungen zur regionalen Wirtschaftstätigkeit sind die Daten der Umsatzsteuerstatistik deshalb bereits auf Landesebene – und erst recht auf Kreis- oder Gemeindeebene – nur eingeschränkt verwendbar;
- der wirtschaftszweigmäßigen Zuordnung: das gesamte Unternehmen – und dessen gesamter Umsatz – werden nach dem wirtschaftlichen Schwerpunkt, gemessen an der Wertschöpfung, (nur) einem Wirtschaftszweig zugeordnet;
- von steuerlichen Freigrenzen und Befreiungen: Nachgewiesen werden nur Unternehmen, die zur Abgabe von Umsatzsteuer-Voranmeldungen verpflichtet waren und einen gewissen Mindestumsatz – im Jahr 2008 von mehr als 17 500 Euro – realisiert haben. Darüber hinaus fehlen Unternehmen, die ganz überwiegend steuerfreie Umsätze tätigen, respektive bei denen keine Steuerzahllast entsteht (z. B. niedergelassene Ärzte, Landwirtschaft).

Nachfolgend werden die Ergebnisse der Umsatzsteuerstatistik 2008 für das Saarland dargestellt. Da die branchenmäßige Zuordnung für die Statistik 2008 zum letzten Mal nach der Klassifikation der Wirtschaftszwei-

ge, Ausgabe 2003 (WZ 2003) erfolgte, bietet sich ein Vergleich mit der Umsatzsteuerstatistik 2003 an.

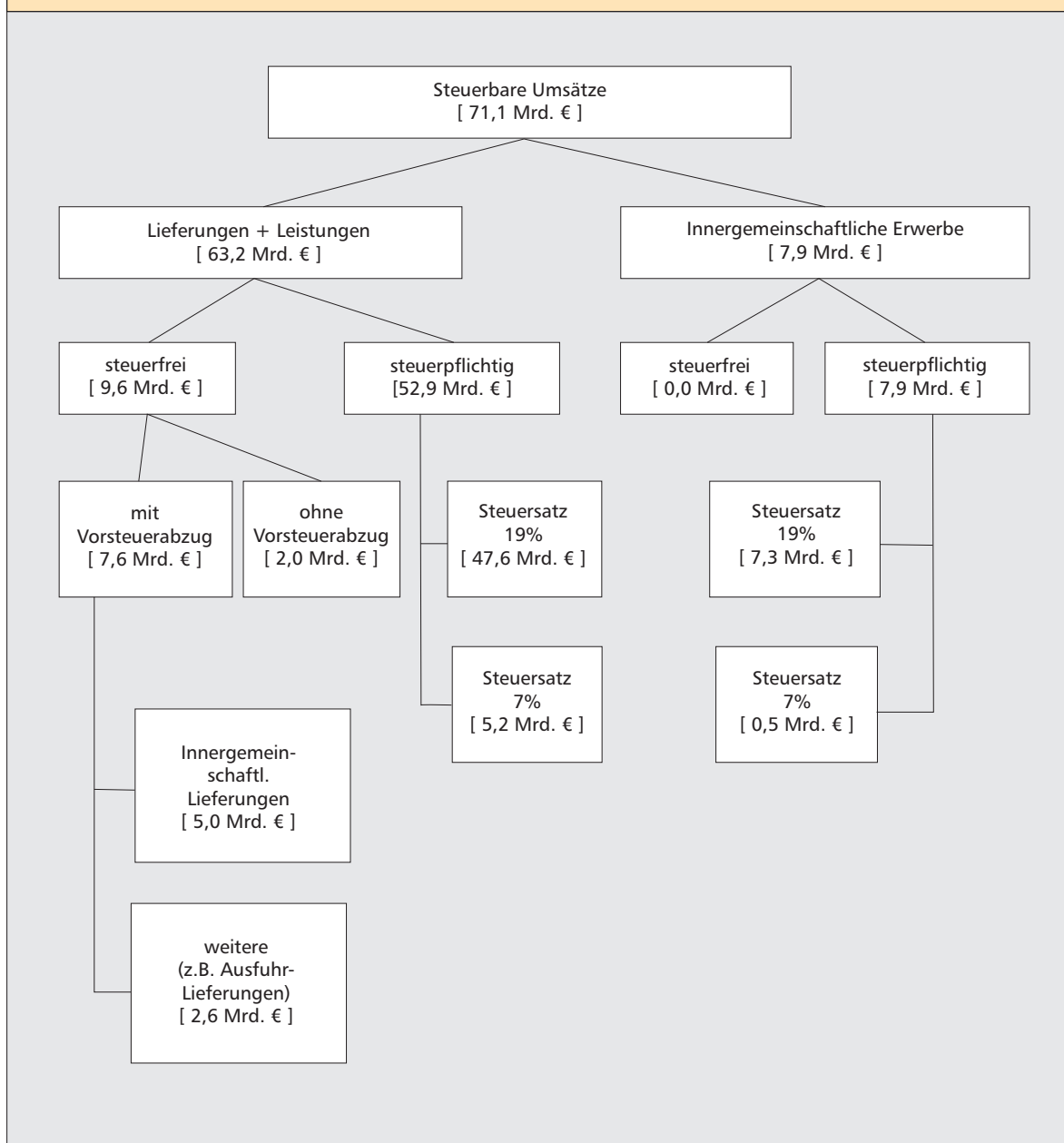
Mehr als 36 000 Unternehmen mit steuerbaren Umsätzen von über 71 Mrd. Euro

Für die Umsatzsteuerstatistik 2008 wurden die Angaben für 36 021 steuerpflichtige Unternehmen, die ihren Hauptsitz im Saarland hatten und jahresbezogen über der Mindestumsatzgrenze von 17 500 Euro lagen, gemeldet. Die Steuerpflichtigenzahl hat sich damit gegenüber dem Vorjahr nur unwesentlich erhöht (+ 0,4 %), per saldo sind 130 Firmen mehr hinzugekommen als weggefallen sind. Insgesamt handelte es sich bei gut einem Fünftel der Unternehmen in der Umsatzsteuerstatistik um Neuzugänge, die große Mehrheit (79 %) war aber bereits 2007 im Saarland voranmeldepflichtig gewesen.

Die von den Unternehmen deklarierten steuerbaren Umsätze summierten sich 2008 auf 71,1 Mrd. Euro. Zur Größeneinordnung: Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) des Saarlandes als Ausdruck der gesamtwirtschaftlichen Leistung war 2008 mit 31,2 Mrd. Euro weniger als halb so groß. Der steuerbare Umsatz hat deutlich stärker als die Unternehmenszahl zugenommen, und zwar um 3,7 Prozent oder 2,5 Mrd. Euro. Nur rund 10 Prozent des steuerbaren Umsatzes wurde von den neuen Unternehmen gemeldet, während der Unternehmensstamm aus dem Vorjahr neun Zehntel beisteuerte. Zur Beurteilung der konjunkturellen Entwicklung empfiehlt sich die Umsatzbetrachtung auf diesen Unternehmenskreis zu beschränken und damit fluktuationsbedingte Veränderungen auszuschal-

¹ S. Schaubild 1; nachfolgend werden die Begriffe „Lieferungen und Leistungen“ und „Umsatz“ vielfach synonym gebraucht.

S 1 Eckwerte der Umsatzsteuerstatistik 2008 im Saarland



ten. Für den steuerbaren Umsatz ergibt sich dann nur noch ein Anstieg um 2,5 Prozent.

Aus Sicht des steuerpflichtigen Unternehmens kann zwischen Ausgangs- und Eingangsumsätzen unterschieden werden. Das klare Übergewicht liegt bei den (ausgehenden) Lieferungen und Leistungen, die 2008 einen Wert von 63,2 Mrd. erreichten, das

sind fast neun Zehntel des steuerbaren Umsatzes. Die Lieferungen und Leistungen sind überdurchschnittlich um 5,3 Prozent (3,2 Mrd. Euro) angestiegen. Beschränkt man auch hier die Betrachtung auf die „alten“ Unternehmen, sinkt die Zuwachsrate auf 4,0 Prozent.

Die (eingehenden) innergemeinschaftlichen Erwerbe sind erst seit Errichtung des Europäischen Binnenmarktes zum 01.01.93 umsatzsteuerpflichtig; gemeint sind damit die Importe aus anderen EU-Staaten, die vom einführenden deutschen Unternehmen wie eigener Umsatz anzumelden und zu versteuern sind². Die innergemeinschaftlichen Erwerbe haben 2008 deutlich abgenommen, sie sind um 7,5 Prozent auf einen Wert von 7,9 Mrd. Euro zurückgegangen.

Von den steuerbaren Umsätzen waren 13,5 Prozent oder 9,6 Mrd. Euro steuerfrei, wozu in erster Linie die Ausfuhren mit insgesamt 7,6 Mrd. Euro zu rechnen sind. 2008 galten für die Umsatzsteuer ein Regelsteuersatz von 19 Prozent und ein – seit Jahren nicht angepasster – reduzierter Satz von 7 Prozent. Gut 90 Prozent oder 47,6 Mrd. Euro des steuerpflichtigen Umsatzes wurden mit dem Regelsatz von 19 Prozent besteuert. Nach ihrem Konstruktionsmuster spricht man im Fall der deutschen allgemeinen Umsatzsteuer von einer Nettoallphasenumsatzsteuer. Steuertechnisch bedeutet dies, dass die Steuer zwar an allen Produktions- und Handelsstufen bis hin zum Endverbraucher ansetzt, dass dabei aber jeweils nur der zusätzlich geschaffene Wert, der „Mehrwert“, tatsächlich besteuert wird; daher die umgangssprachliche Bezeichnung „Mehrwertsteuer“. Umgesetzt wird diese Konzeption in der Praxis dadurch, dass die Unternehmen die in ihren Vorleistungen enthaltene, vom Lieferanten getrennt in Rechnung gestellte Umsatzsteuer, die sog. Vorsteuer, von ihrer Steuerschuld absetzen können. Für 2008 summierten sich diese Abzugsbeträge auf 8,8 Mrd. Euro; ihnen gegenüber steht eine Brutto-Umsatzsteuer der Unternehmen in Höhe von 11,2 Mrd. Euro, so dass sich eine vereinnahmte Netto-Umsatzsteuer von 2,4 Mrd. Euro errechnet. Da die

abziehbaren Vorsteuerbeträge 2008 stärker (+ 4,4 %) angestiegen sind als die Bruttosteuer (+ 3,6 %) ergibt sich für die vereinnahmten Vorauszahlungen gegenüber 2007 nur ein geringes Plus von 0,2 Prozent.

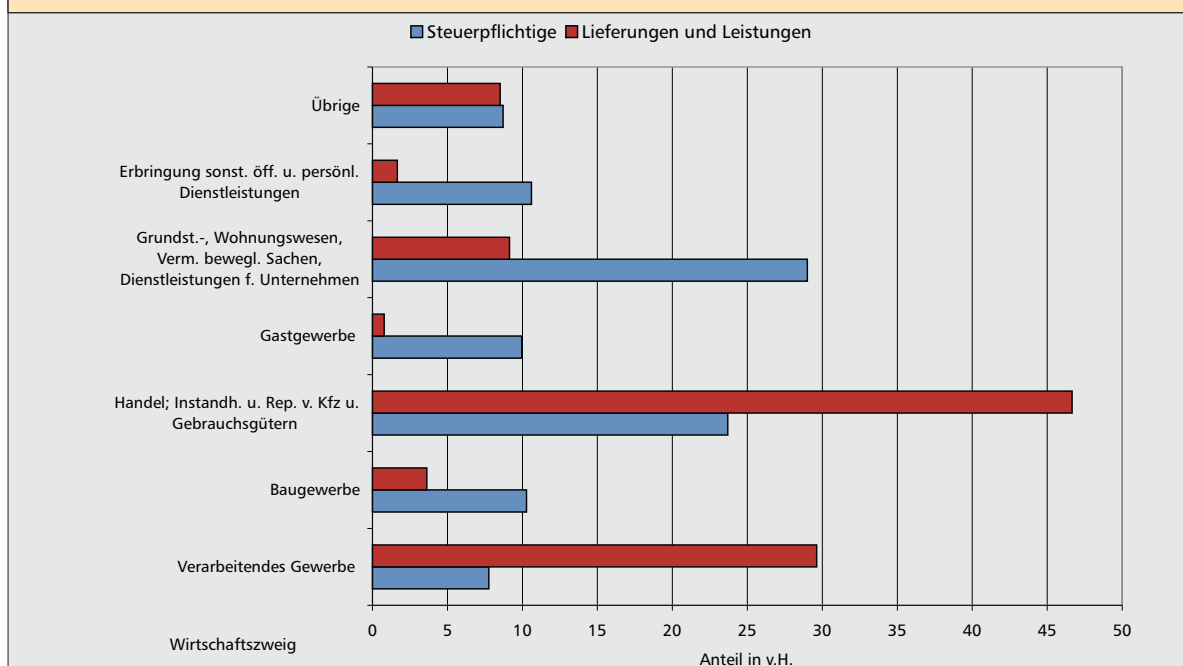
Im Dienstleistungssektor die meisten Unternehmen, der höchste Umsatz im Handel

Weniger für eigene, denn für allgemein statistische Zwecke nimmt die Finanzverwaltung eine wirtschaftszweigsystematische Zuordnung der Unternehmen vor. Diese Branchengliederung, die für 2008 das letzte Mal nach der WZ 2003 erfolgte, begründet die weit verbreitete Nutzung der Ergebnisse der Umsatzsteuerstatistik.

Nach dem Schwerpunkt ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit gehörten 2008 die meisten umsatzsteuerpflichtigen Unternehmen (10 445 oder 29 %) im Saarland zum Bereich „Grundstücks-, Wohnungswesen, Vermietungen, Dienstleistungen für Unternehmen“. Dabei war der Teilsektor der unternehmensnahen Dienstleistungen mit 5 116 Firmen am stärksten besetzt; dahinter folgte die Gebäude- und Wohnungsvermietungsbranche mit 3 634 Steuerpflichtigen. Aus dem Wirtschaftszweig „Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz und Verbrauchsgütern“ stammten 8 536 oder fast ein Viertel aller Unternehmen, der Großteil von ihnen (5 133 oder 60 %) waren Einzelhändler. Im Bereich von Kfz-Handel und -Reparatur waren rd. 1 600 und im Großhandel rd. 1 100 Steuerpflichtige tätig. Die „Erbringung persönlicher Dienstleistungen“ ist mit 3 819 Unternehmen auf den dritten Platz unter den meistbesetzten Wirtschaftszweigen vorgerückt, vor der Baubranche (3 700), dem Gast- (3 585) und dem Verarbeitende Gewerbe (2 796).

² Bis 1992 waren diese stattdessen wie alle Importe beim Grenzübertritt mit Einfuhrumsatzsteuer belastet worden.

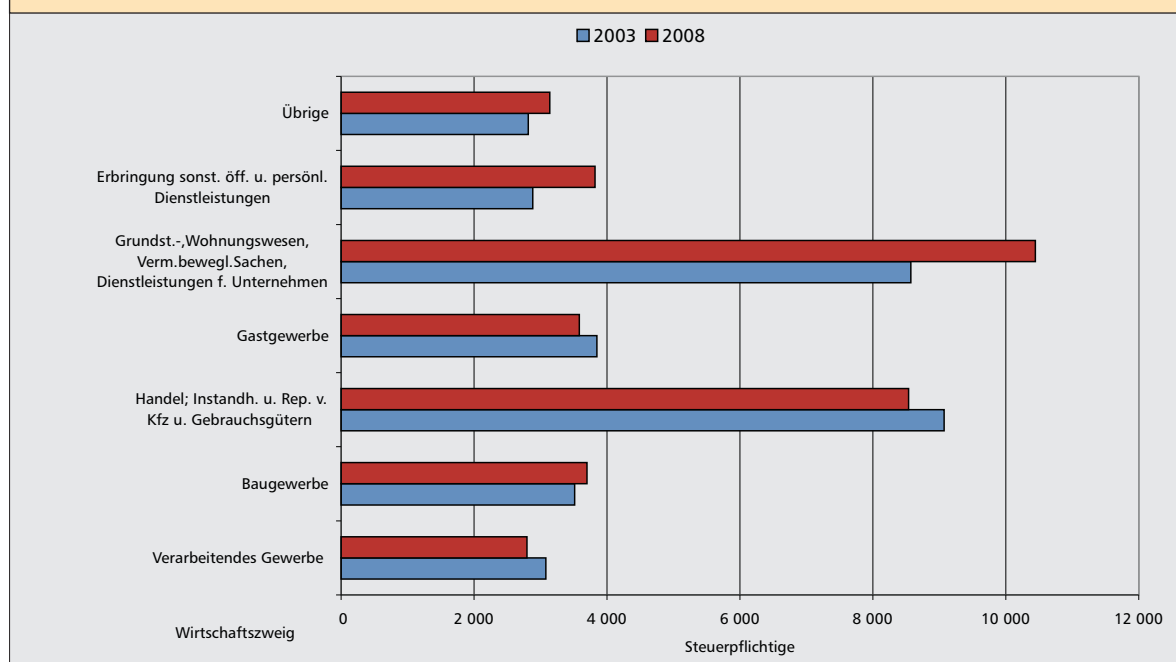
S 2 Steuerpflichtige und Umsatz 2008 nach Branchen



Sortiert nach den getätigten Umsätzen liegt der erweiterte Handelsbereich mit 33,1 Mrd. Euro – das sind 47 Prozent des Gesamtwertes – eindeutig an der Spitze. An

zweiter Stelle rangiert das Verarbeitende Gewerbe, das für 21,6 Mrd. Euro oder fast 30 Prozent des Umsatzes verantwortlich zeichnet. Mit 6,5 Mrd. Euro und weniger als

S 3 Entwicklung der Steuerpflichtigen 2003-2008 nach Branchen



einem Zehntel des Umsatzes folgt erst abgeschlagen der Bereich „Grundstücks-, Wohnungswesen, Vermietungen, Dienstleistungen für Unternehmen“ auf dem dritten Rang.

Beim Vergleich der aktuellen Branchenstruktur mit Besetzungszahlen des Jahres 2003 zeigt sich die letztgenannte Branche dagegen wieder eindeutig als Gewinner: von den seit 2003 hinzugekommenen meldepflichtigen 2 241 Unternehmen gehörten 1 874 zum Sektor „Grundstücks-, Wohnungswesen, Vermietungen, Dienstleistungen für Unternehmen“. Daneben erhöhte sich auch die Unternehmenszahl im Bereich der persönlichen Dienstleistungen um 935, während vor allem der erweiterte Handel (- 535) und das Verarbeitende Gewerbe (- 283) Rückgänge hinnehmen mussten.

Großes Gewicht der Umsatzmillionäre

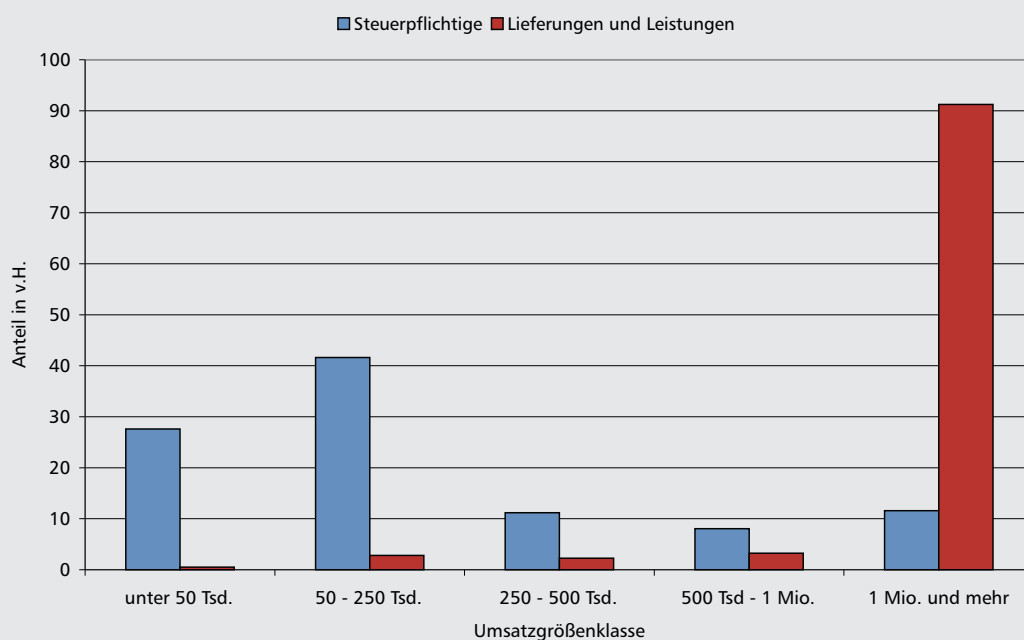
Die Aufteilung nach Umsatzgrößenklassen offenbart ein krasses Missverhältnis zwi-

schen Unternehmens- und Umsatzverteilung. Anzahlmäßig dominieren die kleinen und mittleren Unternehmen, von denen über zwei Drittel 2008 einen Jahresumsatz von weniger als 250 Tsd. Euro erwirtschafteten; bei über einem Viertel von ihnen waren es sogar weniger als 50 Tsd. Euro. Dem stehen lediglich 11,6 Prozent an Steuerpflichtigen gegenüber, die mehr als 1 Mio. Euro Umsatz erzielten. Diese Großunternehmen vereinigten zusammen genommen jedoch über neun Zehntel (91,2 %) des Gesamtumsatzes. In den einzelnen Branchen finden sich durchaus deutlich Abweichungen von der gesamtwirtschaftlichen Größenklassenstruktur. So zeigt sich etwa im Verarbeitenden Gewerbe eine noch ausgeprägtere Umsatzkonzentration auf die Großunternehmen.

Meist Einzelunternehmen

Eine ungleichmäßige Verteilung von Unternehmen und Umsatz zeigt sich auch bei der Gliederung nach der Rechtsform der steuerpflichtigen Unternehmen. Die große Mehr-

S 4 Steuerpflichtige und Umsatz nach Größenklassen

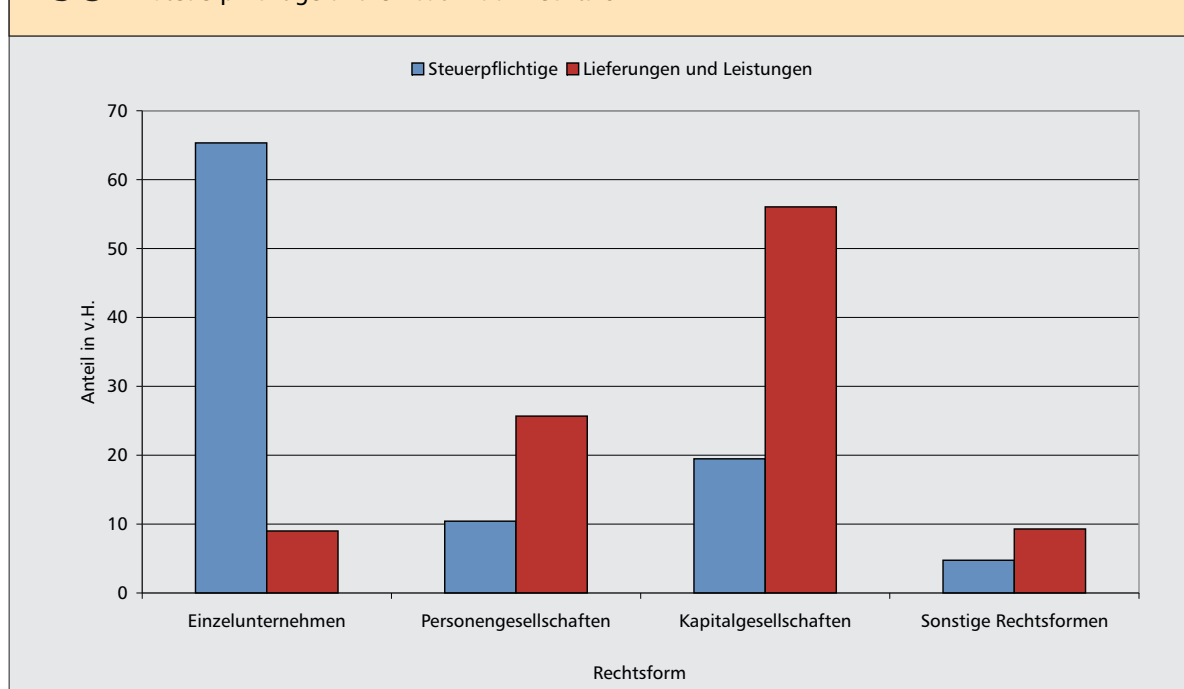


T Größenklassenstruktur ausgewählter Wirtschaftszweige 2008

Lieferungen und Leistungen von ... bis unter ... EURO		Verarb. Gewerbe	Bau-gewerbe	Handel; Instandh. u. Rep. v. Kfz u. Gebrauchsgütern	Gast-gewerbe	Grundst.-Wohnungswesen, Verm. bewegl. Sachen usw	Erbringung sonst. öff. u. persönl. Dienstleistungen	Insgesamt
		Anteil in v.H.						
unter 50 000	St.-pflichtige	14,3	18,8	21,5	38,3	30,3	43,1	27,6
	Lief. u. Leist.	0,1	0,9	0,2	7,9	1,5	4,4	0,5
50 000 - 250 000	St.-pflichtige	34,4	41,6	40,7	49,8	39,7	45,3	41,6
	Lief. u. Leist.	0,7	7,7	1,5	34,7	7,5	15,7	2,8
250 000 - 500 000	St.-pflichtige	15,8	17,1	12,2	7,5	10	6	11,2
	Lief. u. Leist.	0,9	8,8	1,3	16,7	5,8	6,7	2,2
500 000 - 1 Mio.	St.-pflichtige	12,1	11,5	9,6	2,7	8,2	2,9	8,1
	Lief. u. Leist.	1,3	11,7	2,1	12	9,5	6,5	3,2
1 Mio. und mehr	St.-pflichtige	23,2	11	15,9	1,7	11,7	2,6	11,6
	Lief. u. Leist.	97,1	71	94,9	28,7	75,7	66,7	91,2

heit (23 535 oder 65,3 %) firmierte als Einzelunternehmen, allerdings nur mit einem Umsatzanteil von zusammengekommen 5,7 Mrd. Euro oder 9,0 Prozent. Umgekehr-

te Verhältnisse sind bei den Kapitalgesellschaften zu beobachten; weniger als ein Fünftel (7 016 oder 19,5 %) der Unternehmen wurde in dieser Rechtsform betrieben,

S 5 Steuerpflichtige und Umsatz nach Rechtsform

sie tragen aber mit 35,5 Mrd. zu deutlich mehr als der Hälfte (56 %) zum Gesamtumsatz bei. Die häufigste Rechtsform darunter ist die der GmbH mit rd. 7 000 Fällen.

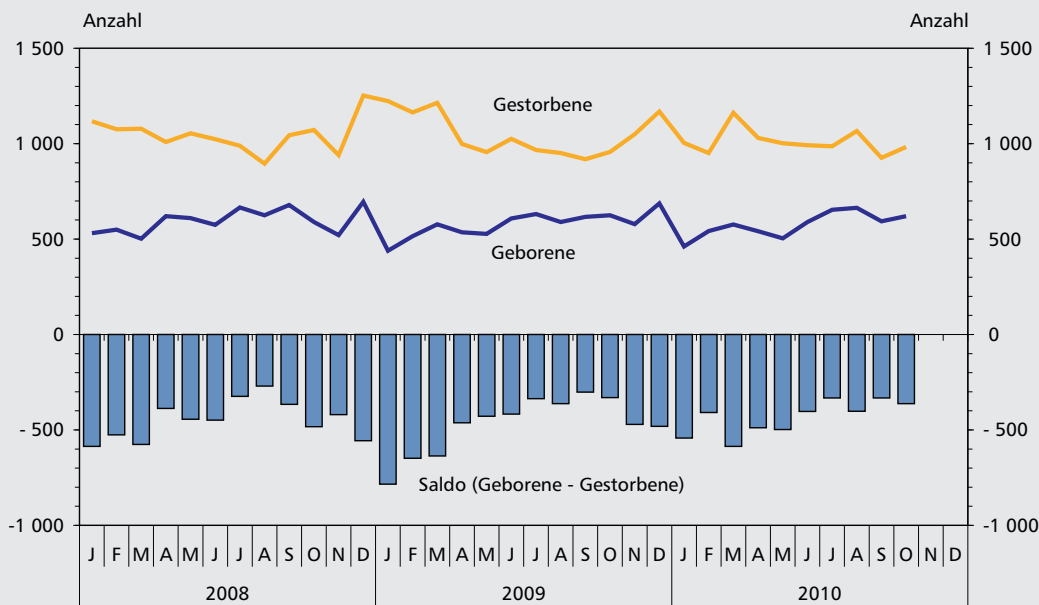
Ausblick

Jahrzehntelang stand die Kurzbezeichnung Umsatzsteuerstatistik unmissverständlich für die Statistik der Umsatzsteuervoranmeldungen. Diese Eindeutigkeit geht nun zu Ende, denn mit der Novellierung des Steuerstatistikgesetzes 2008³ wurde zusätzlich eine Umsatzsteuerstatistik auf Basis der Veranlagungsdaten, beginnend mit dem Be-

richtsjahr 2006, eingeführt. Die „neue“ Umsatzsteuerstatistik (Veranlagungen) wird naturgemäß weniger aktuell sein können als die bisherige Umsatzsteuerstatistik (Voranmeldungen). Dem steht gegenüber, dass sie Angaben auch für kleine Unternehmen unter der zur Voranmeldung verpflichtenden Umsatzgrenze enthalten wird und es sich um endgültige Veranlagungsdaten – statt um vorläufige Vorauszahlungsdaten – handeln wird. Ihre Ergebnisse können deshalb künftig auch als Referenzwerte zur Beurteilung der Aussagekraft der Voranmeldedaten verwandt werden.

³ Artikel 18 des Jahressteuergesetzes 2008 (JStG 2008) vom 20. Dezember 2007 (BGBl. I S. 3150).

Natürliche Bevölkerungsbewegung im Saarland



© Statistisches Amt Saarland



Oktober 2010 (2009)

Geborene
620 (625)

Gestorbene
982 (956)

Saldo
(Geborene - Gestorbene)
- 362 (- 331)

Verbraucherpreisindex im Saarland

Basis 2005 = 100
Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat in %

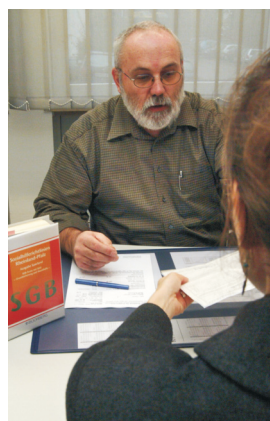


© Statistisches Amt Saarland



Dezember 2010 (2009)

Veränderungen
gegenüber dem
Vorjahresmonat
1,2 % (0,7 %)



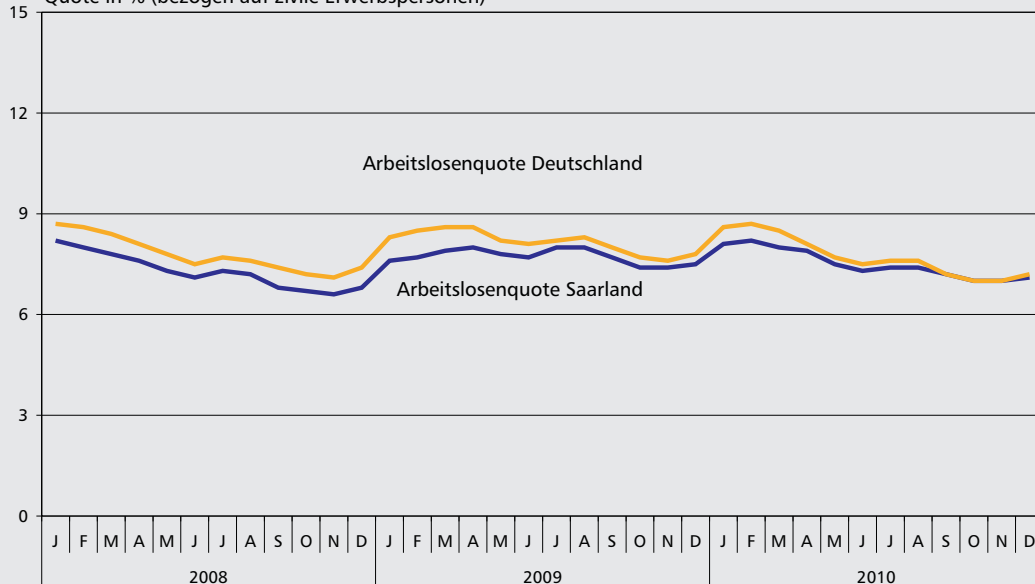
Dezember 2010 (2009)

Arbeitslosenquote
Saarland
7,1 % (7,5 %)

Deutschland
7,2 % (7,8 %)

Arbeitslose

Quote in % (bezogen auf zivile Erwerbspersonen)



© Statistisches Amt Saarland (Quelle: Bundesagentur für Arbeit)



Mai 2010 (2009)

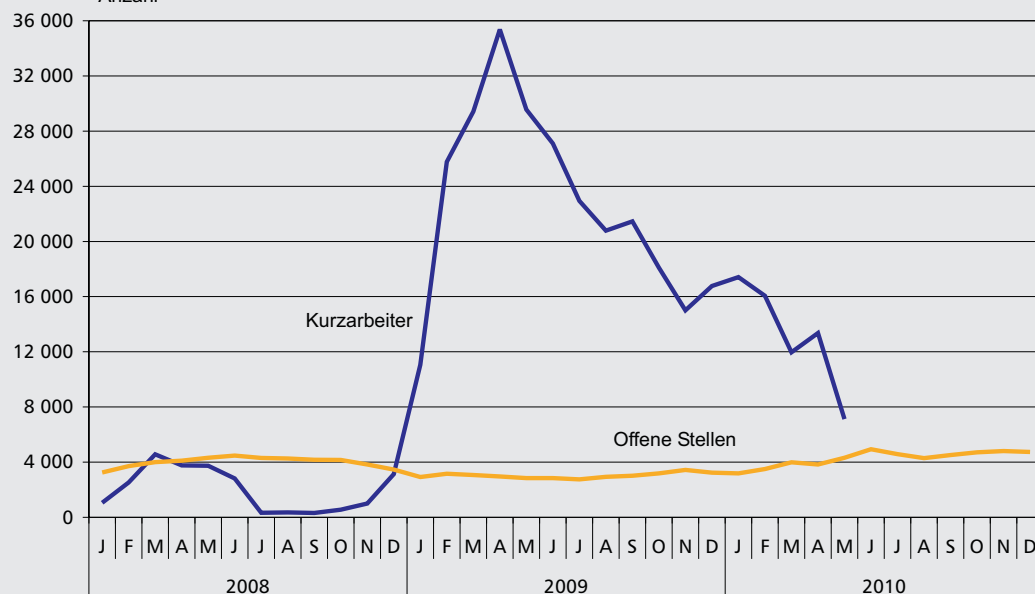
Kurzarbeiter
7 121 (29 562)

Dezember 2010 (2009)

Offene Stellen
4 745 (3 241)

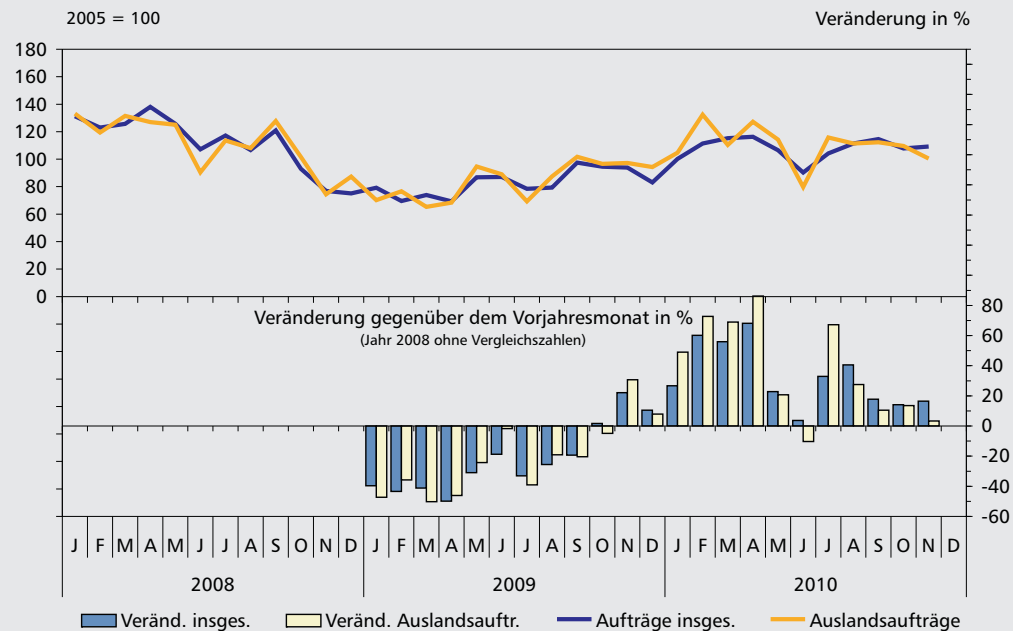
Kurzarbeiter und offene Stellen im Saarland

Anzahl



© Statistisches Amt Saarland (Quelle: Bundesagentur für Arbeit)

Auftragseingangsindex Verarbeitendes Gewerbe im Saarland



© Statistisches Amt Saarland



November 2010 (2009)

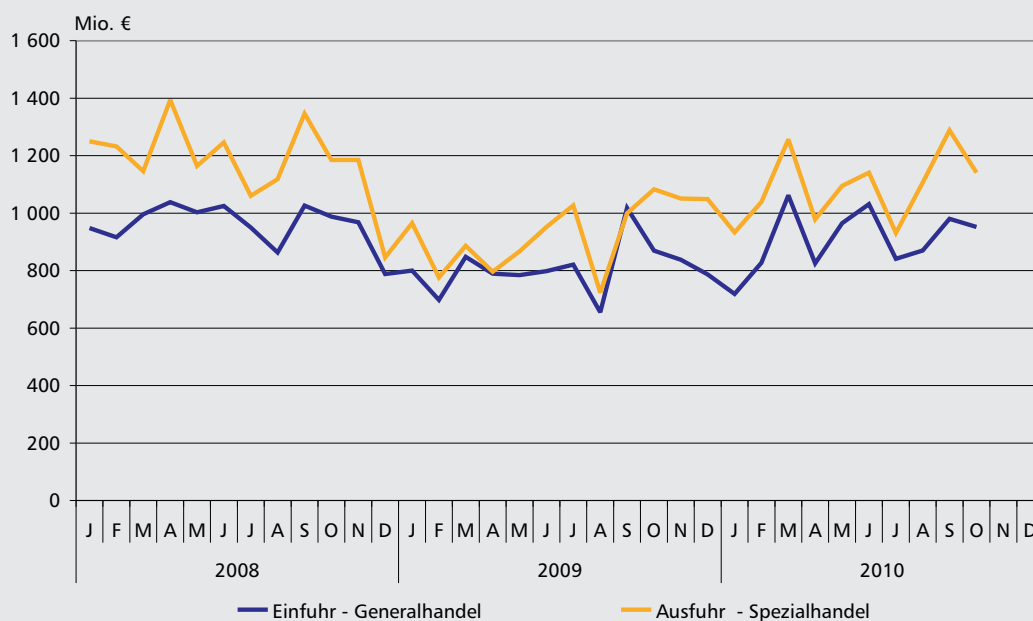
Auftr. insgesamt
109,2 (93,8)

Veränd. insgesamt
16,4 % (22,1 %)

Auslandsauftr.
100,4 (97,2)

Veränd. Ausl.auftr.
3,3 % (30,6 %)

Außenhandel im Saarland



© Statistisches Amt Saarland



Oktober 2010 (2009)

Einfuhr - Generalhandel
952 Mio.
(869 Mio.)

Ausfuhr - Spezialhandel
1 141 Mio.
(1 083 Mio.)



November 2010 (2009)

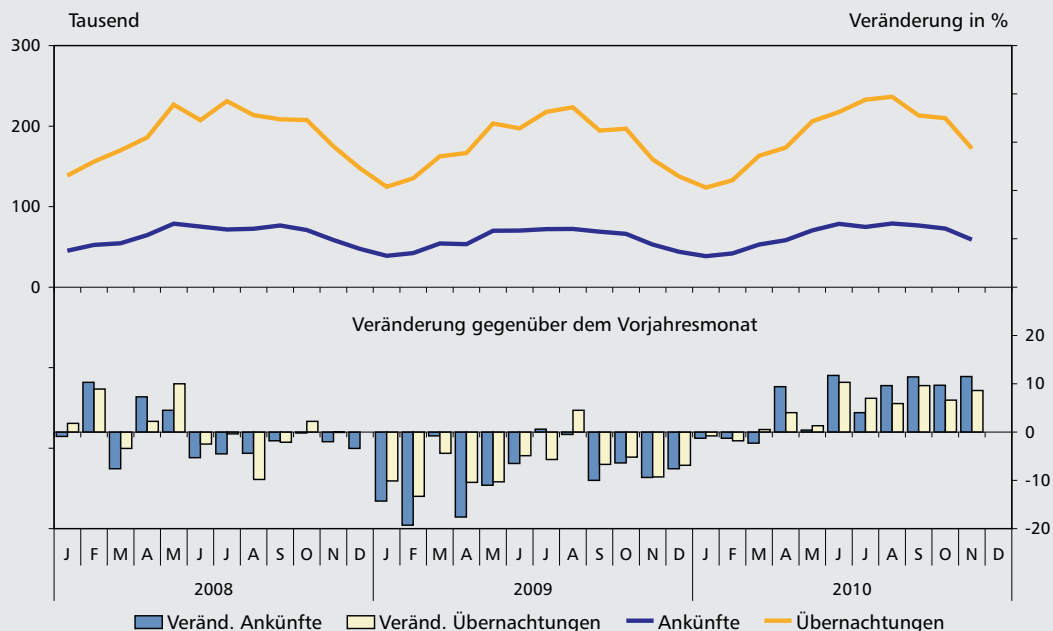
Ankünfte
59 068 (52 980)

Veränd. Ankünfte
11,5 % (- 9,4 %)

Übernachtungen
172 234 (158 588)

Veränd. Übernacht.
8,6 % (- 9,3 %)

Gästeankünfte und -übernachtungen im Saarland



© Statistisches Amt Saarland

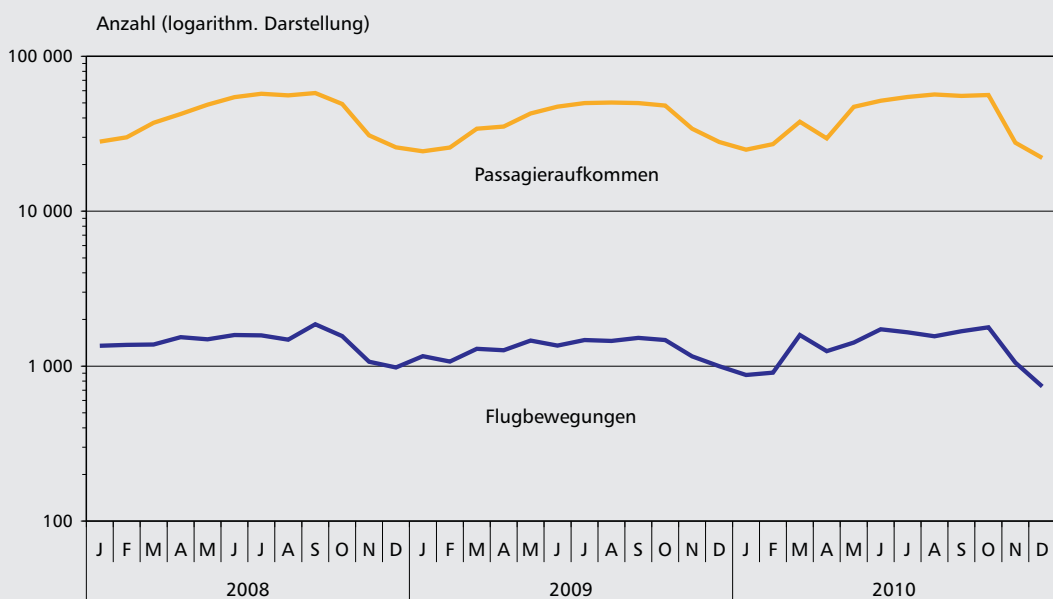


Dezember 2010 (2009)

Flugbewegungen
739 (1 000)

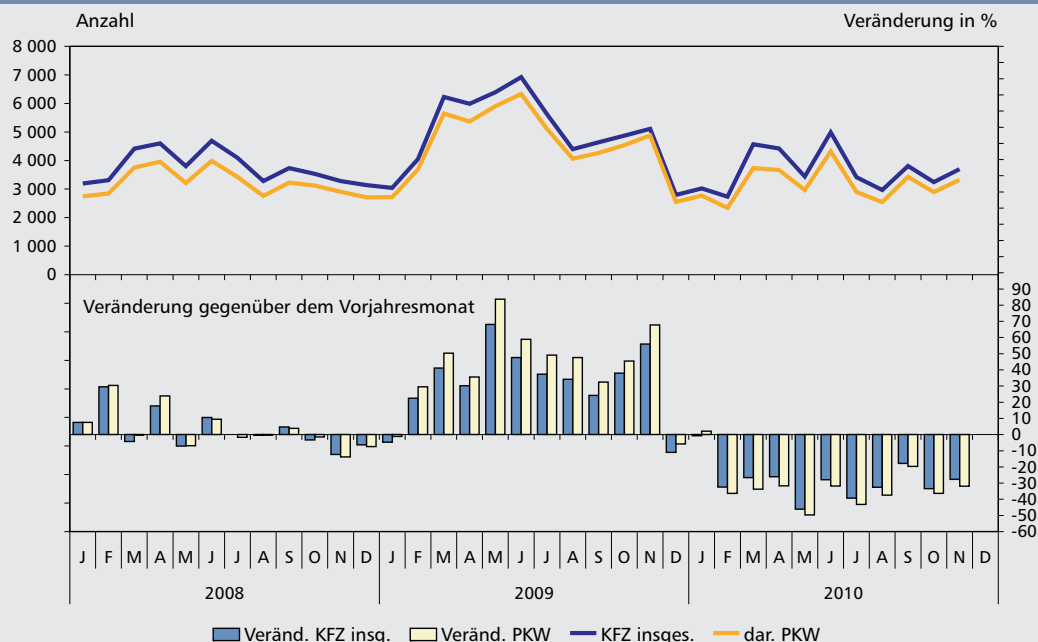
Passagieraufkommen
22 100 (27 954)

Luftverkehr Flughafen Saarbrücken



© Statistisches Amt Saarland

Kfz-Neuzulassungen im Saarland



© Statistisches Amt Saarland



November 2010 (2009)

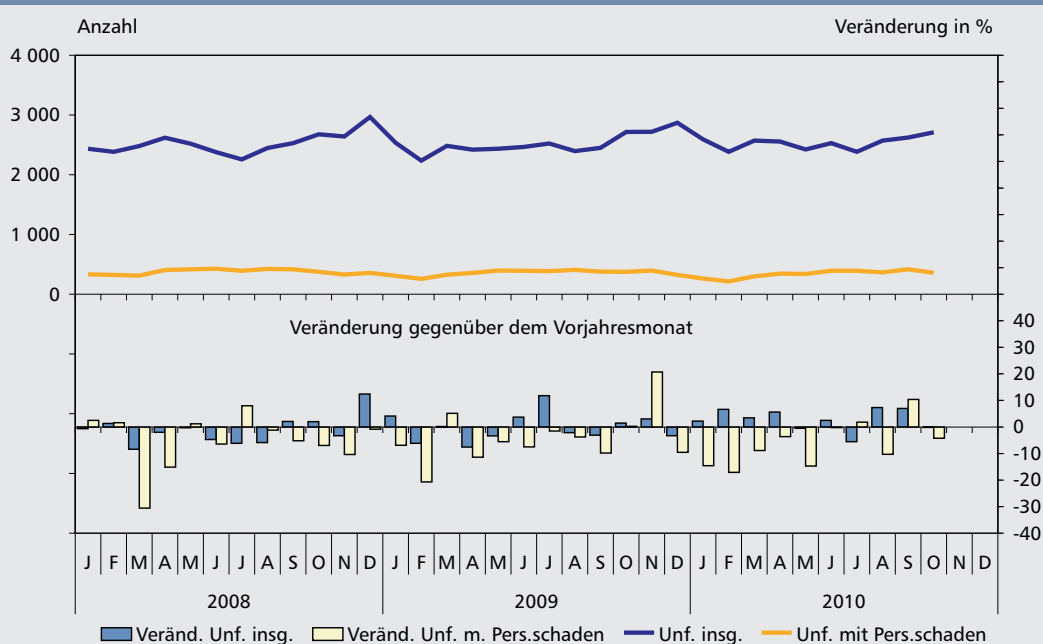
Kfz insgesamt
3 696 (5 111)

Veränd. Kfz insgesamt
- 27,7 % (56,0 %)

dar. PKW
3 320 (4 875)

Veränd. PKW
- 31,9 % (67,8 %)

Straßenverkehrsunfälle im Saarland



© Statistisches Amt Saarland



Oktober 2010 (2009)

Unfälle insgesamt
2 711 (2 716)

Veränd. Unf. insg.
- 0,2 % (1,5 %)

Unf. mit Pers.schaden
360 (376)

Veränd. Unf. mit
Pers.schaden
- 4,3 % (0,3 %)

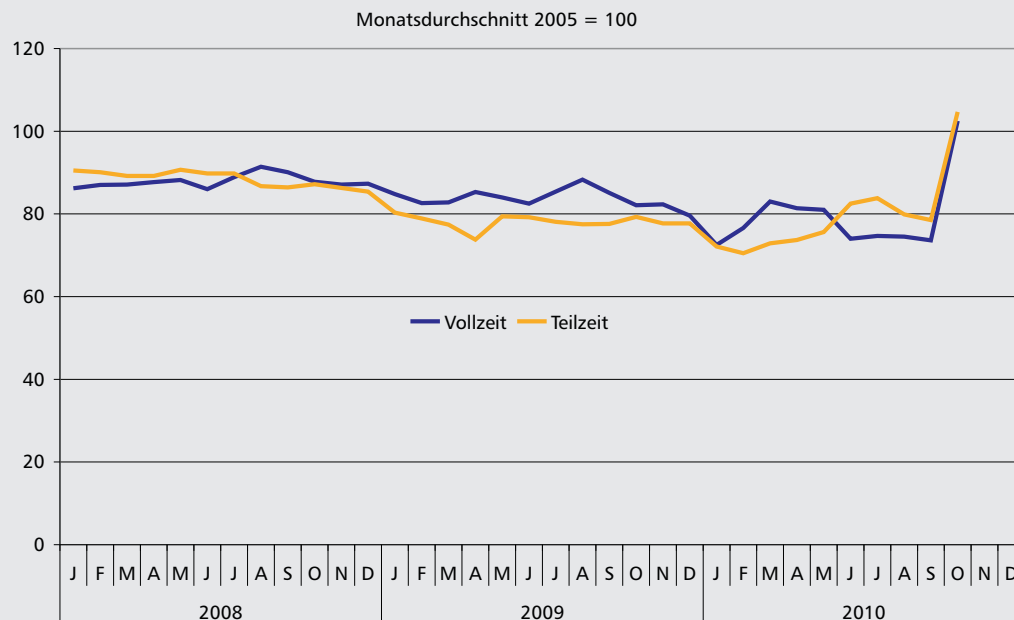


Oktober 2010 (2009)

Vollzeitbeschäftigte
102,5 (82,1)

Teilzeitbeschäftigte
104,7 (79,3)

Beschäftigte im saarländischen Gastgewerbe



© Statistisches Amt Saarland

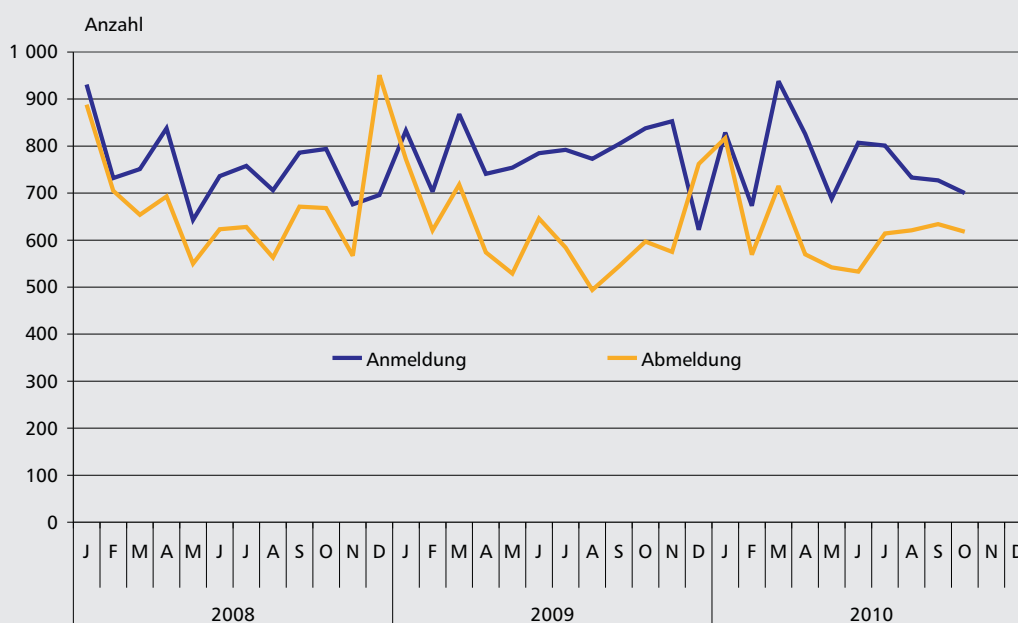


Oktober 2010 (2009)

Anmeldungen
700 (838)

Abmeldungen
618 (597)

Gewerbean- und -abmeldungen im Saarland



© Statistisches Amt Saarland

Verbraucherpreise für die Lebenshaltung ziehen an

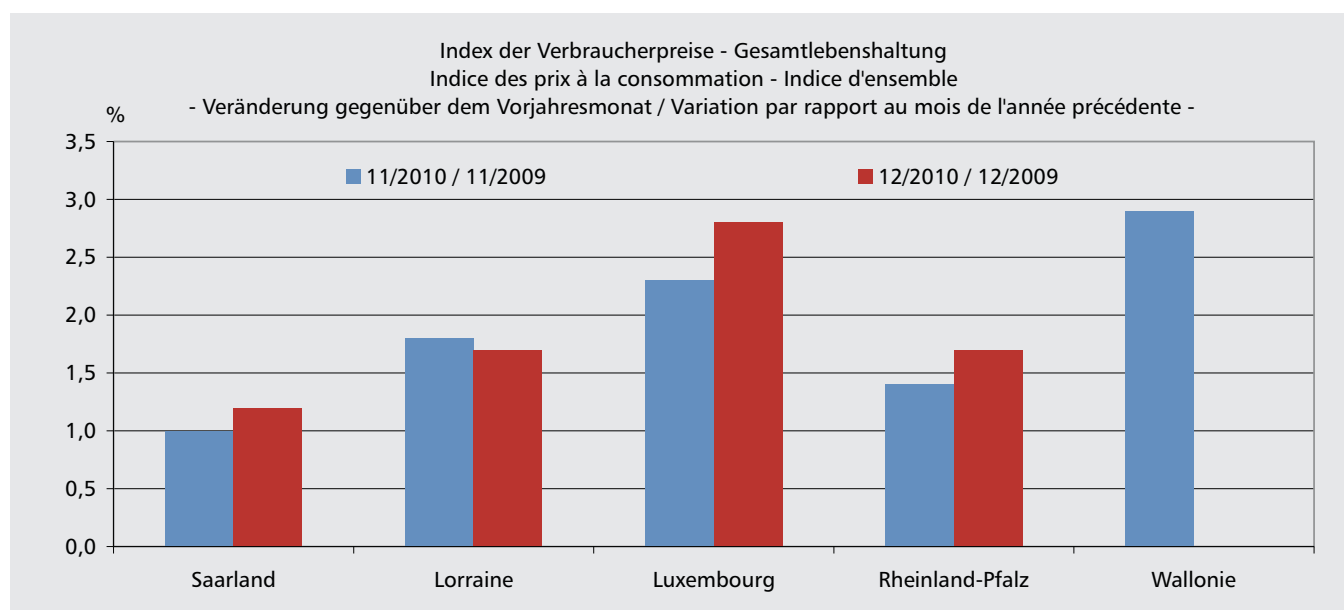
Mit der gesamtwirtschaftlichen Erholung zeigt auch das aktuelle Preisniveau für die Lebenshaltung in der Großregion „Saar - Lor - Lux - Rheinland-Pfalz - Wallonie“ eine beschleunigte Tendenz. Gegenüber dem Basisjahr 2005 (mit Indexwert 100), das für alle fünf Teilregionen gleichermaßen gilt, haben sich die Verbraucherpreise in Rheinland-Pfalz und im Saarland bis zum Jahresende 2010 auf einen Wert von 108,7 bzw. 109,0 erhöht. Etwas stärker war die Verteuerung in Lothringen mit einem Index von 109,8. Spürbar tiefer in die Tasche greifen mussten die Verbraucher in Wallonien bei einem Index von 111,5 (im November 2010) und vor allem die Luxemburger, deren Preisniveau auf einen Wert von 112,9 kletterte.

Damit lag die Teuerungsrate gegenüber dem vergleichbaren Vorjahresmonat im Saarland bei 1,2 Prozent, in Lothringen und Rheinland-Pfalz jeweils bei 1,7 Prozent. In Luxemburg hat sich die Lebenshaltung im vergangenen Jahr um durchschnittlich 2,8 Prozent verteuert und in Wallonien um 2,9 Prozent.

Zur Erläuterung ist darauf hinzuweisen, dass die Regionen Lothringen und Wallonien keinen eigenen Verbraucherpreisindex berechnen; hilfsweise wurde hier jeweils der nationale Wert herangezogen.

Index der Verbraucherpreise - Gesamtlebenshaltung
Indice des prix à la consommation - Indice d'ensemble

Monat/Jahr / Mois/année	Saarland	Lorraine	Luxembourg	Rheinland-Pfalz	Wallonie
12/2009	107,7	107,9	109,9	106,9	108,5
01/2010	107,2	108,6	109,0	106,4	109,0
02/2010	107,5	108,9	110,3	106,8	109,5
03/2010	107,9	109,0	110,9	107,2	109,9
04/2010	107,5	109,0	111,2	107,3	110,3
05/2010	107,6	108,7	111,5	107,3	110,7
06/2010	107,6	109,0	111,4	107,4	110,7
07/2010	108,0	108,9	111,1	107,6	110,7
08/2010	108,0	109,1	112,3	107,8	111,2
09/2010	107,8	109,2	112,3	107,5	111,4
10/2010	107,8	109,8	112,4	107,6	111,5
11/2010	107,9	109,2	112,6	107,6	111,5
12/2010	109,0	109,8	112,9	108,7	:



Quelle: Statistisches Amt Saarland - INSEE, Nancy - STATEC, Luxembourg - Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz - IWEPS, Namur.

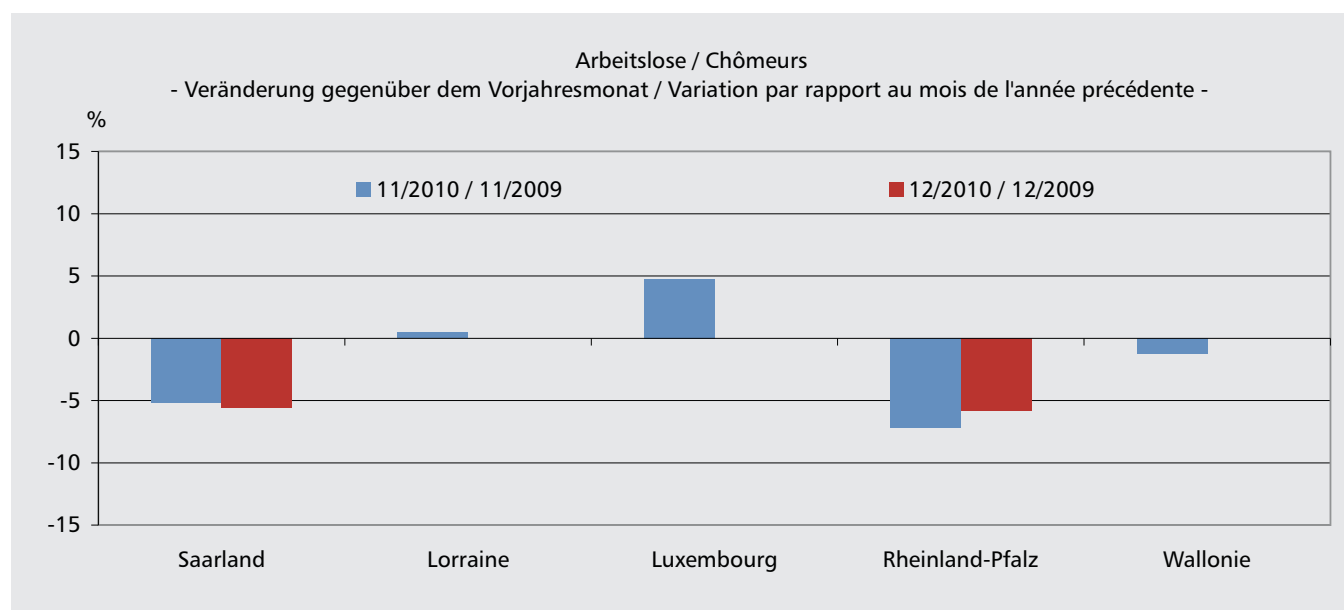
Arbeitslosigkeit geht spürbar zurück

Im Laufe des vergangenen Jahres hat sich das Problem der Arbeitslosigkeit in der Großregion „Saar - Lor - Lux - Rheinland-Pfalz - Wallonie“ deutlich entschärft. Waren Ende 2009 noch insgesamt 527 741 Arbeitslose registriert, so sank ihre Zahl bis zum November 2010 (aktuellere Ergebnisse liegen noch nicht für alle fünf Teilregionen vor) um 3,4 Prozent auf 509 594 ab. Auch hierfür dürfte die rasche Konjunkturerholung eine wesentliche Ursache sein. Vor allem im Saarland, in Rheinland-Pfalz und Wallonien hat sich der Bestand an Erwerbslosen – nach einem Anstieg in den Wintermonaten am Jahresanfang – im weiteren Jahresverlauf teilweise kräftig verringert. Lothringen und Luxemburg verzeichneten zwar im Sommer 2010 ebenfalls eine rückläufige Tendenz, mussten jedoch im Herbst wieder eine zunehmende Zahl an Arbeitslosen melden.

Interessant wäre in dieser Betrachtung auch ein Vergleich der einzelnen regionalen Arbeitslosenquoten. Wegen der unterschiedlichen Berechnungsmethoden in den nationalen Arbeitslosenstatistiken ist eine direkte Gegenüberstellung allerdings nicht sinnvoll. Harmonisierte Arbeitslosenquoten nach einheitlicher ILO-Definition werden vom Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) berechnet, fallen aber erst zu einem späteren Zeitpunkt an.

Arbeitslose / Chômeurs
- Anzahl / Nombre -

Monat/Jahr / Mois/année	Saarland	Lorraine	Luxembourg	Rheinland-Pfalz	Wallonie	Großregion insgesamt
11/2009	37 131	103 128	14 351	116 664	250 627	521 901
12/2009	37 627	102 972	14 816	120 104	252 222	527 741
01/2010	41 016	108 435	15 137	133 894	261 240	559 722
02/2010	41 210	108 062	15 222	134 633	257 375	556 502
03/2010	40 567	104 487	14 653	131 037	252 487	543 231
04/2010	39 832	100 732	14 111	125 293	245 385	525 353
05/2010	37 753	99 212	13 438	119 043	238 454	507 900
06/2010	36 962	97 425	13 477	116 551	239 171	503 586
07/2010	37 468	100 068	13 639	120 924	260 951	533 050
08/2010	37 298	104 549	13 787	118 171	267 145	540 950
09/2010	36 338	102 725	14 139	111 456	262 976	527 634
10/2010	35 500	103 052	14 703	108 433	252 470	514 158
11/2010	35 196	103 604	15 035	108 312	247 447	509 594
12/2010	35 525	:	:	113 104	:	:



Quelle: Saarland: Bundesagentur für Arbeit. Lorraine: Ministère du travail - Pôle emploi. Luxembourg: ADEM - Administration de l'emploi. Rheinland-Pfalz: Bundesagentur für Arbeit. Wallonie: Service public wallon de l'emploi et de la formation (FOREM).

Statistisches Amt Saarland

Märkte im Saarland 2011



Format: Print/PDF-Datei

Preis: 10,00 Euro

Der Marktkalender wird nach amtlichen Unterlagen der Gemeinden zusammengestellt und gibt einen Überblick über die im kommenden Jahr stattfindenden einmaligen und regelmäßig wiederkehrenden Veranstaltungen im Saarland, angefangen vom Flohmarkt bis hin zur großen Verbrauchermesse.

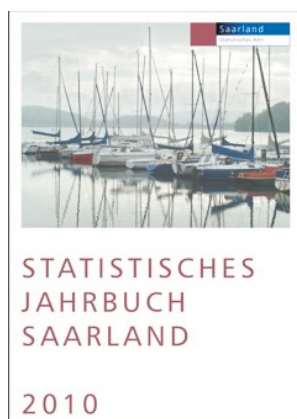
Die Veranstaltungen werden nach Art, Beginn und Dauer sowohl in alphabetischer Reihenfolge der Markttorte als auch in chronologischer Reihenfolge dargestellt. Zusätzlich sind die Wochenmärkte und Weihnachtsmärkte gesondert aufgeführt.

Angaben zu den Einwohnerzahlen der Markttorte, ein Kalendarium mit den Schulferien und Feiertagen sowie eine Verwaltungskarte des Saarlandes ergänzen das Informationsangebot.

 www.saarland.de/13967.htm

Statistisches Amt Saarland

Jahrbuch 2010



Format: Print

Preis: 20,00 Euro

Als Querschnittsveröffentlichung bietet das Jahrbuch umfassende Informationen aus allen Bereichen der amtlichen Statistik des Saarlandes. Neben Daten zur Bevölkerung, dem Bildungswesen und der Kultur enthält das Buch auch Statistiken der Wahlergebnisse sowie aus den Bereichen Wirtschaft und Gesellschaft. In übersichtlicher Form werden aktuelle Strukturen als auch zeitliche Veränderungen dargestellt.

Das komplette Inhaltsverzeichnis sowie einige ausgewählte Seiten stehen im Internet zur Ansicht bereit.

 www.saarland.de/73524.htm

Statistisches Amt Saarland

Gemeindezahlen 2010



Format: Print/PDF-Datei

Preis: 10,00 Euro

Diese alljährlich erscheinende Publikation gibt einen Überblick der amtlichen Statistik über die wichtigsten kommunalen Daten des Saarlandes. So informieren die Gemeinde- und Kreisdaten über die Bereiche Bevölkerung, Bildung, Wahlen, Erwerbstätigkeit, Gewerbeanzeigen, Produzierendes Gewerbe, Bautätigkeit, Wohnungswesen, Verkehr, Sozialhilfe, Öffentliche Finanzen und Personal im öffentlichen Dienst.

 www.saarland.de/74154.htm

Statistisches Amt Saarland

Die saarländische Wirtschaft 2010 – Ein vorläufiger Jahresrückblick



Format: Print/PDF-Datei

Preis: kostenlos

Der vorläufige Jahresrückblick gibt einen ersten Eindruck über die wirtschaftliche Entwicklung im vergangenen Jahr. Dabei wird die Entwicklung der wichtigsten Wirtschaftsindikatoren in diesem von der weltweiten Wirtschaftskrise beeinflussten Jahr näher betrachtet und analysiert.

 www.saarland.de/73836.htm

Statistisches Amt Saarland

Veröffentlichungsverzeichnis 2011



Format: PDF-Datei

Preis: kostenlos

Im Veröffentlichungsverzeichnis findet sich eine Übersicht aller Veröffentlichungen des Statistischen Amtes Saarland. Darin aufgeführt sind z. B. die einzelnen Statistischen Monats-, Quartals- bzw. Jahresberichte der verschiedenen Fachbereiche, eine Chronologie aller Sonderhefte und Einzelschriften die seit 1948 erschienen sind sowie Hinweise auf Internetangebote der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder.

 www.statistik.saarland.de

Statistisches Amt Saarland

Trendreport Demografie – Bevölkerungsentwicklung im Saarland



Format: Papier/PDF-Datei

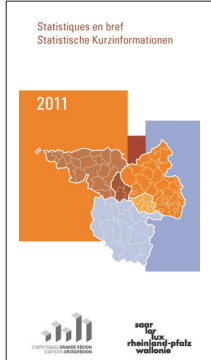
Preis: 15,00 Euro

Diese Publikation beinhaltet, auf der Grundlage der 12. koordinierten und regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung, Daten und Fakten zur demografischen Entwicklung im Saarland, insbesondere differenzierte Ergebnisse für die saarländischen Landkreise, den Regionalverband Saarbrücken und die Landeshauptstadt Saarbrücken. Sie beinhaltet neben der Tabellen und Grafiken vertiefende Analysen. Zur 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung liegen auch Veröffentlichungen in Tabellenform (Excel) vor, die ebenfalls beim Statistischen Amt bestellt werden können.

 <http://www.saarland.de/74125.htm>

Statistische Ämter der Großregion Saar – Lor – Lux – Rheinland-Pfalz – Wallonie

Statistischen Kurzinformationen / Statistiques en bref 2011



Format: Papier/PDF-Datei

Preis: kostenlos

im Rahmen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit der statistischen Ämter der Großregion Saar – Lor – Lux – Rheinland-Pfalz – Wallonie wird seit einigen Jahren eine Broschüre erstellt, die allerhand Wissenswertes über unseren Grenzraum aufzeigt. In Deutsch und Französisch werden aktuelle Daten zu Gebiet und Bevölkerung, Arbeitsmarkt und Wirtschaft, Bildung und Kultur sowie Gesundheit und Umwelt in der Großregion dargestellt.

 <http://www.saarland.de/44849.htm>

Aktuelle Gemeinschaftsveröffentlichungen

Statistik lokal 2010



Format: DVD (ab Windows 95)
Einzelplatzlizenz: 74,00 Euro

Die Ausgabe 2010 der DVD Statistik lokal bietet, überwiegend für das Jahr 2008, für alle 13 000 Kommunen der Bundesrepublik Eckdaten zu den Themenbereichen Gebiet, Bevölkerung, Arbeitslosigkeit, Landwirtschaft, Produzierendes Gewerbe, Gebäude/Wohnungen, Bautätigkeit, Tourismus, Öffentliche Finanzen und Wahlen. Über eine komfortable Benutzeroberfläche lassen sich leicht Daten für alle Gemeinden Deutschlands abrufen, exportieren und Ergebnisse zu Tabellen zusammenstellen.

 <http://www.saarland.de/31886.htm>

Veröffentlichungen des Statistischen Amtes Saarland im Monat November 2010

Statistische Berichte

Wanderungen 2009	A III 1 - j 2009	Fremdenverkehr im August 2010	G IV 1 - m 8/2010
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am 31.12.2009	A VI 5 - vj 4/2009	Gastgewerbe im Juni 2010	G IV 3 - m 6/2010
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am 31.03.2010	A VI 5 - vj 1/2010	Gastgewerbe im Juli 2010	G IV 3 - m 7/2010
Personal an den Hochschulen des Saar- landes sowie Habilitationen 2009	B III 4 - j 2009	Gastgewerbe im August 2010	G IV 3 - m 8/2010
Getreideernte 2010	C II 2 - j 2010	Straßenverkehrsunfälle im Juli 2010	H I 1 - m 7/2010
Handel im August 2010	G I 1 - m 8/2010	Verbraucherpreisindex Oktober 2010	M I 2 - m 10/2010

Veröffentlichungen des Statistischen Amtes Saarland im Monat Dezember 2010

Statistische Berichte

Sterbefälle 2009 nach Todesursachen, Geschlecht und Altersgruppen	A IV 3 - j 2009	Baugewerbe im September 2010	E II 1/E III 1 - m 9/2010
Berufliche Schulen im Schuljahr 2010/11		Baugewerbe im Oktober 2010	E II 1/E III 1 - m 10/2010
Teil I - Eckdaten	B II 1 - j 2010/11	Gemeldete Baugenehmigungen im 3. Vierteljahr 2010	F II 1 - vj 3/2010
Studierende an den Hochschulen des Saarlandes im Wintersemester 2009/2010	B III 1 - j 2009	Handel im September 2010	G I 1 - m 9/2010
Viehbestände am 3. Mai 2010	C III 1-2 - j 2010	Außenhandel im 1. Halbjahr 2010	G III 1,3 - hj 1/2010
Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden im September 2010	E I 1 - m 9/2010	Fremdenverkehr im September 2010	G IV 1 - m 9/2010
Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden im Oktober 2010	E I 1 - m 10/2010	Gastgewerbe im September 2010	G IV 3 - 9/2010
Produktionsindex und Produktion aus- gewählter Erzeugnisse im Produzie- renden Gewerbe des Saarlandes 3. Vierteljahr 2010	E I 2 - vj 3/2010	Straßenverkehrsunfälle im August 2010	H I 1 - m 8/2010
		Verbraucherpreisindex November 2010	M I 2 - m 11/2010
		Arbeitskosten im Saarland 2008	N III - 4j 2008
		Verzeichnis Berufliche Schulen 2010/11	
		Allgemeinbildende Schulen 2010/2011	
		Format: PDF-Datei, Preis: 6,50 Euro	
		Format: Excel Datei, Preis: 30,00 Euro	

Veröffentlichungen des Statistischen Amtes Saarland im Monat Januar 2011

Statistische Berichte

Wanderungen im 3. Vierteljahr 2010	A III 1 - vj 3/2010	Straßenverkehrsunfälle im September 2010	H I 1 - m 9/2010
Krankenhäuser im Saarland 2009	A IV 2 - j 2009	Personenverkehr der Straßenverkehrs- unternehmen im Jahr 2009	H I 4 - j 2009
Insolvenzen im Jahr 2009	D III 1 - j 2009	Personenverkehr der Straßenverkehrs- unternehmen im 3. Vierteljahr 2010	H I 4 - vj 3/2010
Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden im November 2010	E I 1 - m 11/2010	Pflegestatistik im Saarland 2007 (Korrekturbericht)	K VIII - 2j 2007
Ergänzungserhebung im Bauhaupt- gewerbe 2010	E II 2 - j 2010	Die öffentliche Verschuldung im Jahre 2009	L III 1 - j 2009
Jährliche Erhebung im Ausbaugewerbe sowie Erschließung von Grundstücken; Bauträger 2010	E III 2 - j 2010	Verbraucherpreisindex Dezember 2010	M I 2 - m 12/2010
Handel im Oktober 2010	G I 1 - m 10/2010	Preisindex für Bauwerke November 2010	M I 4 - vj 4/2010
Fremdenverkehr im Oktober 2010 und Sommerhalbjahr 2010	G IV 1 - m 10/2010	Verdienste und Arbeitszeiten im Saarland 3. Quartal 2010	N I 1 - vj 3/2010
Gastgewerbe im Oktober 2010	G IV 3 - m 10/2010		

Alle in dieser Rubrik vorgestellten Publikationen können beim Statistischen Amt Saarland bestellt werden: statistik@lzd.saarland.de, Tel. +49 681 501 5925, Fax +49 681 501 5915, Virchowstraße 7, 66119 Saarbrücken. Die Gemeinschaftsveröffentlichungen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder sind zusätzlich über das gemeinsame Statistik-Portal <http://www.statistikportal.de/Statistik> erhältlich.

 www.statistik.saarland.de
